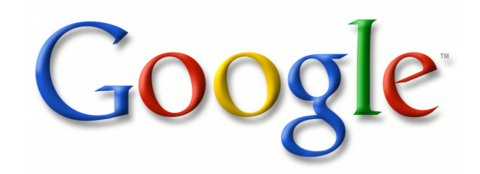


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

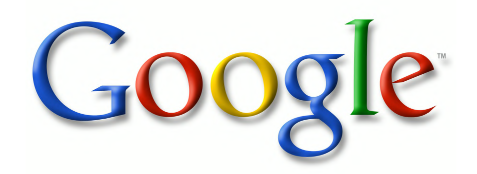
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

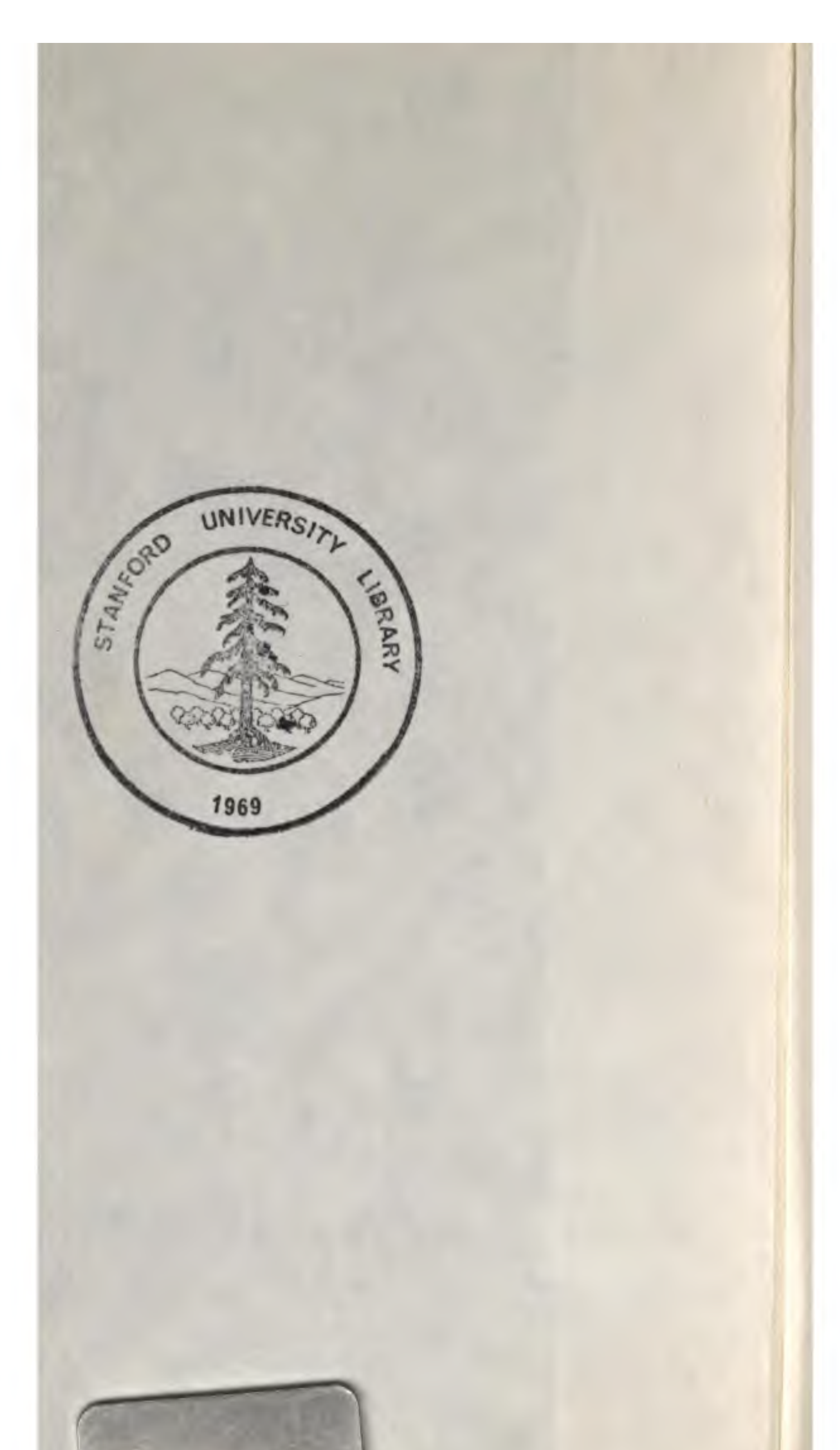
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.




STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969





Marksteine

von

Bismarcks Lebensweg.

Eine chronologische Darstellung

der bedeutsamsten

Ereignisse aus dem Leben des Altreichskanzlers

an der Hand seiner Reden.

Festschrift zum 80. Geburtstage.

Von

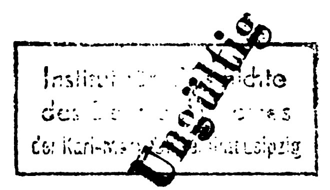
Johs. Penzler.

Leipzig
Verlag von Otto Wigand.
1895.

Ho

Z 029

DD 218.3
P4



Vorwort.

„Marksteine von Bismarcks Lebensweg“ — so nennen wir in der vorliegenden Sammlung die markigen Stücke aus seinen Reden, die Schritt für Schritt den Gang seines mächtigen und segensreichen politischen Wirkens darstellen. In den ersten Jahren streitet er treu und fast eifersüchtig für die Rechte der Krone gegen parlamentarische Übergriffe. Dann in den langen Jahren am Frankfurter Bundestage entwirft er mit scharfem Blick und klarem Urteil und unerschrockenem Mute die Pläne für des Deutschen Reiches Wiedergeburt. Endlich, nachdem ihm durch seines Königs unerschütterliches Vertrauen das große Werk gelungen ist, erweist er sich durch achtzehn Jahre in manch hartem parlamentarischen Strauß als den „tapferen Ritter des Reiches und seiner Verfassung“, als den ihn der bayrische Staatsminister Dr. von Lutz an der Spitze des Bundesrates zum 70. Geburtstage begrüßte. Allein in diesem Geiste hat er dann auch noch nach der Niederlegung seiner Ämter treu ermahnend und ratend und warnend seine Stimme erhoben.

Neues bietet die vorliegende Sammlung nicht. Aber was hier auf dem knappen Umfange von zehn Druckbogen geboten wird, das findet sich sonst nur in größeren Werken und ist des=

halb nicht jedermann zugänglich. Ein Buch aber zu schaffen, das die markigen Worte des eisernen Kanzlers zum Gemeingute jedes deutschen Mannes machen kann, erschien dem Verfasser als schönste Huldigung für den Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstage und als schönste Gabe für das deutsche Volk zu diesem Nationalfeste. Möge das Buch denn freundliche Aufnahme finden.

Leipzig, den 25. Februar 1895.

Johs. Penzler.

Marksteine

von

Bismarcks Lebensweg.





1815.

1. April. **Otto** Eduard Leopold **von Bismarck** in Schönhausen geboren.

Eltern: Ferdinand v. B. auf Schönhausen (geb. 13. November 1771) und Luise Wilhelmine v. B., geb. Menken (geb. 24. Februar 1790).

1815—1846.

1816. Übersiedelung der Familie auf das ererbte Rittergut Kniephof in Pommern (Rgb. Stettin, Kr. Naugard). 1821 bis 1827 Otto v. B. in der Plamannschen Erziehungsanstalt in Berlin (Wilhelmsstr.). 1827—30 auf dem Friedrich Wilhelms-Gymnasium in Berlin (Untertertia bis Obersekunda). 1830, den 31. März, Einsegnung in der Dreifaltigkeitskirche in Berlin durch Prof. und Pred. Schleiermacher. 1830—32 auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin (Prima) und in Pension bei Professor Bonnell. 1832 (Ostern) Abiturientenexamen. 1832—35 Otto v. B. als Student der Rechte in Göttingen, Berlin und Greifswald. 1835 (Ostern) Auskultatorexamen, dann Auskultator am Berliner Stadtgericht. 1836 Regierungsreferendar in Aachen. 1837 in gleicher Stellung in Potsdam. 1838—39 Militärdienst (erste Hälfte bei den Gardejägern in Potsdam, zweite Hälfte bei den Jägern in Greifswald). 1839, 1. Januar, Tod der Mutter; Übernahme des Gutes Kniephof, der Vater kehrt nach Schönhausen zurück. B. wird Kreisdeputierter. 1842 rettet B. als Landwehrkavallerieoffizier in Lippehne (Neumark) seinen Diener vom Tode des Ertrinkens

und erhält als ersten Orden die Rettungsmedaille. 1843 B. vorübergehend Hilfsarbeiter bei der Regierung in Potsdam (Gutachten über Expropriation). 1845, 22. November, Tod des Vaters; Übernahme des Stammgutes Schönhausen. B. nennt sich von jetzt an von Bismarck-Schönhausen. 1846 wird B. Deichhauptmann der Altmark und Abgeordneter der Ritterschaft des Kreises Jerichow II für den Provinziallandtag in Merseburg.

1847.

3. Februar. Berufung des Vereinigten Landtages. B. wird vom sächsischen Provinziallandtag zum Stellvertreter des Abgeordneten gewählt, und da dieser erkrankt ist, einberufen. — 17. Mai erstes parlamentarisches Auftreten. — 1. Juni B.s Rede bei der Beratung über die Periodicität des Landtages.

„Die preußischen Monarchen sind nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von deren Rechten sie freiwillig einen Teil dem Volke verliehen haben: ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist.“

15. Juni. Beratung über das Judenemanzipationsgesetz.

„Ich gönne ihnen [den Juden] alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden.“ „Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle.“

28. Juli. Vermählung mit Johanna von Puttkamer, einziger Tochter des Rittergutsbesitzers Heinrich von P. auf Viartlum (Kr. Rummelsburg in Pommern) und seiner Frau Luitgarde, geb. von Glasenapp, geb. 11. April 1824. Hochzeitsreise über Dresden, Prag, Wien, Salzburg nach Italien, zurück durch die Schweiz und Rheinlande.

1848.

2. April. B. stimmt im Zweiten vereinigten Landtage gegen die Adresse, die an den König gerichtet werden soll.

„Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen

oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung meinen Dank aussprechen kann. Jetzt aber ist es uns nicht möglich."

21. August. Geburt des ersten Kindes, Maria Elisabeth Johanna (jetzt Gräfin zu Rantzau).

1849.

2. Februar. Die Urwahlen für die Zweite preußische Kammer (1849—52) waren vorüber; in Rathenow überlegten 32 Wahlmänner, wem sie ihre Stimme geben sollten. Unter ihnen saß B. von dem nahe gelegenen Schönhausen. Er wurde aufgefordert, seine Ansichten über die Aufgaben eines Abgeordneten darzulegen, und that es in folgender Weise:

„Jeder, der es aufrichtig mit dem Vaterlande meint, muß jetzt die Regierung auf dem von ihr eingeschlagenen Wege unterstützen, um die Revolution, die uns alle bedroht, zu bekämpfen. Sie würden vielleicht besser thun, wenn Sie einen aus Ihrer Mitte wählten, etwa einen von den Herren Fabrikanten oder Kaufleuten, der Ihre Verhältnisse kennt und das Interesse seiner Vaterstadt besser vertreten würde, als ich es vermag. Wenn Sie einen solchen finden, der zugleich unabhängig und unparteiisch genug ist, um die Sache des Landes über jedes andre Interesse zu stellen, und dem seine Privatverhältnisse erlauben, ihr in diesem Augenblicke seine ganze Thätigkeit zu widmen, dann trete ich zurück. Wenn Sie aber in der Kammer einen Vertreter wünschen, der fest entschlossen ist, die Sache des Vaterlandes zu seiner eigenen zu machen, ihr mit redlichem Wollen, vollem Herzen und ganzen Kräften zu dienen, und dessen nächstes Streben darauf gerichtet sein wird, die alten Bande des Vertrauens zwischen der Krone und dem Volke wieder fester zu knüpfen, damit Gesetz und Ordnung walten, der Wohlstand und das gemeinschaftliche Interesse aller friedlichen Bürger gefördert werden, dann richten Sie Ihr

Auge auf mich. Das sind meine Ansichten; wenn Sie mit mir einverstanden sind, bitte ich um Ihre Stimme."

B. erhielt 31 von den 32 Rathenower Stimmen und wurde infolgedessen mit knapper Mehrheit in die Zweite Kammer gewählt.

10. April. B. kämpft gegen die Annahme der deutschen Kaiserkrone, die dem Könige vom Frankfurter Parlament angeboten worden ist.

„Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simson und Schaffrath herabsinkt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht, sie von anderen zu empfangen." — „Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden; und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde."

6. September. B. stimmt gegen das Dreikönigsbündnis.

„Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite; aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Gartenschere aus Frankfurt... Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben. Ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche; und ich hoffe zu Gott, daß wir noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt."

19. Oktober. In der Zweiten Kammer wird über das Innungswesen beraten. B. bemerkt dazu:

„Ich habe aus den Argumenten der Mehrzahl der verehrten Vorredner, sowie aus dem Gesetz selbst entnehmen können,

daß der Nutzen der Zunftbildung im allgemeinen hinreichend erkannt ist. Die Meinungsverschiedenheit besteht nur darin, daß die einen glauben, den Vorteil zu erreichen, wenn der Beitritt zu einer Innung jedem Gewerbetreibenden freigestellt würde, während ich mit den anderen der Ansicht bin, daß die Vorteile gänzlich illusorisch werden, wenn der Beitritt zur Innung nicht zur Zwangspflicht gemacht wird. Geschieht dies letztere nicht, so wird die erste Bedingung, welche nötig ist, um eine auf Handwerkerehre gegründete kräftige Korporation hervorzubringen, die Sicherung ihrer Dauer fehlen." — „Das erste, was man sich von den Zünften verspricht, ist eine gründlichere Ausbildung des Handwerkers in seinem Fache, als sich leider in vielen Fällen bisher vorgefunden hat. Ich finde einen Hauptgrund dieses Mangels an gediegener Ausbildung in der Befugnis, eine unbeschränkte Anzahl von Lehrlingen zu halten . . . Ein zweiter Übelstand, welchen ich auch nur durch den Zunftzwang beseitigen zu können glaube, ist die maßlose Konkurrenz . . . Einen dritten Grund für den Ruin der Handwerker finde ich in dem Kampfe gegen die Überlegenheit eines großen Betriebskapitals. Dieser Überlegenheit des Kapitals kann nur durch die Assoziation der Innung begegnet werden, indem die Assoziation in den Stand gesetzt ist, diejenigen Vorteile, welche einem großen Kapitale sich darbieten, zu verschaffen, z. B. die großen und massenhaften Einkäufe von Rohprodukten und andere Ersparnisse, welche ich wohl nicht näher anzuführen brauche."

15. November. B. stimmt gegen den Gesetzentwurf, die Civilehe einzuführen.

„Fahren wir auf dem Wege so fort, machen wir den Artikel II, die Gewährleistung eines jeglichen Kultus, insoweit zur Wahrheit, daß wir auf den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die in den jüngsten Versammlungen ihren Märtyrer Robert Blum auf gleiche Linie mit dem Heilande der Welt stellen, durch Gendarmen gegen Störung schützen lassen, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narren-

schiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert; denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung."

28. Dezember. Geburt des ersten Sohnes Nikolaus Heinrich Ferdinand Herbert.

1850.

B. ist Mitglied des Erfurter Parlaments. Nach dem Vertrage von Olmütz wendet er sich in der preußischen Zweiten Kammer gegen das Verlangen der Linken, den Krieg zu erklären, damit die Ehre Preußens und seiner Armee gewahrt werde.

„Die preußische Ehre besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammercelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allen sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung; daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde."

1851.

Mai. B. kommt als Geheimer Legationsrat und im voraus bestimmter Nachfolger des Gesandten von Rochow zum Bundestage nach Frankfurt a. M.

„Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen [nämlich beim Bundestage], und diese Diplomaten sind uns schon jetzt mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der II. Kammer im Gefühl seiner Würde. Wenn nicht äußere Ereignisse zutreten, und die können wir superklugen Bundestagsmenschen weder leiten noch vorherbe-

stimmen, so weiß ich ganz genau, was wir in 1, 2 oder 5 Jahren zustandegebracht haben werden, und will es in 24 Stunden zustandebringen, wenn die andern nur *einen* Tag lang wahrheitsliebend und vernünftig sein wollen. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber *eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich.*" (Brief B.s an seine Gemahlin vom 18. Mai 1851.)

18. *August.* B. wird zum Bundestagsgesandten ernannt.

1852.

1. *August.* Geburt des zweiten Sohnes *Wilhelm* Otto Albrecht.

1853.

Dezember. Seinem Widerwillen gegen das Treiben des Bundestages gibt B. Ausdruck in einem Briefe an seine Schwester, Frau von Arnim.

„... Ich gewöhne mich daran, im Gefühle gähnender Unschuld alle Symptome von Kälte zu ertragen und die Stimmung *gänzlicher Wurschtigkeit* in mir vorherrschend werden zu lassen, nachdem ich den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts zu bringen nicht unerheblich beigetragen zu haben mir schmeicheln darf. Das bekannte Lied von Heine ‚O Bund, du Hund, du bist nicht gesund' u. s. w. wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden."

1859.

Januar. B. wird zum Gesandten in *St. Petersburg* ernannt.

1. *April.* Antrittsaudienz bei Kaiser Alexander II.

12. *Mai.* In einem an den Minister von Schleinitz gerichteten Schreiben gibt B. einen Rückblick auf seine Frankfurter Thätigkeit und zieht die Nutzanwendung daraus.

„Das Wort ‚deutsch' für ‚preußisch' möchte ich gern erst dann auf unsre Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und

zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher." — „Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später **ferro et igni** werden heilen müssen."

1861.

2. Januar. König Friedrich Wilhelm IV. stirbt. Wilhelm I. tritt die Regierung an.

1862.

März. B. wird vom Könige zur Beratung von Petersburg nach Berlin berufen.

23. Mai. B. wird zum Gesandten in Paris ernannt.

Mitte September. Berufung B.s von Paris nach Berlin.

23. September. B. wird zum Staatsminister ernannt und ihm gleichzeitig der interimistische Vorsitz des Staatsministeriums übertragen. An demselben Tage lehnt das Abgeordnetenhaus die Kosten der Heeresorganisation für 1862 auch im Extraordinarium ab.

30. September äußert B. in der Budgetkommission:

„Der Konflikt wird zu tragisch aufgefaßt." . . . „Wir haben zu heißes Blut, wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollten wir sie auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg und Baden mögen dem Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

8. Oktober. B. wird zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. (Konfliktsministerium.)

1. November. Abschiedsaudienz bei Napoleon in St.-Cloud.

1863.

14. Januar. Eröffnung des Landtages.

27.—29. Januar. Adreßdebatte im Abgeordnetenhause. B. verwahrt sich dagegen, daß die Adresse die Minister von der Krone trennt.

„Ich weise die Trennung der Minister von der Krone, wie sie in der Adresse angenommen wird, keineswegs zurück, um die Autorität der Krone zu einem Schilde zu machen, durch welchen das Ministerium sich deckt. Wir bedürfen dieser Deckung nicht, wir stehen fest auf dem Boden unseres guten Rechtes. Ich weise diese Trennung nur deshalb zurück, weil durch sie die Thatsache verdeckt wird, daß Sie sich im Kampfe mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes befinden, und nicht im Kampfe mit dem Ministerium." — „Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt, soll Ihnen unverkürzt zukommen. Was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte der Krone mit Ausdauer wahrnehmen." — „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

17. April. Der Abgeordnete Twesten warnt vor kriegerischen Schritten gegen Dänemark wegen Schleswig-Holsteins, „da die jetzigen Zustände nicht als solche betrachtet werden können, unter denen unter irgend welchen Umständen ein glückliches Resultat des Krieges und eine glückliche definitive Lösung dieses Streites zu erwarten wäre."

B. widerlegt ihn und erklärt u. a.:

„Ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen."

11. Mai. Konflikt des Kriegsministers von Roon mit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses von Bockum-Dolffs und Er-

klärung des Staatsministeriums an das Präsidium des Abgeordnetenhauses; diese schließt mit den Worten:

„Das Staatsministerium muß sich vielmehr der Teilnahme an den Beratungen des Abgeordnetenhauses so lange enthalten, bis ihnen durch das Präsidium die hierdurch erbetene Erklärung zugeht, daß eine Wiederholung des heutigen, der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens gegen ein Mitglied des Staatsministeriums nicht in Aussicht steht."

15. Mai. Das Abgeordnetenhaus beschließt, daß der Präsident jeden Redner, also auch die Minister unterbrechen kann. — 20. Mai. Allerhöchste Botschaft an das Abgeordnetenhaus. — 22. Mai. Adresse des Abgeordnetenhauses an den König. — 26. Mai. Allerhöchste Botschaft auf die Adresse (. . . „Meine Minister besitzen mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Billigung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten.") — 27. Mai. Schluß der Session.

Juli—August. B. mit dem König in Karlsbad und Gastein. — 2. August. Kaiser Franz Josef in Gastein. — 3. August. Abreise des Kaisers. Einladung zum Frankfurter Fürstenkongreß. — 4. August. Ablehnung dieser Einladung. — 17.—31. August. Fürstentag in Frankfurt. —

15. Sept. Das Staatsministerium erstattet dem König Bericht über die Frankfurter Reformakte.

„Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Österreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl." — „Preußen kann eine bevorzugte Stellung Österreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit."

2. September. Auflösung des Abgeordnetenhauses. — 28. Oktober. Neuwahlen, aus denen das Abgeordnetenhaus nur wenig verändert hervorgeht. — 9. November. Eröffnung des Landtages.

15. November. König Friedrich VII. von Dänemark stirbt. — 16. November. Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg übernimmt durch eine Proklamation die Regierung über Schleswig-Holstein. — 28. November. Das

Abgeordnetenhaus erklärt: die Ehre Deutschlands erfordere, die Rechte der Herzogtümer zu schützen, den Erbprinzen als Herzog anzuerkennen und ihm wirksamen Beistand zu leisten. — 5. Dezember. Österreich und Preußen erklären die schleunige Ausführung der Exekutionsmaßregeln für nötig. — 9. Dezember. Die preußische Regierung fordert eine Anleihe von 12 Millionen Thalern. — 28. Dezember. Preußen und Österreich beantragen, Schleswig in Pfand zu nehmen.

1864.

12. Januar. Der am 4. Januar erneute Antrag vom 28. Dezember wird von der Bundesversammlung abgelehnt. Österreich und Preußen gehen selbständig vor. In der Anleihekommission des Abgeordnetenhauses erklärt B.:

„Wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so notwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden. Sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen."

21. und 22. Januar. Anleihedebatte im Abgeordnetenhause. B. bekämpft heftig die ihre Befugnisse überschreitende Politik der fortschrittlichen Mehrheit.

„Ich glaube, der Herr Redner [Graf von Schwerin] kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich Furcht vor der Demokratie nicht kenne. Hätte ich diese, so stände ich nicht an diesem Platze, oder würde das Spiel verloren geben. (Große Bewegung. Rufe: „Ein Spiel! Ein Spiel!") Ich lasse mich auf Worte nicht ein; rechten Sie nicht über die Ausdrücke, rechten Sie über die Sache! Ich fürchte diesen Gegner nicht; ich hoffe sicher ihn zu besiegen. Ich glaube, das Gefühl, daß es so kommen werde, ist Ihnen nicht mehr ganz fern."

Die Anleihe wird mit großer Majorität (275 gegen 51 Stimmen) abgelehnt. Ebenso die Kosten der Militärreorganisation und die ganze Militärnovelle. — 25. Januar Schluß des Landtags.

1. Februar. Beginn des dänischen Krieges. Siegreicher Verlauf.

16. Mai. Aus einem Briefe B.s an einen nicht Genannten:

„Im übrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr

auch unsre Irrtümer zu unserm Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demütigung. — Zur Beleuchtung der Situation bemerke ich noch schließlich, daß mir die preußische Annexion nicht der oberste und notwendige Zweck ist, aber das angenehmste Resultat."

30. Oktober. Friedensschluß in Wien.

1865.

29. Mai. Bei der Beratung des Staatsministeriums über die Politik, die Preußen in Bezug auf Schleswig-Holstein einzuschlagen hätte, schloß B. sein Votum mit folgenden Sätzen:

„Endlich der dritte Weg heißt formelle Forderung der Annexion. Hier wäre die wahrscheinliche Folge der Ausbruch des Krieges mit Österreich. Die europäische Lage erscheint im Augenblicke dafür günstig, da sowohl Rußlands als Frankreichs Neutralität zu hoffen ist . . . Ein Krieg mit Österreich wird früher oder später doch nicht zu vermeiden sein, nachdem die Politik der Niederhaltung Preußens von der Wiener Regierung wieder aufgenommen ist. Allein den Rat zu einem großen Kriege gegen Österreich können wir Seiner Majestät nicht erteilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien Königlichen Überzeugung selbst hervorgehen. Würde ein solcher gefaßt, so würde das gesamte preußische Volk ihm freudig folgen."

1. Juni. B. spricht im Abgeordnetenhause über die schleswig-holsteinische Frage.

„Wir hätten, wenn Sie uns mit der Entschlossenheit beigestanden hätten, die ich von Ihrem preußischen Patriotismus, sobald Sie die Richtung erkannten, in der wir gingen, erwartete, vielleicht mehr erreicht; es ist möglich. Aber Sie haben Ihren Beistand verweigert. Jedenfalls ist das, was damals Ihr Ideal war, jetzt für die preußische Regierung das Minimum des Erreichbaren. Wir können das, was Sie vor anderthalb Jahren als Höchstes erstrebten, in jeder Viertelstunde ins Werk setzen:

einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat sogar mit einigen mäßigen, uns aber nicht genügenden Vorteilen für Preußen."

2. Juni.

„Der Herr Vorredner [Virchow] hat uns vorgeworfen, wir hätten je nachdem der Wind gewechselt hätte auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir anderen."

13. Juni. Beratung der Kriegskostenvorlage. Über die Möglichkeit der Annexion der Herzogtümer durch Preußen äußert B.:

„Daß mit der Weigerung, Preußen billige, ja im Interesse Deutschlands sogar ganz notwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftaucht und an Aussicht gewinnt, liegt in der Natur der Dinge. Denn weigert man uns die billigen Bedingungen, die wir fordern, hindert man dadurch den Abschluß, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Komplikationen eine solche Weigerung auf die Dauer und bei geänderten europäischen Verhältnissen führen kann."

17. Juni. Schluß der Landtagssession, nachdem das Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Kriegskosten und das Etatsgesetz abgelehnt hat.

14. August. Übereinkunft in Gastein: bis auf weiteres übernimmt Preußen die Verwaltung Schleswigs, Österreich die Holsteins, Lauenburg tritt in Personalunion zu Preußen.

16. September. B. wird in den Grafenstand erhoben.

1866.

15. Januar. Graf B. eröffnet den Landtag. Auf Virchows Antrag wird die Annexion Lauenburgs für ungültig erklärt. Infolge dieses Übergriffes 22. Februar Schluß des Landtages.

20. Januar. Über das gegen Preußen unfreundliche Verhalten Österreichs in Holstein richtet B. eine Depesche an den preußischen Gesandten in Wien.

„Wir unserseits haben immer die Hoffnung auf eine Verständigung in friedlichem Wege festgehalten, und bis dahin das

Provisorium im Sinne herzlichen Einvernehmens durchzuführen beabsichtigt. Das Kaiserliche Kabinett wird sich nicht darüber täuschen dürfen, daß die Art, wie es die Gasteiner Konvention in einem gegen Preußen geradezu feindseligen Sinne auszubeuten sucht, nicht dazu geeignet ist, weder jene Hoffnung zu beleben, noch dies Einvernehmen während des Provisoriums möglich zu machen."

7. Mai. Depesche B.s an denselben.

„... Wir können keine Kompetenz des Bundes zur Entscheidung in dieser Frage [Besitz des Herzogtums Holstein] anerkennen, nachdem wir unsre eigene rechtliche Überzeugung festgestellt und durch völkerrechtliche Verträge eine sichere Basis gewonnen haben." ... „Wenn die Kaiserliche Regierung dagegen über ihre Rechte an der gemeinsamen Errungenschaft eine anderweitige Verfügung treffen will, so wird sie uns sofort zur Verhandlung darüber bereit finden."

7. Mai. Attentat Blinds auf den Grafen B.

8. Mai. Am Abende nach dem Attentat brachte eine große Volksmenge dem Ministerpräsidenten begeisterte Ovationen dar. B. dankte dafür mit folgenden Worten:

„Meine Herren und Landsleute! Nehmen Sie meinen Dank für diesen Beweis Ihrer Teilnahme. Sein Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuern König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es im Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts Besseres und erflehe es als eine besondre Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Sie alle werden dies patriotische Gefühl mit mir teilen; darum ersuche ich Sie, daß Sie mit mir ausrufen: Seine Majestät, unser teurer Herr und König, er lebe hoch!"

9. Mai. Auflösung des Abgeordnetenhauses.

4. Juni. Zirkulardepesche B.s an die Vertreter Preußens an den fremden Höfen.

„... Alle unsre Erkundigungen gestehen zu, daß der Entschluß, gegen Preußen Krieg zu führen, in Wien gefaßt ist." —

„Auslassungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner und Ratgeber des Kaisers sind dem Könige aus einer authentischen Quelle mitgeteilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die Kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen." — „Der Krieg ist ein abgemachter Beschluß in Wien. Der einzig nächste Punkt ist der, den günstigsten Augenblick zu wählen, ihn zu beginnen."

11. u. 12. Juni. Die Österreicher räumen Holstein. — 11. Juni. Österreichs Antrag auf Mobilisierung des Bundesheeres. — 14. Juni. Preußens Austritt aus dem Bunde. — 16. Juni. Beginn des Krieges. — 3. Juli. Neuwahlen zum Abgeordnetenhause.

9. Juli. Aus einem Briefe B.s an seine Gemahlin.

„Wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn."

20. Juli. Friedenspräliminarvertrag zwischen Preußen und Österreich in Nikolsburg. — 23. Juli. Friede zu Prag zwischen Preußen und Österreich. — 5. August. Eröffnung des Landtags. — 1. September. Beratung der Indemnitätsvorlage. Graf B.:

„Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind — im Gegenteil, die Flut ging mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren; auch nicht, um einer künftigen Anklage zu entgehen — denn ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird, ich glaube nicht, daß, wenn dies geschieht, man uns verurteilen wird. Man hat dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht, aber der der Furchtsamkeit wäre neu. Wir wünschen den Frieden, weil das Vaterland ihn in diesem Augenblick mehr bedarf als früher, weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden."

August. In einer Ansprache an eine Deputation aus annektierten Landesteilen äußerte B. u. a.:

„Preußen ist gleich einer wollenen Jacke, in der man sich auch anfänglich höchst unbehaglich findet; sobald man sich aber an sie gewöhnt hat, ist sie sehr angenehm und wird bald als große Wohlthat empfunden.“

12. September. Beratung des Wahlgesetzes für den Norddeutschen Reichstag im Abgeordnetenhause.

„Es wird ferner eines übersehen, was ich nicht oft genug wiederholen kann: wir sind nicht am Ziele unsrer Bestrebungen, sondern am Anfang. Das Vorliegende ist nicht ein Fertiges, Abgeschlossenes.“

15. Dezember. Bei der Eröffnung der Konferenzen der Bevollmächtigten zur Beratung des Verfassungsentwurfes für den Norddeutschen Bund:

„Die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurteilt war.“ — „Die Königliche Regierung hat sich bei dem vorliegenden Entwurf der Bundesverfassung auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen.“ — „Die Königliche Regierung zweifelt aber nicht, daß der einmütige Wille der verbündeten Fürsten und Freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehende Hindernisse überwinden werde.“

20. Dezember. Beratung über die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen. Graf B. u. a.:

„Ich habe stets an dem Klimax festgehalten, daß die Personalunion besser war wie das, was existierte; daß ein selbstständiger Fürst besser war als die Personalunion, und daß die Vereinigung mit dem preußischen Staate besser war als ein selbständiger Fürst.“

1867.

4. März bei der Vorlegung des Verfassungsentwurfes vor dem konstituierenden Reichstag:

„Das Vertrauen der süddeutschen Staaten auf den Anschluß an ihre norddeutschen Landsleute wird in dem Maße gefördert werden, in welchem sie sehen, daß wir die Schritte nach unserm Ziele hin mit Entschiedenheit machen und daß wir dieses Ziel in nahe Aussicht nehmen können."

11. März bei der Generaldiskussion des Verfassungsentwurfes:

„Wir glauben aber, daß, wenn es [das Elaborat des Verfassungsentwurfes] hier angenommen wird, für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unsers eigenen Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der zu seinen Zielen führt." — „Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält." — „Es muß einen Zeitraum geben, in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängt." — „Wenn diese Einrichtung, die Bundesarmee, vorläufig diejenige Basis, die am vollständigsten ausgebildet ist, diejenige Basis, die wir am unentbehrlichsten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, meine Herren, es würde mir das ... den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen, oder nicht." — „Was die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriffe gegenüber in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handelt, für definitiv gesichert." — „Meine

Herren! Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können."

Denselben Tag gegen hannöversche Einwendungen über das Verhalten Hannovers 1866:

„Es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm, der mit uns denselben Dialekt spricht, in dessen Adern unser Blut fließt, den Degen zu ziehen." — „Sie waren vollständig gewarnt, hatten aber Vertrauen auf 800 000 Mann österreichischer Truppen." — „Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen. Man war entschlossen, preußische Provinzen zu nehmen, wenn man gesiegt hätte. Daher hat man kein Recht, sich nachher zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen hatte, die er nun gehabt hat, und nun uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzuschlagen." — „Ich rate auf das dringendste Ihnen und Ihren Freunden ab, daß Sie uns (nicht) herausfordern! Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind!"

27. März. Bei denselben Beratungen gegen den Vorwurf, daß er, Graf B., der Volksfreiheit sich feindlich entgegenstelle:

„Meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, sodaß ich, soviel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung teile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist."

10. April. Anläßlich des Antrages, einen Paragraphen in die Verfassung aufzunehmen, nach dem der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines einzelnen von ihnen auf Vorschlag des Bundespräsidenten im Wege der Gesetzgebung erfolgen sollte, erklärt B.:

„Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz dieses Amendements unsern Wünschen und Bestrebungen widerspricht. . . . Aber

eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Aussprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken." — „Wäre ein süddeutscher Bund zustandegekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Überzeugung, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf nationaler Basis, im Süden ein ähnliches, diese beiden Parlamente nicht länger auseinanderzuhalten sein würden, als etwa die Gewässer des Roten Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war."

24. September. Nachdem Frankreich von Preußen die Zurückziehung der Garnison aus Luxemburg verlangt und den Wunsch ausgesprochen hatte, Preußen möchte einer Annexion des Großherzogtums durch Frankreich zustimmen, und nachdem der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg am 28. März in die Abtretung eingewilligt hatte, fand zur Entscheidung der Angelegenheit die Londoner Konferenz vom 7. bis 11. Mai statt. Das Ergebnis war: die Personalunion zwischen den Niederlanden und Luxemburg bleibt bestehen, Luxemburg wird neutrales Gebiet, die Festung wird geschleift, Preußen zieht seine Garnison zurück. Mit Bezug darauf erklärt B. im Reichstage des Norddeutschen Bundes:

„Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfnis, auf dem Schlachtfelde und im Lazarette dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können. Diese Erwägung, diese landesväterliche Erwägung hatte Seine Majestät den König von Preußen und seine erhabenen Verbündeten zu der Überzeugung geleitet, daß der Krieg zu vermeiden sei, da in der Luxemburger Frage weder unsre Unabhängigkeit bedroht, noch ein zweifelloses Recht bestritten wurde, das Recht, welches wir aufgegeben haben, vielmehr ein an sich hinfälliges war, für welches 30- und 80 000 Menschen auf das Leichenfeld zu schicken eine Verantwortung war, ... die ein legitimer Landesherr nicht so leicht übernimmt." — „Die Garantie [der Neutralisierung] ist für uns militärisch ein vollständiger Ersatz für die Aufgabe des Besatzungsrechtes."

26. Oktober. Beratung des Zollvertrages im Reichstage des Norddeutschen Bundes:

„Ich kann nur den Beschluß der verbündeten Regierungen bekunden, daß wir entschlossen sind, die wirtschaftliche Gemeinschaft nur mit denen fortzusetzen, die es freiwillig thun und die auch die Gemeinschaft der Wehrkraft auf nationaler Basis mit uns fortzusetzen entschlossen sind; und daß wir demnach, wenn die neuen Zollverträge, wie sie in dem Vertrage vom 8. Juni vor Ihnen liegen, nicht Annahme finden; wenn die Bündnisverträge — was ich bis jetzt und für immer im Vertrauen auf den Wert eines deutschen Königswortes vollständig in Abrede stelle — wenn die Bündnisverträge in Frage gestellt werden sollten, — daß wir an demselben Tage die alten Zollvereinsverträge kündigen."

1868.

1. Februar. Beratung über die Abfindung des Königs Georg V. von Hannover:

„Ein armer Prätendent ist meiner Ansicht nach gefährlicher als ein reicher. Ein reicher hat noch nie seine Ansprüche durchgesetzt. Ein armer, der mit seinen Genossen nichts zu verlieren hatte, wagt mehr und hat sie deshalb mitunter durchgesetzt."

4. Februar. Beratung über die Schaffung eines Provinzialfonds für die Provinz Hannover:

„Die Regierung hält an der Vorlage im Interesse der gesamten preußischen Politik fest; sie würde sie für nützlich und notwendig halten, selbst wenn sämtliche hannoversche Abgeordnete wie ein Mann so oppositionell stimmen sollten, als wenn sie in der preußischen Residenz gewählt wären."

5. Februar gelegentlich derselben Beratung, nachdem von konservativer Seite Abänderungsvorschläge gemacht worden sind:

„Es ist eine konstitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller

Sicherheit zählen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen." — „Hat eine Regierung nicht wenigstens eine Partei im Lande, die auf ihre Auffassungen und Richtungen in dieser Art eingeht, dann ist ihr das konstitutionelle Regiment unmöglich, dann muß sie gegen die Konstitution arbeiten; sie muß sich eine Mehrheit künstlich schaffen oder vorübergehend zu erwerben suchen. Sie verfällt dann in die Schwäche der Koalitionsministerien, und ihre Politik gerät in Schwankungen, die für das Staatswesen und namentlich für das konservative Prinzip von höchst nachteiliger Wirkung sind." — „Wollen Sie diese Schwankungen über den Staat verhängen?" — „Daß ich den Konflikt nicht fürchte — meine Herren, ich habe ihm ehrlich die Stirn gezeigt drei Jahre hindurch; aber ihn zu einer bleibenden nationalen Institution zu machen, ist nicht meine Absicht."

2. April bei Beratung des Antrags, die Verfassung des Bundes dahin abzuändern, daß Diäten an die Mitglieder des Reichstages bewilligt werden:

„Ich will Sie aber aufmerksam machen auf den Eindruck, den es auf die verbündeten Regierungen machen muß, wenn dieser mühsam errungene Kompromiß des Verfassungswerkes nach kaum zwölf Monaten wiederum in Frage gestellt wird." — „Vor diesem Rütteln an den Fundamenten warne ich Sie, meine Herren, in unser aller Interesse." — „Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung überall nicht reif. Denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen. Diese heute zu geben und morgen zurückzunehmen ist keine konstitutionelle Politik!"

11. Mai im Ersten Zollparlament gegenüber der Erklärung eines süddeutschen Abgeordneten, seine engeren Landsleute seien einig in dem Bestreben, sich jeder Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments zu widersetzen:

„Solange als Sie nicht in freier Entschließung erkennen, daß Ihrer Selbständigkeit im höchsten und weitesten Sinne da-

mit gedient ist, und solange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei ihr Wille, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen — so lange deliberieren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins." — „Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet."

23. Mai. Scheidegruß an die Süddeutschen beim Schlusse des Ersten Zollparlaments nach einem Toast Dr. Simsons:

„Die kurze Zeit unsers Beisammenseins ist schnell vergangen wie ein Frühlingstag. Möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens! Und daß jedes erneute Beisammensein das Verhältnis stärken wird und muß! Lassen Sie uns dies Verhältnis festhalten, lassen Sie uns dies Familienleben pflegen. In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches: Auf Wiedersehen! zu."

1869.

29. Januar. Wegen den Frieden gefährdender Handlungen des vormaligen Königs Georg V. von Hannover und des vormaligen Kurfürsten von Hessen ist ein Gesetz über die Beschlagnahme des Vermögens der beiden Fürsten vorgelegt. Seine Rede im Abgeordnetenhause schließt Graf B. mit folgenden Worten:

„Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den gefallenen Gegner. Aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren; wir wollen diesem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europas ein Ende machen gegen diejenigen, welche für persönliche und kleinliche dynastische Interessen sich

berufen fühlen, das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes in Verschwörungen mit dem Auslande zu bedrohen und aufs Spiel zu setzen."

30. Januar über denselben Gegenstand, speziell gegen das Verhalten des Kurfürsten von Hessen:

„Nehmen Sie an, daß in allen Ländern bis in das kleine Dänemark hinein eine Partei, eine Klike die Frechheit hätte, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen, solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung; sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein. Überall wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glaceehandschuhen anfassen kann. Dieser Thatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach. Aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben."

16. April. Im Reichstag Beratung über den Antrag auf Errichtung verantwortlicher Bundesministerien:

„Ich bin mir vollständig bewußt, mit fast allen, vielleicht mit allen Antragstellern über das Ziel, das wir verfolgen, ganz einig zu sein. Wir wollen Deutschland diejenige Gestaltung geben — im Norden und im Süden, wenn wir können —, in der es am stärksten und am einigsten ist und in der es die meisten Bedingungen seiner Wohlfahrt vereinigt. Über die Wege, die dazu führen, über die Mittel dazu können wir sehr verschiedener Meinung sein. Bewahren wir uns aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben."

21. Mai bei Beratung von Verbrauchssteuern:

„Die direkten Steuern, die mit einer gewissen eckigen Brutalität auf dem Pflichtigen ruhen, rechne ich nicht zu den

leichten. Ich kann auch nicht dazu rechnen die auf den ersten Lebensbedürfnissen ruhenden, auf Brot und Salz. Und wenn ich mich darauf einlassen wollte davon zu reden, wie grausam es wäre, dem armen Manne sein Pfeifchen Tabak oder den stärkenden Trank zu verkümmern, und ich wäre mir dabei bewußt, daß ich immer noch das Kopfgeld und die Brotsteuer von ihm fordere, so würde ich meinem innern Menschen gegenüber ehrlich genug sein, ihn zu fragen: was bezweckst du eigentlich mit dieser Heuchelei? Solange wir noch das Brot besteuern, solange wir noch den Kopfgroschen von dem einzelnen Mitglied der Tagelöhnerfamilie fordern und dabei diejenigen Genüsse, die ich jedermann gönne, auch dem Ärmsten, denen er sich aber, wenn er nicht das Geld dazu hat, eine Zeitlang wenigstens zu entziehen vermag, gering oder gar nicht besteuern, so lange ist die Klage über die Mahl- und Schlachtsteuer und über die Kopfsteuer absolut berechtigt. Die gegebenen Grundlagen einer Steuer in dem heutigen zivilisierten Staate sind meines Erachtens diejenigen Genüsse, die massenhaft genug verbraucht werden, um einen finanziellen Ertrag zu geben ...: Bier, Branntwein, Wein, Tabak, Thee, Kaffee — ... das sind alles Gegenstände, die sich einer augenblicklich einmal versagen kann, wenn ihm seine Kassenfonds dieselben nicht zugänglich machen."

1870.

In dem am 14. Februar eröffneten Reichstage hatte Lasker den Antrag gestellt, zu beschließen, daß Baden in Anerkennung seiner nationalen Bestrebungen möglichst ungesäumt dem Bunde angeschlossen werde. B. teilt diese Anerkennung Badens vollständig, aber er sieht in diesem Drängen des Abgeordneten Lasker und Genossen ein Mißtrauensvotum gegen die bisherige äußere Politik und erklärt:

„Solange ich Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, so muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden, und wenn Sie ihr Steine in den Weg legen, ihr Knüppel in die Räder schieben, so hindern Sie

diese Politik, und die Verantwortlichkeit für diese Verhinderung, ja selbst für die unzeitige Nötigung mich auszusprechen, die Verantwortlichkeit für die Folgen tragen Sie, die Antragsteller und Redner, nicht ich." — „Wissen Sie alles besser wie ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine 20jährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird. Aber ich versichere Sie, mein Patriotismus wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist."

1. März. Beratung über den Antrag, in das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes die Todesstrafe aufzunehmen.

„Ich möchte an die Herren Juristen die Aufforderung richten: schrecken Sie angesichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht vor Erfüllung derselben in ihrem höchsten Stadium zurück und werfen Sie das Richtschwert nicht von sich. Sie können sich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in seiner Handhabung lediglich menschliche Kraft zutrauen. Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwertes nicht stark genug."

23. Mai gegen den Antrag, daß die Todesstrafe, falls sie im allgemeinen beibehalten werde, doch in denjenigen Staaten, in denen sie aufgehoben sei, aufgehoben bleibe.

„Wir sind gegen Sonderrechte, gegen Sondereinrichtungen, gegen die Vorurteile einzelner Regierungen und einzelner Stämme, ja selbst gegen die Rechte einzelner Regierungen und einzelner Volksstämme mitunter, weil wir uns der Größe unsrer Ziele bewußt waren, mit Härte verfahren — ich darf wohl sagen: mit Härte, wenigstens mit Strenge. Wir haben unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemandem wehe thäten in seiner teuersten Überzeugung. Meine Herren, aus diesem Geiste haben wir unsre Kraft, unsern Mut, unsre Macht geschöpft, zu handeln

wie wir gethan. Sobald uns dieser Geist verläßt, sobald wir diesem Geiste entsagen, sobald wir ihn vor dem deutschen Volke und seinen Nachbarn aufgeben, so legen wir damit Zeugnis ab, daß die Spannkraft, mit der wir vor 3½ Jahren an dieser Stelle unsern Ausgang nahmen, in dem Sande des Partikularismus, des Partikularismus der Staaten und des Partikularismus der Parteien erlahmt ist. Wir werden die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand . . ."

— stürmischer Beifall (außer von den sozialdemokratischen Plätzen) — dann B. fortfahrend:

„Ich freue mich des Zeugnisses, was mir durch die Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit und deutscher Größe gegeben wird."

19. Juli. Offizielle Kriegserklärung Frankreichs. Als Gründe gab Frankreich an: die Weigerung des Königs von Preußen, zu versprechen, daß er auch für alle Zukunft keinem Hohenzollernschen Prinzen die Annahme des spanischen Thrones gestatten würde; zweitens die angeblich den Kabinetten zugegangene Anzeige Preußens von der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen. — Eröffnung der außerordentlichen Reichstagssession. In seiner Zirkulardepesche an die Vertreter des Norddeutschen Bundes erklärt B.:

„Die an Seine Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren unberechtigt und anmaßend. Ihm einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung. Die angebliche Notifikation an die Kabinette hat niemals stattgefunden, ebensowenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu unterhandeln. Im Gegenteil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Seiner Majestät persönlich und privatim im Bade Ems die Fragen besprochen."

20. Juli. Aus B.s Erklärung im Reichstage:

„Wir haben von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten: es ist dies die gestrige Kriegserklärung."

13./16. September. Die großen Schlachten sind geschlagen, die herrlichen deutschen Siege errungen, Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, sein Thron gestürzt, in Frankreich die Republik errichtet. Über die künftigen Friedensforderungen erläßt B. ein Rundschreiben an Deutschlands auswärtige Vertreter.

„Wir können unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche, und namentlich auf die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen." — „Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgültig."

1871.

18. Januar. Kaiserproklamation in Versailles. Graf B. wird in den erblichen Fürstenstand erhoben. — 26. Februar. Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Versailles; 2. März deren Ratifikation durch die französische Nationalversammlung in Bordeaux. — 17. März. Einzug des Kaisers in Berlin. — 21. März. Eröffnung des Deutschen Reichstages. — 10. Mai. Definitiver Friedensschluß in Frankfurt a. M.

1. April. Gegen den Antrag der polnischen Reichstagsabgeordneten, die Provinz Posen nicht in das Deutsche Reich mit aufzunehmen:

„Sie haben nichts hinter sich als Ihre Irrtümer und Ihre Täuschungen, und zu denen gehört u. a., daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten!"

2. Mai. Erste Beratung des Reichstags über die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reiche:

„Noch am 6. August 1866 bin ich in der Lage gewesen, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris. In Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden." — „Ich glaube, daß es uns mit deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort [in Elsaß-Lothringen] zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet."

25. Mai bei der dritten Beratung derselben Vorlage:

„Die Elsässer haben sich in ihrer 200jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art erhalten, und das ist der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundamente zu beginnen haben werden. Diesen Partikularismus zunächst zu stärken, ist im Widerspruch zu den Erscheinungen, die uns in ähnlicher Weise im Norden Deutschlands vorgelegen haben, jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, um so mehr werden sie das Franzosentum abthun." — „Was später im Interesse des Reiches, im Interesse des Elsasses zu thun sein wird, darüber wollen wir vor allen Dingen, denke ich, die Elsässer und Lothringer selbst hören."

1. Juli. Fürst Bismarck erhält vom Kaiser in Anerkennung seiner Verdienste eine Dotation an Grundbesitz im lauenburgischen Amte Schwarzenbeck (Friedrichsruh).

15. November. Beratung über die Reichsmünzen. Der Bundesrat schlägt vor: auf der einen Seite den Reichsadler, auf der andern Seite das Bild des Landesfürsten. Ein Gegenvorschlag

wünscht auf der anderen Seite das Bild des Kaisers und wird besonders von Württemberg bekämpft. Auch Fürst B. tritt für die Vorlage ein:

„In dieser Frage einen in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Gibt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum Reiche, als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Seine Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der andern das Kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein?" — „Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Monarchen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind; und wem dies gleich ist, der ist ein Theoretiker. *Ich muß mit diesen Stimmen sehr sorgfältig rechnen, sie fallen sehr schwer ins Gewicht.*"

1872.

30. *Januar.* Bei der Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhause bringt Fürst B. zum erstenmal im Parlament die Haltung der ultramontanen Partei und die Stellung der Regierung ihr gegenüber zur Sprache und sagt u. a.:

„Die höchsten Zeugnisse von Seiner Heiligkeit dem Papste, die Zeugnisse der Bischöfe haben uns darüber vorgelegen, daß man mit uns zufrieden sei. Wir hatten gehofft, daß diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einflusse auf den gemeinen Mann, wie er auf der Kanzel und im Beichtstuhl geübt wird, zeigen und erkennbar machen würde. Und wie ich sah, daß doch mehr das Gegenteil der Fall war, wie ich sah, daß man auf der einen Seite die preußischen Einrichtungen für das Reich verlangte, auf der andern Seite sie dem gemeinen Manne nicht in einem ganz günstigen Lichte darstellte, da bin ich zweifelhaft geworden und bin einen Schritt zurückgetreten. Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion, von der ich sprach, im Reichs-

tage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich notorisch war, und sich aus diesen Elementen verstärkte, — Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten als die Feindschaft gegen das Deutsche Reich und Preußen, in ihre Mitte aufnahm, daß sie Billigung und Anerkennung fand bei allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt aus gegen den Staat feindlich gesinnt — eine Gemeinschaft, die die Herren vielleicht im Prinzip zurückweisen, die sie aber doch, sei es wider ihren Willen, auf dem Wege, den sie gingen, fanden — da bin ich mir immer klarer in der Besorgnis geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden." — „Es ist der ernste Wille der Regierung, und ich glaube, aufrichtig kann niemand daran zweifeln, daß jede Konfession, und vor allen Dingen diese so angesehene und durch ihre Volkszahl große katholische, innerhalb dieses Staates sich mit aller Freiheit bewegen soll. Daß sie außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft übe, das können wir in der That nicht zugeben, und ich glaube, der Streit liegt mehr auf dem Gebiete der Eroberung für die hierarchischen Bestrebungen, als auf dem Gebiete der Verteidigung." — „Jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viel Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen; und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir nebeneinander Platz haben, damit wir in Ruhe mit einander leben können."

9. Februar. In der Verhandlung über die Einführung der staatlichen Schulaufsicht:

„Die Beschwerde, die wir gegen die geistlichen Schulaufsichten in den Provinzen haben, wo das Polnische geredet wird,

ist die, daß sie die deutsche Sprache nicht zu ihrem Rechte kommen lassen, sondern dahin wirken, daß die deutsche Sprache vernachlässigt und nicht gelehrt werde, daß der Lehrer, dessen Kinder Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht haben, von seinem Geistlichen keine günstige Zensur bekommt."

10. Februar bei derselben Beratung:

„Der Herr Vorredner [der Abg. Windthorst] hat an Reden erinnert, die ich vor 23 Jahren, im Jahre 1849, gehalten habe. Ich könnte diese Bezugnahme einfach mit der Bemerkung abfertigen, daß ich in 23 Jahren, namentlich wenn es die besten Mannesjahre sind, etwas zuzulernen pflege und daß ich überhaupt, ich wenigstens, nicht unfehlbar bin. Aber ich will weiter gehen. Was in jenen meinen Äußerungen an lebendigem Bekenntnis, am Bekenntnis zu dem lebendigen christlichen Glauben liegt, dazu bekenne ich mich noch heute ganz offen und scheue dieses Bekenntnis weder vor der Oeffentlichkeit noch in meinem Hause an irgend einem Tage. Aber gerade dieser mein lebendiger evangelischer, christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren. Und wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen. Und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden Sie mich auch da zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christentum und mein Glaube."

6. März. Beratung derselben Vorlage im Herrenhause:

„Man mache sich keine Täuschungen darüber, daß gleichzeitig mit der Revanche gegen Deutschland der Schlag gegen

Italien vorbereitet wird in der Hoffnung, daß Deutschland durch innere religiöse Wirren paralysiert werden soll, und daß das klerikale Regiment, während es in Deutschland und Polen langsam zersetzend wirkt, in Italien offen das französische Banner aufpflanzt und unter seinem Schutze das Land unter päpstliche oder vielmehr französische, durch den Papst repräsentierte Herrschaft zurückführen soll."

14. Mai. Ende April war Kardinal Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst zum deutschen Botschafter beim päpstlichen Stuhle ernannt, aber vom Papste abgelehnt worden. Darauf kommt Fürst B. im Reichstage bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes zurück und erklärt u. a.:

„Ich glaube kaum, daß es einem Gesandten des deutschen Reiches nach den jetzt in der katholischen Kirche maßgebenden Stimmungen gelingen würde, durch die geschickteste Diplomatie . . . einen Einfluß auszuüben, der eine Modifikation der von Sr. Heiligkeit dem Papste zu den weltlichen Dingen prinzipiell genommenen Stellung herbeizuführen imstande sein würde. Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert würde, die das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Sein Sie außer Sorge: nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig." — „Das kann ich dem Herrn Vorredner [Windthorst] versichern, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und uns in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Majorität beider Konfessionen sicher sind. Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! Und wer die

Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz!“

1873.

25. Januar. Am 21. Dezember 1872 legte Fürst B. das Präsidium des Staatsministeriums nieder, um etwas Erleichterung in seinen Amtsgeschäften zu erhalten. Das kommt im Abgeordnetenhause zur Sprache. Fürst B. erklärt dabei u. a.:

„Die Einheit der Interessen Preußens und des Reiches und der Schutz für die preußische Verfassung liegt in der Einheit Seiner Majestät des Kaisers und des Königs. Daß beide Organismen bisher auch einen gemeinsamen Ministerpräsidenten gefunden haben, das war der Anfang, kann aber für die Dauer nicht festgehalten werden.“

10. März. Im Herrenhause Beratung der vom Abgeordnetenhause schon beschlossenen Verfassungsänderungen. Fürst B. sagt in seinen Ausführungen:

„Es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche; es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben. Es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum.“ — „Dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen, wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute gerichtet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates; es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll. Und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn im Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.“

16. Mai im Reichstage Debatte über die Verwaltung von Elsaß-Lothringen. Der Abg. Windthorst hat mancherlei Bedenken und Tadel ausgesprochen. Fürst B. beklagt sich besonders über die Schwierigkeiten, die ihm im Reichslande die Ultramontanen und ihre Presse bereiten und fährt fort:

„Wenn man aber solchen mächtigen und wirksamen und so sehr geschickten Kräften gegenüber zu kämpfen hat in einer an sich schwierigen Lage, wo es gilt, altes Unrecht der Geschichte, alte Härten hundertjähriger Kriege zweier benachbarten Nationen auszusöhnen und zu schlichten, wenn wir in einer so schwierigen Lage sind, so kann man selbst dann, wenn in den von der Diktatur gewählten Mitteln der Verteidigung irgend ein Irrtum, irgend eine verschiedene Auslegung der Rechte vorgekommen wäre, doch mit den Behörden, die in einem solchen Kampfe stehen, nicht sehr scharf ins Gericht gehen. Wir sind entschlossen, den Elsässern so wenig wehe zu thun, wie wir irgend können. . . Zweifeln Sie unter Umständen an unserm Geschick — denn dafür sind mindestens wir norddeutschen und namentlich preußischen Beamten nicht berühmt, in geschickter Weise Freunde zu gewinnen und unangenehme Dinge in liebenswürdiger Weise zu erledigen — also zweifeln Sie an unserm Geschick, aber an unserer Hingebung, an unserem guten Willen zweifeln Sie nicht; an unserem Mut und an dem festen Entschluß, allen Gegnern des Reichs eine feste Stirn zu zeigen, daran zweifeln Sie nicht!“

9. November. Fürst B. übernimmt von neuem das Präsidium im Staatsministerium.

17. Dezember. Am 10. Dezember hat der Kultusminister Falk den Gesetzentwurf über Einführung der obligatorischen Zivilehe im Abgeordnetenhause eingebracht und dabei ausdrücklich betont, daß nicht die Rücksicht auf die evangelische Kirche das Bedürfnis für dieses Gesetz begründe, sondern die Rücksicht auf die Entwicklung, die das Verhältnis der katholischen Kirche zum Staate genommen habe. Bei der Beratung dieser Vorlage erinnert der Abg. von Gerlach den Fürsten B. an eine Äußerung gegen die Civilehe, die er in einer Rede des Jahres 1849 gemacht hat. In seiner Antwort erklärt Fürst B.:

„Ich habe mich noch nie geschämt, eine Meinungsänderung in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nötigten, entweder in etwas nachzugeben, oder mich zu überzeugen, daß es so, wie ich wollte, im Interesse des Landes eben nicht geht. Ich bin nun, ich glaube im zwölften Jahre, einer Regierung Leiter, die unter schwierigen und stürmischen Verhältnissen begonnen und geführt worden ist. Ich bin danach recht zufrieden, wenn man mir aus diesem jüngeren Zeitraum, aus der zweiten Hälfte dieses Vierteljahrhunderts, auf das der Herr Vorredner zurückgriff, nicht den Vorwurf machen kann, daß ich mich in irgendwelchen für den Staat entscheidend wichtigen Dingen wohl erheblich getäuscht hätte in meiner Voraussetzung und Beurteilung. Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister, sondern ich habe gelernt, meine persönliche Überzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen. . . . Meine persönliche Stellung zu der heutigen Lage der Frage der Civilehe ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Seiner Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Teil der Unterthanen Seiner Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegenüber dem Gesetze und dem Staate über diesen Teil der Königlichen Unterthanen verhängt hat, und um von seiner Seite, soviel an ihm liegt und soviel der Staat vermag, seine Pflicht zu thun. . . . Darauf kommt es ja hier nicht an, was irgend jemand vor 25 Jahren gesagt hat; es kommt lediglich darauf an: was ist für den Staat, für sein Land, für seinen Frieden und sein Gedeihen nützlich und notwendig. Ich habe mir früher an dem Herrn Vorredner oft ein Beispiel

im politischen Verhalten genommen; ich möchte den Herrn Vorredner bitten, heute einmal meinem Beispiel zu folgen. Ich bin der höchste Staatsbeamte seit langer Zeit und habe für den Herrn Vorredner vielleicht in dieser Eigenschaft ein gewisses Gewicht, eine Autorität. Persönlich möchte ich ihn bitten, von mir auch nur einen geringen Grad von Bescheidenheit in Unterordnung des eignen Urteils unter das Bedürfnis der allgemeinen Wohlfahrt zu lernen!"

1874.

13. Juli. Mordversuch des Böttchergesellen Kullmann aus Magdeburg gegen den Fürsten B. in Kissingen. Fürst B. wurde durch einen Streifschuß am rechten Handgelenk leicht verwundet. Am Abend wird dem Geretteten ein Fackelzug gebracht und er bedankt sich, den Arm in der Binde, vom Balkon herab mit folgenden Worten:

„Ich danke Ihnen für die Teilnahme, welche Sie mir in einem Falle beweisen, aus welchem mich Gottes Allmacht und Gnade glücklich errettet hat. Es kann mir nicht anstehen, weiteres über das zu sprechen, was dem Urteile des Richters übergeben worden ist. Das aber vermag ich zu sagen, daß heute nachmittag die Absicht nicht meiner Person, sondern der von mir vertretenen Sache galt. Hierfür, für die Größe, Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes zu sterben, das thaten so viele unsrer Mitbürger vor drei Jahren, warum sollte ich nicht dazu bereit sein? Da Sie alle mit mir darin einig sind und sich ebenso für die Freiheit, Größe und Macht unseres deutschen Vaterlandes begeistern, so bitte ich Sie, mit mir Deutschland und seine verbündeten Fürsten hochleben zu lassen."

30. November. Bei der ersten Beratung des Etats der Reichslande im Reichstage schließt Fürst B. seine Rede mit folgenden Worten:

„Ganz bestimmt werden wir in allen unsern Schritten in erster Linie von den Interessen und vor allen Dingen von der Sicherheit des Reiches, seines Gebietes und seiner Grenzen ge-

leitet werden, und werde ich mich, so wenig ich sonst vor einem gebotenen dreisten Entschluß in der Politik zurückschrecke, durch Vorwürfe oder durch Überredung nicht dahin bringen lassen, die Interessen des Deutschen Reiches aus Gefälligkeit für solche Elsässer zu gefährden, die im ganzen nicht zu unsern Freunden gehören. Und ich werde auch den Wünschen der Mehrheit meiner deutschen Mitbürger, so wie sie sich in der Vertretung hier im Reichstage, und den Wünschen der deutschen Regierungen, wie sie sich im Bundesrate aussprechen, sehr gern zugänglich sein. Aber verlangen Sie von mir nicht die Rolle, daß ich auf einem so brüchigen und für die Ruhe und Sicherheit des Reiches bedenklichen Boden mit einer gewissen stürmischen Eile vorausdrängen soll, immer bereit bleibend, die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ehe wir weiter vorschreiten können, müssen uns weitere Wahlen die Proben liefern, ob dort wirklich die Elemente dauernd die Oberhand gewinnen, die dahin streben, die Gemüter dem deutschen Reiche und der deutschen Regierung zu entfremden. Und wenn das der Fall sein sollte, so müßten wir erst von der Besserung des Schulunterrichts und von der heranwachsenden Generation eine Besserung der Verhältnisse erwarten, die bis jetzt schief und in unrichtiger Strahlenbrechung von den Wählern gesehen werden, solange die Potenzen, die an der Irreleitung und Unterdrückung der jugendlichen Intelligenz ein Interesse haben, in den Schulen dort noch wirksam sein können."

4. Dezember. Der Abg. Jörg hat im Reichstage sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der in der Verfassung vorgesehene Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten nicht in Wirksamkeit getreten wäre; denn gerade im letzten Jahre wäre in auswärtigen Angelegenheiten das persönliche Regiment des Reichskanzlers recht greifbar hervorgetreten. Er hat Beispiele für seine Ansicht angeführt und auch das Kissinger Attentat erwähnt, wobei „wegen des verwegenen Verbrechens eines halbverrückten Menschen ein guter Teil der Deutschen geradezu ins Delirieren geraten" wäre. Fürst B. widerlegt ihn und sagt über das Attentat u. a. folgendes:

„Der Herr Vorredner hat ferner in einer etwas gewagten

Weise — ich hätte an seiner Stelle doch lieber geschwiegen — den Vorgang des Kissinger Attentats erwähnt und hat dabei den Mörder als einen halbverrückten Menschen bezeichnet. Ich kann Ihnen versichern, daß der Mann, den ich selbst gesprochen habe, vollkommen im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten war ... Ich begreife es, daß der Herr Vorredner jede Gemeinschaft in den Gedanken anderer mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich weist ... Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest. Er nennt Sie ‚seine Fraktion'." (Stürmischer Beifall rechts und links, Toben im Zentrum und Pfuirufe. Der Ausdruck „Pfui" wird vom Präsidenten gerügt.) „Meine Herren, der Herr Präsident hat schon gesagt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte. ‚Pfui' ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fern liegen. Ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen!"

5. Dezember. Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Fürst B. fordert die Aufhebung der deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle.

„Ich habe die Streichung dieser Position für eine Pflicht des staatlichen Anstandes gehalten, weil und solange das Haupt der katholischen Konfession Ansprüche aufstellt und eine Stellung einnimmt, mit deren Durchführung jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich ist, wo jeder Staat, der sich dem unterwerfen wollte, unter ein kaudinisches Joch gehen würde und seiner Selbständigkeit zu entsagen genötigt wäre. Solange das Haupt der römischen Kirche diejenigen seiner Diener, die unabhängig von dieser ihrer Eigenschaft Unterthanen eines Staates des Deutschen Reiches sind, in ihrem auflehnenden Verhalten gegen die Gesetze ihres eigenen Vaterlandes ermutigt und unterstützt, ja diese Auflehnung von ihnen als eine geschworene Dienstpflicht fordert, so lange ist es eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich, eine Macht, die solche Ansprüche erhebt, nicht nur nicht anzuerkennen, sondern auch

nicht den Schein auf sich zu laden, als beabsichtige es, diese Anerkennung in der Zukunft auszusprechen, ohne daß diese unerfüllbaren und für jedes geordnete Staatssystem unannehmbaren Ansprüche zuvor in irgend einer Weise gelöst werden. . . . Ich kann Ihnen spezielle Thatsachen anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihtesten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich feststand. . . . Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist; daß das Konzil deshalb abgekürzt ist; . . . daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete; daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und der ihn fast überwältigte; daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage Zeugnis ablegen zu können."

1875.

18. März. Im Abgeordnetenhause bei Beratung der Vorlage wegen Einstellung der Leistungen des Staates für die römisch-katholische Kirche (sog. Brotkorbgesetz):

„Es ist des Staates nicht würdig, seine erklärten Feinde gegen sich selbst zu besolden. Es ist Anstandspflicht des Staates, diese Gelder einzubehalten. Der Staat kann nicht stillschweigend dulden und durch Zahlung bestätigen, daß gegen ihn der Aufruhr von den Seiten gepredigt wird, wo er am meisten im eigenen Interesse mit unterdrückt werden sollte. Ich sage ‚im eigenen Interesse', denn Sie ziehen sich in Ihren — ich will nicht sagen Geistlichen, sondern in dem, was wir im allgemeinen Hetzkapläne nennen

— in denen ziehen Sie sich doch eine Gesellschaft groß, mit der Sie in ruhigen Zeiten Ihre Not haben werden."

16. April. Bei der Beratung über die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung im Abgeordnetenhause.

„Dieses Vertrauen [nämlich „auf das Billigkeitsgefühl der andern Seite, auf Patriotismus bei denjenigen, die man mit der Ausführung betraute"], welches die mehr edle, als praktische Natur des Höchstseligen Königs charakterisierte, . . . hat gewissermaßen Bresche in die für den allgemeinen Frieden des Staates notwendigen Bestimmungen gelegt. Diese Bresche muß überschüttet werden, sie muß ausgefüllt werden. Sobald das geschehen ist, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden selbst mit dem Zentrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle zu suchen, und ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hilfe zu finden. Und ich werde dann, solange mir das Leben gegeben ist, dazu beitragen, den Kampf, den aggressiv zu führen wir eine Weile genötigt gewesen sind, demnächst nur defensiv fortzusetzen und die Agression mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen." — „Nachdem auf diese Weise der Gesetzgebung die Bahn frei gemacht worden ist, hoffe ich, meine Herren, auf diesem Wege mit Gottes Hilfe diesen Frieden zu finden, denselben Frieden, unter dem unsre Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staate, und gestützt in diesem starken Staate durch unsre Dynastie, mit einander in konfessioneller Einigkeit gelebt haben." — „Wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen, der nicht lediglich das Produkt der Wahl des italienischen Klerus zur Weltherrschaft erheben will, sondern der bereit ist, auch andre Leute leben zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich Friede schließen lassen wird. Darauf ist meine Hoffnung gerichtet; und dann hoffe ich wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen."

1876.

5. April. Bei der zweiten Lesung über die Einverleibung Lauenburgs in Preußen, im Abgeordnetenhause. Im Jahre 1865 war das Herzogtum Lauenburg in Personalunion zu Preußen getreten, der König von Preußen Herzog von Lauenburg geworden. Der Herzog selbst beantragt jetzt die Einverleibung. Fürst B. sagt u. a.:

„Wenn es nach dem Abg. Virchow damals gegangen wäre [1865], wäre weder von einer ausgequetschten noch vollen Zitrone hier die Rede, sondern Lauenburg würde sich im Besitz des Herzogs von Augustenburg und unter dem Schutz des Frankfurter Bundestags befinden, der nach der Politik des Herrn Abg. Virchow, die er damals vertreten hat, noch heute die herrschende Potenz in Deutschland sein würde. Ich würde an Stelle des Herrn Abgeordneten nicht gern an diese Phase erinnert haben; er zwingt mich aber dazu, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er mehr als jeder andere in der Lage war, ein dargebotenes Geschenk nicht so genau zu kritisieren, . . . aber doch nicht so scharf zu kritisieren an den Formen, unter denen dieses sehr stattliche und hübsche Herzogtum von seinem Herzog und nicht von der Volksversammlung Preußen angeboten wird. Ich aber muß darauf halten, daß die Bedingungen, unter denen Lauenburg hier angenommen werden soll als Mitglied des preußischen Verbandes, auch den jetzigen legalen Vertretern des Herzogtums gerecht seien, und ich werde sie darüber befragen. Wenn sie ihnen nicht gerecht sind, meine Herren, dann halte ich mich für verpflichtet als Minister von Lauenburg, die Verhandlungen zu vertagen. Es liegt das sonst nicht in meiner Absicht. Aber wenn Sie glauben, daß der Herzog und sein Minister ein so sehr großes Interesse haben, dies Herzogtum loszuwerden und sich hier alle möglichen Ausstellungen gefallen zu lassen, dann ist dies eine faktisch unrichtige Voraussetzung.“

26. April. In der Verfassung des Norddeutschen Bundes und in der Reichsverfassung war von den Einzelstaaten die Verpflichtung übernommen, die Eisenbahnen im Interesse des einheit-

lichen Verkehrs vom Reiche verwalten zu lassen. Dazu war bisher noch kein Schritt gethan. Deshalb hat Preußen jetzt im Landtage einen Gesetzentwurf eingebracht wegen Übertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich. Fürst B. äußert dazu u. a. folgendes:

„Wir sind in Bezug auf den Eisenbahnverkehr in eine Lage geraten, wie sie sonst seit dem Mittelalter Deutschland nicht eigentümlich war. Wir haben in ganz Deutschland, glaube ich, 63 verschiedene Eisenbahnprovinzen — das ist zu wenig gesagt, sie sind selbständiger als Provinzen, Eisenbahnterritorien möchte ich sagen —, von denen vielleicht 40 auf Preußen kommen werden. Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Stapelsrechts, des Zoll- und Geleitwesens und Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zu gunsten ihres Privatsäckels vollständig ausgerüstet, ja selbst mit dem Fehderecht. Daß diese Zustände nicht dem Ideale entsprechen, das die Reichsverfassung aufstellt, daß sie das nicht einmal in Preußen thun, dem kann, glaube ich, nur dadurch abgeholfen werden, daß auch in Preußen ein andrer Weg der Abhilfe als bisher versucht würde, wenn der Übergang an das Reich nicht stattfände. Ich halte die Eisenbahnen dazu nicht in der Hauptsache bestimmt, ein Gegenstand finanzieller Konkurrenz zu sein, um das Höchstmögliche herauszuschlagen; die Eisenbahnen sind nach meiner Überzeugung viel mehr für den Dienst des Verkehrs, als für den Dienst der Finanzen bestimmt."

6. Dezember. Nachdem die russische Regierung angeordnet hat, daß die Eingangszölle fortan in Goldmünze zu entrichten seien, interpelliert der Abg. Richter den Reichskanzler, was er zum Schutze der deutschen Industrie in dieser Angelegenheit zu thun gedächte. Fürst B. benutzt diese Gelegenheit, um in seiner Antwort Deutschlands Stellung zum orientalischen Kriege zu erörtern. Aus dieser Rede sind folgende Stellen von besonderem Interesse:

„*Mir ist als einem Pfleger des Friedens die Interpellation*, die der Herr Redner gestellt hat, *in meinem Werke unzweifelhaft hinderlich und im höchsten Maße unbequem.* Ich glaube auch nicht, daß er sie gestellt hat, um mir förderlich zu sein und meine Aufgabe bequem zu machen. . . . Er will den Krieg nicht. Nun, ich glaube, auch die Herren, in deren Interesse er sprach oder zu sprechen vorgab, werden darüber einig sein, daß sie lieber noch eine gesperrte Zollgrenze, als eine für die feindlichen Truppen geöffnete haben wollen; daß sie lieber ein abgesperrtes Land, als der Kriegsschauplatz sein wollen. Es ist sehr wohlfeil zu sagen, daß man den Krieg nicht will; es fragt sich nur: in wie weit schädigt der Herr Vorredner durch seine Interpellation die Bemühungen, den Frieden auf lange Dauer zu wahren?" — „Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unserseits einen Preis fordern könnten; Rußland verlangt von uns gar nichts, als auf einer friedlichen Konferenz unsre Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsre ist, nämlich . . . eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht verträgt. . . . Es ist dies gewissermaßen ein Teil des Kulturkampfes." — „In der augenblicklichen Sachlage liegt die Möglichkeit, daß trotz der Übereinstimmung diese Konferenz resultatlos verläuft. Und es ist nach den Erklärungen der russischen Regierung für diesen Fall die Wahrscheinlichkeit sehr nahe gelegt, daß Rußland auf eigene Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will. *Für diesen Fall verlangt Rußland keinen Dienst von uns, sondern nur unsre Neutralität, was vollständig in unsrem Interesse liegt.*" — „Wenn der Vorredner eine von ihm als Gerücht bezeichnete Äußerung von mir anführte, in dem ganzen Orient stecke für uns kein Interesse, das so viel wert sei, wie ein pommersches Rittergut, so ist das irrtümlich. Es ist immer an solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und ein Bissele Falschheit

dabei. Ich habe gesagt: ich werde zu irgend einer aktiven Beteiligung Deutschlands nicht raten, solange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe damit ausdrücken wollen, daß wir mit unsern Landsleuten und Soldaten sparsamer sein müßten, als daß wir sie für eine Politik einsetzen, für die wir kein Interesse haben." — „Mein Bestreben und meine mir von Seiner Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir sie können. . . . Wir hoffen in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unsern bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittlung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unsrer Seite uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, d. h. also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisieren."

1877.

10. März. Bei der ersten Lesung des Reichshaushaltsetats geht Fürst B. auf die geplante Steuerreform ein, durch die auf der einen Seite Erleichterungen, auf der andern neue Einnahmequellen geschaffen werden sollen, und betont dabei gerade die Mitwirkung des Reichstages.

„Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabenbewilligungsrecht gesichert; und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer

gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reichs oder Staats nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen; sonst kommt man ja überhaupt aus den Hemmnissen, aus dem gegenseitigen Mißtrauen, aus einem gewissen gegenseitigen Verschanzungskampfe und Ringen nach Macht im Innern nicht heraus und kommt über diese Streitigkeiten eben nicht dazu, zu erwägen: wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten, oder vielmehr wie läßt er sich am bequemsten tragen?" — „Verlassen wir nicht der Theorie zu Liebe den Weg, der uns praktisch weiter geführt hat; und wollen wir schneller vorwärts kommen, so ist das beste Mittel dazu das Zusammenhalten und das einheitliche Wollen des Reichstags und der Regierungen, auch das Zusammenhalten des Reichstages in sich in höherem Maße, daß — wie ich ja im Willen von jedem überzeugt bin, aber der Zorn des Kampfes führt unter Umständen weiter — stets die Interessen für das Ganze über das Interesse der Verbände der Gesinnungsgenossen dominieren. Und wenn dies geschieht und der Reichstag mit den verbündeten Regierungen oder doch wenigstens mit dem Kaiserlichen Anteil innerhalb der Regierungssphäre einig ist, und die Führung vorsichtig vorwärts geht, dann, meine Herren, kommen wir zu einem Ziele, welches allen billigen und verständigen Wünschen unsrer Mitbürger entsprechen wird."

1878.

19. Januar. Namens der konservativen und liberalen Parteien des Reichstages bringt der Abgeordnete von Bennigsen eine Interpellation an den Reichskanzler ein, ob er über die politische Lage im Orient und Deutschlands Haltung dazu dem Reichstage Mitteilung zu machen gedächte. In seiner Beantwortung dieser Frage sagt Fürst B.:

„Wenn von vielen Seiten an uns die Zumutung gekommen ist — aber von keiner Regierung, sondern nur von Stimmen der Presse und sonstige wohlgemeinte Ratschläge —, wir sollten von Hause aus unsre Politik festlegen und sie andern aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als für Staatenpolitik halte. . . . Wir würden uns die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die ich den allerhöchsten Wert lege, fast unmöglich machen, weil jeder mit dem Menü der deutschen Politik in der Hand uns sagen könnte: so weit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches; sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustandebringen will." — „Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches die hohen Herren zu einander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen."

Gegenüber der Forderung, daß Deutschland als dritte Macht im Bunde mit England und Österreich, dessen Interessen besonders vom Zentrum betont werden, gegen Rußland Stellung nehmen solle, erklärt Fürst B. aufs bestimmteste:

„Wir sind seit 100 Jahren Freunde gewesen; Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren. . . . Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern."

Der Abg. Windthorst betont nachdrücklich Österreichs Interesse. Ihm antwortet Fürst B.:

„Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Österreichs zu vertreten. Unsre Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und die des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andre Parteien in Österreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Interesse Österreichs, offen zu stellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er nur die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt. . . . In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht — ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir, und ich glaube ihm,

was er mir sagt. Und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittelung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

7. Februar. Papst Pius IX. stirbt.

26. Februar. Bei den Beratungen des Reichstages über die Steuerreform kommt das Tabaksmonopol zur Sprache. Fürst B. möchte es für das ganze Reich haben, weil er daraus große Einnahmen erwartet. Er sagt u. a.:

„Sie wissen, daß ich ein Gegner der direkten und ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiete eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, was vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern, unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten imstande wäre herauszuzahlen, und ich bin überzeugt, daß wir auf dem Wege der Reform dahin gelangen können. In dem Streben nach dieser Reform habe ich mich mit meinen preußischen Kollegen und insbesondere mit dem Herrn Finanzminister dahin geeinigt, daß diese Vorlage als ein Durchgangspunkt zu den höheren Einnahmen aus dem Tabak, die ich erstrebe, dienen soll. . . . Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unsrer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebe und daß ich in diesem Sinne die Vorlage als Durchgangspunkt annehme."

5. März. Beratung der Vorlage über eine Stellvertretung des Reichskanzlers. Fürst B. sagt dabei:

„Meines Erachtens soll der jedesmalige Gesamtvertreter des Kanzlers jederzeit derselbe sein, der den Ministerpräsidenten im preußischen Ministerium vertritt. Wenn überhaupt die Notwendigkeit, die Zweckmäßigkeit vorgelegen hat, daß der Posten eines Reichskanzlers und der Posten eines preußischen Ministerpräsidenten in derselben Hand seien; wenn ich mich durch Enthaltung während eines Jahres

von der Annahme preußischer Geschäfte davon überzeugt habe, daß dies absolut notwendig ist, nicht weil der preußische Einfluß auf das Reich verloren geht, sondern weil der deutsche Einfluß auf Preußen verloren geht, weil die Vertretung des Reichs in Preußen eine so starke sein muß, wie sie nur der leitende Minister ausüben kann und nicht ein beisitzender Minister ohne Ressort — deshalb bin ich der Überzeugung, daß der regelmäßige Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit der sein soll, der dieselbe Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft eines preußischen Ministerpräsidenten innerhalb des preußischen Staatsministeriums vertritt. Und ich erkenne es als einen Fehler, über den mich die Erfahrung belehrt hat, daß in früheren Zeiten während meiner Abwesenheit davon abgewichen worden ist."

9. März. Die Stellvertretungsvorlage wird vom Reichstage angenommen. Im Mai tritt Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode als Vizepräsident in das preußische Staatsministerium ein.

11. Mai. Attentat Hödels gegen Kaiser Wilhelm. — 14. Mai. Vorlage eines Gesetzes gegen die sozialdemokratischen Umtriebe. — 24. Mai. Ablehnung des Gesetzentwurfes mit 241 gegen 57 Stimmen.

5. Juni. Attentat Nobilings gegen den Kaiser. Der Kronprinz übernimmt die Stellvertretung des Kaisers. — 6. Juni. Auflösung des Reichstages. — 11. Juni. Anberaumung der Neuwahlen für den 30. Juli. — 13. Juni — 13. Juli. Der Berliner Kongreß unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck.

9. September. Eröffnung des neugewählten Reichstages. Einbringung eines zweiten Sozialistengesetzes. — 17. September. Erste Lesung des Sozialistengesetzes. Bebel hat die früheren Beziehungen des Fürsten B. zu Sozialisten besprochen. In seiner Antwort sagt B. über seine Beziehungen zu Lassalle u. a.:

„Ich habe ihn [Lassalle] gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche 3—4mal gesehen, sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsre Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten

und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner. Er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung. Seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft. Aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego! zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie außer stande gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen."

9. Oktober. Zweite Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstage. Fürst B. hat nachgewiesen, daß alle früheren revolutionären Bewegungen wenigstens einen positiven Kern in sich getragen hätten und fährt fort:

„Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung gibt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen — mein Gedächtnis läßt mich vielleicht im Stiche, aber ich appelliere an das eines jeden andern: ist Ihnen bei den langen Reden, noch länger als die, die wir eben hörten, auch nur eine

einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlags über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben — ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts derart, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht! Sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. Das ist einfach das Geheimnis, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen so viel Zeit durch Krankheit gehabt hat, um den ‚Verschleierten Propheten‘ von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit jedermann verstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unserer sonst so wohl gesinnten arbeitenden Klassen verfallen sind. Sie haben das Angesicht von Wokana nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken.“ — „Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist, — ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation; aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt, ‚an Gott und bessere Zukunft glauben‘ nicht hätte. Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben.“

19. Oktober. Annahme des Sozialistengesetzes mit 221 gegen 149 Stimmen. Schluß der Reichstagssession.

19. November. Eröffnung des preußischen Landtages.

6. Dezember. Vermählung der Gräfin Marie, einzigen Tochter des Fürsten B., mit dem Grafen Kuno von Rantzau.

1879.

12. Februar. Eröffnung des Reichstages.

4. März. Erste Beratung des Reichstages über den Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt des Reichtages über seine Mitglieder. Es handelt sich besonders darum, zu verhindern, daß auf die großen Massen berechnete Reichstagsreden der sozialdemokratischen Abgeordneten nachher durch den Druck weiter verbreitet werden.

„Ich betrachte es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstages, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz. Sie sind ja vollberechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann nur sagen: beneficia non obtruduntur. Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen."

Und er schließt mit folgendem dringenden Appell an den Reichstag:

„Wollen Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beschränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen — nicht gegen die ungefährlichen, sondern nur gegen die gefährlichen Tendenzen — des Sozialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stiche lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welches sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann,

ihrerseits bemessen und *wir können ohne den Beistand des Reichstages nichts machen*. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem Wege weiterzukommen suchen. Wir sind berechtigt, als Mitglieder der Regierung darüber unsre eigne Überzeugung zu haben, so gut wie irgend ein Abgeordneter; und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Überzeugung handeln wolten."

7. *März*. Die Vorlage wird, ohne auch nur an eine Kommission verwiesen zu sein, abgelehnt.

2. *Mai*. Erste Lesung der wirtschaftlichen Reformvorlagen im Reichstage. Fürst B. erklärt:

„Der heutige Zustand der deutschen Gesamtfinanzen, worunter ich nicht bloß die Reichsfinanzen, sondern die Gesamtheit der Finanzen des Reiches und der einzelnen Länder verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht getrennt behandeln und betrachten —, ist derart, daß er meines Erachtens *auf das dringlichste zu einer baldigen und schleunigen Reform auffordert*. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nötigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfnis der *finanziellen Selbständigkeit des Reiches*. Dieses Bedürfnis ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für denjenigen, der in dieser beschäftigten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen nachzulesen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht so weit wie er in seinen Bezeichnungen; er nannte damals die Matrikularumlagen — die ‚Umlagen', wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen

Anarchie in ganz Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben. Aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden ist."

8. Mai. Bei Beratung derselben Vorlage:

„Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten sachlichen erschüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: das Reich selbständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben. Und demnächst als den letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt, in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsre Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen."

21. Mai. Bei der zweiten Lesung derselben Vorlage bespricht Fürst B. auf das eingehendste die Forderung der Kornzölle und sagt dabei:

„Wenn nun ich schon zugebe, vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das allerbestimmteste, daß die Kornpreise und Brotpreise in irgendeinem nachweisbaren Zusammenhange stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnot zwingend einwirkt, daß durch den Überfluß und die Wohlfeilheit des Korns kein Wachsen des Brotgewichtes und kein merkliches Sinken der Brotpreise eintritt. Die Brotpreise sind heute bei diesen niedrigen Kornpreisen dieselben, das heißt, das Gewicht des Brotes ist dasselbe, wie

es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so teuer war als heut."

9. Juli. Schlußberatung über den Zolltarif. Fürst B. wendet sich besonders gegen die Hindernisse, die ihm seitens der Fortschrittspartei bei der Zollreform bereitet wurden, und sagt:

„Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei allerdings als Programm offen proklamieren hören, und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hatte, der sie widersprechen konnte. Positive Pläne und Vorschläge über das aber, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen. Und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir, und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisieren in den anderen Fraktionen."

Zum Schluß erklärt Fürst B.:

„Ich für meinen Teil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, mag ich Haß oder Liebe dafür ernten — das ist mir gleichgültig."

Der Zolltarif wurde schließlich mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen.

23. Juli. Rücktritt des Kultusministers Dr. Falk. Sein Nachfolger wird Herr von Puttkamer.

21.—24. September. Fürst B. in Wien. Abschluß eines schriftlichen Vertrages zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

1880.

15. November. Preußen hat beim Bundesrat den Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet beantragt. Auf eine Eingabe

großer Hamburger Firmen an den Reichskanzler um eine autoritative Erklärung darüber, daß die Pläne der Reichsregierung nicht auf eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte der Hansestädte und auf eine Verkümmerung ihres Wohlstandes hinausliefen, antwortet Fürst B.:

„Sollte Hamburg den Zollanschluß seiner bisher ausgeschlossenen Gebietsteile selbst beantragen, so werde ich jedes zulässige Entgegenkommen des Reiches befürworten, um diese Entschließung und ihre Ausführung zu erleichtern. Das Reich hat, wie ich glaube, auch seinerseits an der Vollendung seiner nationalen Zolleinheit und der Erhaltung und gedeihlichen Entwickelung seiner größten Handelsstadt ein so zweifelloses Interesse, daß seine ausgiebige Unterstützung der Anlagen, welche der Zollanschluß bedingt, gerechtfertigt und geboten erscheint."

Der von der Regierung geforderte Zuschuß des Reiches für die durch den Zollanschluß nötig gewordenen Bauten bis zum Meistbetrage von 40 Millionen Mark wurde bewilligt.

19. November. Errichtung eines Volkswirtschaftsrates für Preußen.

1881.

27. Januar. Fürst B. eröffnet den Volkswirtschaftsrat und sagt in seiner Eröffnungsrede:

„Es ist nicht Zufall, sondern Folge Ihrer an den heimatlichen Herd gebundenen Thätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft und noch mehr die Vertreter von Handel und Gewerbe nicht in gleichem Maße als die gelehrten Berufsstände an der parlamentarischen Thätigkeit teilnehmen können und daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Innerhalb der Regierungskreise, in welchen die Vorbereitung der Gesetzvorlagen erfolgt, muß der Natur der Sache nach der Stand der Beamten und Gelehrten überwiegen. Es erscheint daher als ein Bedürfnis, nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Parlamente selbst, daß auch diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu empfinden haben."

17. Februar. Das Abgeordnetenhaus nimmt den von der Regierung angesichts der günstigen Finanzlage Preußens vorgeschlagenen dauernden Steuererlaß an. Im Herrenhause wendet sich der frühere Finanzminister Camphausen gegen die Vorlage. Ihm antwortet Fürst B.:

„Das üble Licht, welches auf uns, auf das heutige Ministerium geworfen wird zur Verherrlichung der Zeit, wo mein Kollege im Herrenhause noch mein Kollege im Ministerium war, nötigt mich zu Äußerungen der Abwehr, obschon ich meinerseits derartige Streitigkeiten, auch wenn ich dort sitze, nicht suchen werde. Aber ich kann mir auch nicht gefallen lassen, daß die Fiktionen, die über die Ära Camphausen in der Welt existieren, gegen uns jetzige Minister ausgebeutet werden. Das damalige Finanzministerium hat sieben Jahre gehabt, wie die fetten Kühe Pharaos, aber keinen Joseph, der ihm zur rechten Zeit gesagt hätte, daß die sieben mageren nachher kommen werden. Die Josephs, die nachher sprachen, haben meinen damaligen Kollegen einfach bewogen, sich, gegen meine Bitte, aus dem Dienste zurückzuziehen und das abgewirtschaftete Finanzministerium zu übergeben und uns die Besserung zu überlassen. . . . Das Kassensystem war ja natürlich in ausgezeichneter Ordnung, die ganze Geldwirtschaft ausgezeichnet, aber von Finanzgesetzgebung, von einer Voraussicht der Zukunft kann ich das nicht sagen. . . . Ich habe es zuletzt durchgesetzt, daß mein damaliger Kollege mit den Forderungen der Erhöhung, namentlich der Abgabe auf Tabak, und mit dem ganzen damaligen Programm mit mir vor die Öffentlichkeit trat, ob mit voller Überzeugung von der Richtigkeit des Programms von Hause aus, das lasse ich dahin gestellt sein. Er hat mir nicht sehr rasch seine Hand dazu gegeben; aber nachdem er sie mir gegeben, bin ich überzeugt, würde er es ehrlich und entschlossen mit mir durchgeführt haben, wenn er nicht beim ersten Angriff von der liberalen Seite, unter dem Druck der Reden der Herren Bamberger und Lasker, sofort seinen Posten aufgegeben hätte. . . . Das Verdienst des Staatsmannes besteht in der Voraussicht der Zukunft und in der rechtzeitigen An-

regung der Reformen und Maßregeln, die für die Zukunft erforderlich sind. Und weil ich der Überzeugung bin, daß diese Finanzreform erforderlich ist, wenn wir nicht wirklich der Armut verfallen wollen, kann ich nur nochmals die Bitte aussprechen: nehmen Sie dieses Gesetz an, Sie halten uns sonst auf in den notwendigen Reformen. Diese Reformen sind ein Bedürfnis des Landes."

Die Vorlage wurde auch vom Herrenhause angenommen.

21. Februar. Bei den Beratungen über die weitere Einführung der Kreisordnung in Preußen hatte sich zwischen dem Fürsten B. und dem Minister des Innern Grafen zu Eulenburg II eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt. Infolge persönlicher Verhinderung ließ Fürst B. am 16. Februar durch einen Kommissar eine schriftliche Erklärung über seine Ansicht im Abgeordnetenhause verlesen. Seine Gegner bezeichneten diese Erklärung als eine „Botschaft" und machten dem Fürsten B. den Vorwurf der Überhebung. Daraufhin erklärte er:

„Die Stelle, wohin diese Insinuationen in der Hauptsache gerichtet sind, ist zum Glück vollständig unzugänglich dafür und gepanzert gegen solche Insinuationen. Niemand weiß genauer, als Seine Majestät der König, daß er nicht nur keinen treueren, sondern auch keinen unterthänigeren Diener haben kann als mich, nicht bloß in meiner Eigenschaft als Beamter, Staats- und Reichsbeamter, sondern auch von Geburt ab in meiner Eigenschaft als kurbrandenburgischer Vasall und obendrein Altmärker, als Mitglied einer Familie, die dem regierenden Hause so lange treu gedient hat, als wir überhaupt das Glück haben, dasselbe als Landesherrschaft zu besitzen."

Wenige Tage später nahm Graf Eulenburg seinen Abschied; sein Nachfolger wurde der Kultusminister von Puttkamer und dessen Nachfolger Herr von Goßler.

24. Februar. Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats hat der Abg. Richter die Thätigkeit der unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers stehenden Reichsämter kritisiert. Ihm antwortet Fürst B. und sagt dabei:

„Wenn ein leitender Minister — und ein solcher ist er [der Reichskanzler] im Reich — keine eigne Meinung hat und sie

erst von anderen hören muß, was er glauben und thun soll, dann brauchen Sie ihn gar nicht."

Gegen den Vorwurf, daß er seine Ansichten über diese oder jene Sachen häufig und schroff gewechselt habe, erklärt Fürst B.:

„Ich will mich auf diesen berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Mensch, der nicht lernt, nicht fortschreitet mit seiner Zeit und also auch der Zeit nicht gewachsen bleibt; der bleibt zurück, der feststeht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit gar nicht entschuldigen. Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: das Wohl des Staates. . . . Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles; hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe, und nicht bloß eine vorübergehende Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet; und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe."

2. April. Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltes antwortet Fürst B. dem Abg. Richter zunächst auf dessen Äußerung, daß B.s Prestige im Abnehmen wäre:

„Der Herr Vorredner hat damit geschlossen, daß mein Prestige im Schwinden wäre. Ja, wenn er recht hätte, möchte ich sagen: Gott sei Dank! Denn Prestige ist etwas furchtbar Lästiges, etwas, an dem man schwer zu tragen hat und das man leicht satt wird. Mir ist es vollkommen gleichgültig. Ich habe, wie ich sehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Herrn Vorredners, als vielleicht noch mehr Ehrgeiz in mir steckte, jahrelang ohne jedes Prestige, im Gegenteil als Gegenstand der Ab-

neigung, wenn nicht des Hasses der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und gesünder befunden als in den Zeiten, wo ich am populärsten gewesen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung. Ich thue meine Pflicht und warte ab, was daraus folgt."

Des weiteren berührte er die Sozialpolitik, besonders die Gesetzvorlage über die Errichtung einer Reichsversicherungsanstalt.

„Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen. Die Mahnung ist bis zu diesem Augenblick an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit 50 Jahren vor uns schwebt, unsre Söhne oder Enkel vollständig ins Reine kommen werden." — „Ich bin nicht der Meinung, daß das ‚laisser faire, laisser aller', das reine Manchestertum in der Politik: ‚Jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe', ‚Wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten', ‚Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen' — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne. Im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird." — „Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsre heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll niemand verhungern. Ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen;

und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten; daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Pekulium an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann." — „Ich würde nicht den Mut haben, den Zwang [zur Versicherung] auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Würde der Zwang ausgesprochen, so ist es notwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, was wohlfeiler und sicherer ist wie jedes andre. Man kann nicht den Sparpfennig der Armen dem Konkurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinsung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungsgesellschaften — er hat sich stark ausgedrückt: daß sie zerdrückt, zermalmt werden würden, und hat gesagt, daß diese Versicherungsgesellschaften sich um den Dank ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger."

Mit Rücksicht darauf, daß die vielen Prozesse, die aus dem Haftpflichtgesetz entstehen, statt die Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu lindern, vielfach die Erbitterung nur erhöhen, sagt Fürst B.:

„Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungierendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist und die Frage, ob irgend ein Verschulden vorliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgültig, er bleibt unglücklich, er bleibt verstümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist, und seine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein." — „Ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung ‚christlicher Staat' perhorreszieren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen,

namentlich in bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen läßt." — „Ein Staat, der seiner Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße als es hier gefordert ist, in dem Maße wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christentum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Manne nicht."

Der Gesetzentwurf über die Reichsversicherungsanstalt wurde abgelehnt.

5. Mai. Schon im Februar 1880 war ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem der Reichstag mindestens alle 2 Jahre einberufen und die einjährige Etatsperiode in eine zweijährige umgewandelt werden sollte. Er wurde mit 103 gegen 101 Stimmen abgelehnt, im März 1881 aber von neuem vorgelegt. Bei der zweiten Lesung sagt Fürst B. u. a.:

„Gerade die Hast und die Überlastung der Geschäfte, über die der Herr Vorredner klagt, wollen wir ja vermindern dadurch, daß wir Ihnen die Möglichkeit geben zu längeren Sitzungen, indem sie nicht eingeengt sind durch die Notwendigkeit, in jedem Jahre zwei große Körperschaften, groß oder klein, den Reichstag und die Landtage nebeneinander fungieren zu lassen und die Zeit, die die eine dieser Versammlungen braucht, der andern zu verkümmern. . . . Es muß die Gesetzgebung des Reichs ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen. Ein Jahr sollen die Landtage haben, ein Jahr soll der Reichstag haben für seine Geschäfte. Daneben sind ja Berufungen nicht ausgeschlossen." — „Wir haben [im Bundesrate] gar keine Grenze der Beschlußfähigkeit — und ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er die nicht hätte . . . , daß aber eine höhere Beschlußfähigkeit wie die jetzige gesetzt wird, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden, welche die Zukunft des Reiches durch Gesetze binden. Das Reich hat ein

Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der im Land gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag so wie die Verfassung ihn kennt; er hat auch nicht das Ansehen im Publikum und in der öffentlichen Meinung." — „Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahn nicht hingiebt, als ob ohne eigne Mitwirkung, ohne eigne patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte." — „Nachdem wir bei mehreren Wahlen gesehen haben, daß die Sozialdemokraten einstimmig für fortschrittliche Kandidaten stimmen, müssen wir befürchten, daß zwischen diesen Verbindungen eine Art Kartellverhältnis für die Wahlen doch eingetreten ist. Nachdem wir gesehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraktion nach links hin ausgeschieden sind, ihre Fühlung bei der Fortschrittspartei nehmen, so kann ich wohl sagen, daß auf diese Weise, wenn die jetzige nationalliberale Fraktion die Anlehnung nach links fester nimmt, die Kontinuität der gegenseitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Sozialdemokraten hinein, wenigstens in dem praktischen Zusammengehen — wie weit sie in der Theorie auch von einander entfernt sein mögen — nicht ausgeschlossen ist, sondern zu meinen Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner [Herrn von Bennigsen] noch zurufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit voller Herzlichkeit bitte: Laß nicht vom Linken dich umgarnen!"

6. Mai. Der Gesetzentwurf wird abermals abgelehnt.

7. September. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Kaiser Alexander III. von Rußland in Danzig. Kaiser Wilhelm ist von Fürst B. begleitet.

16. September. Fürst B. wird zugleich zum Handelsminister ernannt.

17. November. Eröffnung des Reichstages mit der Allerhöchsten Botschaft über die positive Förderung des Wohles der Arbeiter.

30. November. Nachdem schon in der ersten Hälfte des Jahres 1880 in Wien durch den deutschen Botschafter Prinzen Reuß Verhandlungen Preußens mit der päpstlichen Kurie gepflogen waren und dann im September 1881 Herr von Schlözer zunächst in außerordentlicher Mission nach Rom an den Vatikan gegangen war, kam der Stand der kirchlichen Frage im Reichstage zur Sprache; dabei erklärte Fürst B.:

„Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zwecke, um den Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei immer doch der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit diesem Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit näher zu kommen, als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, so ist es ja an sich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht weiter zu fechten, bloß um zu fechten, gleich einem politischen Raufbold, sondern fechte, um den Frieden zu erlangen. Kann ich ihn haben, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, erlangen durch einen annehmbaren modus vivendi, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich diesen Frieden nicht acceptieren wollte."

1. Dezember. Fürst B. wollte die Einrichtung des Volkswirtschaftsrates auf das ganze Reich ausdehnen und hatte dazu im Etat 1882/83 den Betrag von 85 000 Mark gefordert. Die Budgetkommission hat die Ablehnung beantragt. In der Verhandlung darüber erklärt Fürst B.:

„Wir glauben im Staatsministerium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urteils angeboren ist. Wir haben das Bedürfnis uns zu informieren, und ich möchte doch glauben, die parlamentarischen Versammlungen sollten dieses Bedürfnis auch einigermaßen haben. . . . Sie sollten uns helfen, uns aufzuklären; Sie sollten mit Freuden

das Bekenntnis der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwissend ist und nicht in bureaukratischer Allmacht vom beschränkten Unterthanenverstand, wie dies früher geschehen sein soll, spricht, sondern sich an diesen Unterthanenverstand vertrauensvoll wendet. Dieses Vertrauen fehlt Ihnen, meine Herren; darum liegt eine Verachtung des Volkes und des praktischen Lebens in Ihrer Weigerung. . . . Das Bedürfnis bei den Regierungen ist so stark, daß, wenn Sie uns die Mittel versagen, wir an die Opferfreudigkeit des Volkes gegenüber der Versagung des Reichstages werden appellieren müssen. . . Gerade die Aufgaben, die die Regierung sich zunächst gestellt hat, die sozialen Reformen und die finanziellen, erfordern eine ununterbrochene Wechselwirkung mit den praktischen Erfahrungen, die darüber in den wirtschaftlichen Kreisen des Volkes vorhanden sind, weil sie auf die Entdeckung einer für die Regierung und für die bureaukratische Welt so gut wie neuen terra incognita ausgehen, und weil man diese Aufgaben, die ich mir allerdings nicht von Hause aus gleich so weitgreifend denke, wie sie geschildert werden, sondern die allmählich und empirisch vielleicht nie vollständig sich erfüllen werden, aber doch der Erfüllung in jeder Sitzung näher gebracht werden können."

1882.

9. Januar. Im Reichstage ist eine Interpellation eingebracht, ob die Regierung in der Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen die Sonntagsarbeit beseitigen, die Frauenarbeit weiter einschränken und übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter verhindern wolle. Fürst B. antwortet darauf:

„Ich habe als das System, welches ich nach dem Willen Seiner Majestät des Kaisers zu vertreten habe, bei früheren Gelegenheiten aufgestellt: wir wollen dahin streben, daß es im Staate womöglich niemanden oder doch so wenig wie möglich gebe, die sich sagen, wir sind nur dazu da, um die Lasten des Staates zu tragen, wir haben aber kein Gefühl davon, daß der Staat um unser Wohl und Weh sich irgendwie bekümmert, daß

die Zahl dieser nach Möglichkeit vermindert werde. Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen." — „Die Anforderungen des Herrn Vorredners könnte ich um so sicherer mit einem einfachen Ja beantworten und mich dann wieder hinsetzen, weil ich mich dabei ganz innerhalb des Gebietes befände, was ich mir erlaubte bei einer früheren Gelegenheit praktisches Christentum zu nennen . . . Ich meinerseits bekenne mich offen dazu, daß dieser mein Glaube an die Ausflüsse unsrer offenbarten Religion in Gestalt der Sittenlehre vorzugsweise bestimmend für mich ist und jedenfalls auch für die Stellung des Kaisers zu der Sache, und daß damit die Frage von dem christlichen oder nichtchristlichen Staate garnichts zu thun hat. Ich, der Minister dieses Staates, bin Christ und entschlossen als solcher zu handeln wie ich es glaube vor Gott rechtfertigen zu können." — „Es liegt in all den Aufgaben, die aus der Interpellation für unsre Gesetzgebung hervorgehen, die Frage: wo ist die Grenzlinie, bis an welche man die Industrie belasten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, die ihm die Eier legt?" — „Ich bitte Sie, mit Geduld den Zeitpunkt abzuwarten oder den Zeitraum, . . . wo die verbündeten Regierungen in der Lage sein werden, nach den Intentionen des Kaisers das Bestreben zu bethätigen, daß auch bei den bisher Schutzlosen im Staate die Überzeugung aus der Praxis allmählich sich einbürgert, daß der Staat nicht bloß sich ihrer erinnert, wenn es gilt, Rekruten zu stellen, oder wenn es gilt, Klassensteuer zu zahlen — ich hoffe, daß wir über diesen Fehler unsrer steuerlichen Einrichtungen mit der Zeit ganz hinwegkommen können —, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden."

24. Januar. Unter dem 4. Januar war in Preußen ein Allerhöchster Erlaß an das Staatsministerium ergangen, der mit den Sätzen schloß: „Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und

Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetze enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Danke erkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten." Dieser Erlaß wurde im Reichstage gelegentlich der Etatsberatung von der Linken zur Sprache gebracht und Fürst B. vertrat ihn.

„Wenn wir sehen, was das Königtum bei uns geleistet hat, so sollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben, und nicht dahin wirken, daß es gewissermaßen durch Nichtgebrauch obsolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank stellt und nicht benutzt, das verliert an seiner Anwendbarkeit und seiner Brauchbarkeit; und so ist es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchischen Element, welches in unserm stark monarchisch gesinnten Volke herrscht. Nehmen Sie uns das, was können die Herren dann an dessen Stelle setzen? ‚Was kannst du armer Teufel geben?' — womit ich aber niemanden in diesem Saale meine —, wenn Sie uns dieses starke, in unsrer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tief wurzelnde Königtum zersetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, so hoch, daß wir es gar nicht mehr erblicken? Sie bringen uns damit den Chaos und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbackene direkte persönliche Beziehung zum Königtum nehmen. Und weil ich das weiß, ... darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindizieren, und welcher sagt: ich habe das Recht und lasse es mir nicht nehmen, durch keine Reden und falsche Auslegungen der Verfassung, durch keine Legenden, die sich an die Verfassung knüpfen und die nicht drin stehen."

Gegen den Vorwurf, daß die Minister, wenn sie den Namen des Königs nennen, einen Akt der Feigheit begingen, sagt Fürst B. u. a.:

„Meine Herren, so gefährlich sind Ihre Angriffe nicht, bilden Sie sich das doch nicht ein.... Habe ich nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? Habe ich das Königtum nicht gedeckt, nicht bloß mit meinen körperlichen, sondern auch mit meinen geistigen Leistungen, die ich zur Verfügung habe? Aber im Jahre 1862, wie sah denn da die Situation aus?... auf der einen Seite Straffords Schaffott, auf der andern Zuchthaus, auf der dritten Vermögenskonfiskation — ich weiß nicht, wieviel Millionen ich hätte herauszahlen müssen, und es waren damals sehr wenig Leute geneigt, mit mir dieses Risiko zu übernehmen. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre. Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen. Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu nichts verbanden — und jemand, der 20 Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König!"

Zur Auslegung des besprochenen Erlasses sagt er:

„Der Herr Vorredner fragte, was unter dieser ‚Vertretung' verstanden würde. Da ich den Erlaß gegengezeichnet habe, so wird meine Auslegung auch wohl die authentische sein. Ich verstehe darunter, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin ‚politische Brunnenvergiftung' nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen. Und wenn es ein Mann ist von Ehre und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehöre nicht zur Partei der Regierung, aber das ist nicht wahr, das ist eine Übertreibung. Das ist es, was ich vom

politischen Beamten erwarte; und wenn er das nicht einmal leistet, daß er einer notorischen Lüge und Entstellung, wie sie bei den Wahlen so oft vorkommt, entgegentritt, daß er der Wahrheit nicht die Ehre gibt, daß er die Intentionen der Regierung nicht gegen Entstellung, Irrtum und Verleumdung schützt, wenn sie ihm besser bekannt sind — also ein Oberpräsident z. B., der in dieser Beziehung fehlte, der wäre viel zu lange Oberpräsident gewesen."

31. Mai. Der König vollzieht das erste den kirchlichen Frieden anbahnende Gesetz.

1883.

1. Mai. Im Reichstage war ein Antrag eingebracht worden, der eine „Aufforderung an die Militärverwaltung" enthielt. In einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstages betont Fürst B., daß zwischen der Militärverwaltung und dem Reichstage überhaupt keine Beziehungen bestehen, und schließt:

„Gegen die dem erwähnten Antrag zu Grunde liegende Voraussetzung der Möglichkeit aber, daß die Militärverwaltung des Reiches verpflichtet oder berechtigt sein könnte, direkten Aufforderungen des Reichstags Folge zu leisten oder dieselben auch nur amtlich entgegenzunehmen, glaube ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers Verwahrung einlegen zu sollen."

30. August — 1. September. Begegnung und wiederholte Konferenzen des Fürsten B. mit dem österr.-ungarischen Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky in Salzburg.

1884.

9. Mai. Bei der Beratung des Reichstages über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes bespricht Fürst B. den Unterschied zwischen deutschen und russischen Zuständen:

„Mehrere Herren Redner haben Vergleiche gezogen zwischen den deutschen und russischen Zuständen, zwischen den Wirkungen der deutschen Gesetzgebung, des uns vorliegenden Gesetzes, und

zwischen den Wirkungen, welche die russische unbeschränkte Regierung gegenüber den gleichen Erscheinungen geübt hat. Meine Herren, gleiche Erscheinungen sind aber ja gar nicht vorhanden, die Erscheinungen in Deutschland und in Rußland sind himmelweit verschieden. Um die sozialistische Frage, um die Arbeiterfrage handelt es sich in Rußland gar nicht. Der Arbeiter in Rußland ist gut kaiserlich und schlägt den Nihilisten tot, wenn es ihm erlaubt wird. Die Nihilisten bestehen aus ganz anderen Leuten als aus Arbeitern, und die Lieblingsredensart renommistischer Demokraten, die vom Massenschritt der Arbeiterbataillone reden, ist dort nicht glaublich. Wenn die Arbeiterbataillone in Rußland auftreten, ist es mit den Nihilisten vorbei. Die Nihilisten bestehen aus dem Abiturientenproletariat, aus halbgebildeten Leuten, aus dem Überschuß, welchen die gelehrte Bildung der Gymnasien dem bürgerlichen Leben zuführt, ohne daß dieses die Verdauungskraft für diesen Überschuß hätte; sie vermag ihn nicht aufzunehmen, und Sie finden, daß universitätsreife Abiturienten, die sich als Primaner eine Zukunft an der Spitze des Gemeinwesens, als Gouverneure und hohe Würdenträger träumten, bald nachdem ihre Stipendien ausgegangen waren, froh sind, wenn sie einen Nachtwächterdienst oder etwas derartiges finden. Es ist die Überproduktion an halbgebildeten Leuten, die in Rußland die nihilistische Wirkung hat. Und die Prozesse haben ja öffentlich stattgefunden. Sehen Sie sich den Personalbestand der russischen Nihilisten an: es ist kein einziger Arbeiter darunter; es sind zum Teil feingebildete Leute, es sind verdorbene Studenten, auch unverdorbene Phantasten, es sind Offiziere, die mit ihrer Lage nicht zufrieden sind ..., es sind reiche Bankierssöhne, recht reiche ... — so himmelweit sind die Verhältnisse dort verschieden. Der russische Nihilismus ist eher eine klimatische Abart des Fortschritts als der Sozialismus." —

Über das Gesetz selbst sagt er:

„Die Welt der freien Thätigkeit der Verbrechen — denn diese werden nach dem Wydener Programm geplant — Sie

nennen es Revolution; eine gewaltsame Revolution ist an und für sich ein Verbrechen; ich glaube auch nicht an ‚gute Revolutionäre', wie mancher der Herren Kollegen — als wenn Sie gegen Verbrecher nicht offen einschreiten dürfen deshalb, weil sie sonst ihre Verbrechen geheimer betreiben würden, so werden Sie damit außerhalb des Parteikampfes kaum jemand überzeugen, der seine fünf Sinne hat. Die geheimen Umtriebe auf dem Gebiete, das dem Strafrecht heute öffentlich noch verfallen würde, die werden Sie doch nicht fassen, die werden so thöricht nicht sein, zu früh an die Öffentlichkeit zu treten; dazu sind die Herren zu vorsichtig, zu gut geschult und zu berechnend. Die Frage ist nur: wollen Sie die heimliche Agitation allein, oder die heimliche und öffentliche Agitation gleichzeitig in Kauf nehmen? Wir wollen die öffentliche als die gefährlichere, weil sie das Zündmaterial in größerer Masse gleichzeitig entzünden kann, einstweilen nicht beseitigen, aber nach Möglichkeit vermindern. Zu diesem Zwecke haben Sie vor 6 Jahren das Gesetz bewilligt, zu diesem Zwecke verlangen wir jetzt die Verlängerung desselben." — „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist; geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist; sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist; sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie das thun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort Altersversorgung ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt — dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl Ernst ist. Ich glaube, daß sie bei den Regierungen nicht an dem Ernst zweifeln. Aber in betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Überzeugung, daß es den Herren ernst darum zu thun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen ... Können Sie, die Mehrheit von Ihnen, wirklich ehrlich sagen,

daß Sie in entgegenkommender Weise auf dem Gebiete der Leistungen zu Gunsten der Arbeiter die Regierung unterstützt hätten? Ich glaube, wenn Sie die Hand aufs Herz legen, können Sie das nur zu Wahlzwecken aussprechen, aber nicht behaupten und nicht nachweisen. Sie betrachten das als eine lästige Sache, um die Sie herumkommen und die Schuld der Regierung zuschieben möchten; aber Sie arbeiten nicht mit dem Eifer, den die Sache verdient. Dann also will ich mich gern mit dem Zurückziehen aller Ausnahmegesetze einverstanden erklären."

Das Gesetz wurde auf zwei Jahre verlängert.

26. Juni. Bei der ersten und zweiten Beratung des Reichstages über den Handelsvertrag mit Korea, einen Vertrag, der in nahem Zusammenhange mit den deutschen Kolonialbestrebungen im allgemeinen steht, nimmt Fürst B. Gelegenheit, sich über seine kolonialpolitischen Ziele zu äußern:

„Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien, ... die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andre Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe . . . Etwas anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfe zu ihren Kolonialbestrebungen zu leisten . . . Und das bejahe ich, allerdings weniger vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird —, aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. Ich kann mich dem nicht entziehen . . . Ich würde mich geniert haben, den

Hilfesuchenden offen zu sagen: wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam, für Euern Anschluß an das Reich Euch Hilfe vom Reiche zu gewähren. Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen." — „Unsre Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwickelung, auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwickelung, sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Drückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte."

Der Handelsvertrag mit Korea wurde genehmigt.

15. und 16. August. Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewice.

15. November 1884 — 26. Februar 1885. Berliner Kongokonferenz unter dem Vorsitz des Fürsten B.

20. November. Eröffnung des neuen Reichstages. — 26. November. Beratung des fortschrittlichen Antrages auf Bewilligung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten und im Zusammenhang damit Besprechung der Verfügung, daß die Eisenbahnfreikarten nur auf der Fahrt zwischen dem Wohnsitz der Abgeordneten und Berlin gelten sollen. Mit Bezug auf diese Beschränkung sagt Fürst B.:

„Es waren die Karten doch nur in dem Vertrauen ausgestellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten benutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnsitzes der Abgeordneten vom Sitz des Parlaments mit sich bringe. Es war ausdrücklich darauf gerechnet, . . . daß diese Karten es den Abgeordneten möglich machen sollten, jederzeit kostenfrei und ohne große Schwierigkeiten in ihre Heimat zu gelangen . . . Ein Mißbrauch . . . ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Gültigkeitszeit von acht Monaten mit dieser Freikarte über 17000 Kilometer mit den deutschen Eisenbahnen

zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat; wenn andre Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 10= bis über 12 000 Kilometer in der Zeit von acht Monaten. . . . Ich selbst gehöre zu den ursprünglichen Anregern dieser Freikarte, allerdings nur in dem Sinne, wie sie heute noch besteht, daß sie freie Hin= und Rückfahrt, so oft dies der Abgeordnete für nützlich hält, gewähren soll. Damals ist durch meinen Kollegen, den Minister Delbrück, die Sache bei mir angeregt worden, und ich habe mein Einverständnis so weit dazu gegeben. Die weitere Ausdehnung hat nie meiner Absicht entsprochen, und ich würde sie eine Ungerechtigkeit, eine Verkürzung des Blöderen [Bescheideneren] zu Gunsten desjenigen nennen, dem die landesübliche Blödigkeit vollständig fehlt." „Wenn Sie sagen: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft — ja, das ist ein anderes Gebiet, dazu muß die Freundschaft erst vorhanden sein."

Mit Bezug auf die Diäten für Reichstagsabgeordnete sagt Fürst B.:

„Die alleinigen Kosten des Aufenthaltes in Berlin sind so teuer nicht. Das zeigen die Herren, die Parteidiäten, ich möchte sagen, die verschämte Diäten beziehen; denn es hat sich noch keiner dazu bekannt; das Faktum, daß es geschieht, wird allgemein zugegeben. Ich würde es für einen erfreulichen Beweis von Offenheit halten, wenn die Herren, die in der Lage sind, es offen erklärten, und wenn die Herren Spender das auch sagten, damit man ungefähr beurteilen kann: wie wird dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis eines Abgeordneten zu einem andern geschaffen? wird dadurch eine Nötigung geschaffen, so zu stimmen, wie der zahlende Abgeordnete es will? Ja, meine Herren, dann glaube ich, möchte doch, wenn die Sache klargestellt wird, die Beziehung der Situation zum Strafrecht zweifelhaft werden. Jedenfalls glaube ich, daß der Abgeordnete, der Diäten aus irgend einer Quelle bezieht, wenn es amtlich konstatiert wird, die Eigenschaft als Abgeordneter dadurch ipso jure auf Grund der Verfassung verliert; und wenn es bei der Wahlprüfung konstatiert wird, daß er Diäten bezogen hat, meines Erachtens die Wahl

für nichtig erklärt werden muß, weil der Abgeordnete die Bedingung, welche die Verfassung inbezug auf seine Stellung im Leben von ihm fordert, nicht erfüllt. . . . Was ich hier vertrete, ist ausschließlich die Reichsverfassung und ihre Gültigkeit. Es ist schon mehrfach erwähnt, daß die Verfassung in diesem Punkte kompromißmäßig zustandegekommen ist, und daß die Diätenlosigkeit ein Äquivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugnis, die unser Wahlgesetz verleiht, geben sollte. . . . Jedenfalls halte ich das Wahlgesetz mit der Diätenfrage für völlig solidarisch. Ich stehe der Diätenfrage, wie gesagt, abgesehen vielleicht von den in Berlin wohnenden Abgeordneten, nicht feindlich gegenüber, aber nur nicht so unabhängig und an und für sich betrachtet. Wollen Sie eine Revision des Wahlgesetzes überhaupt, ja, dann wird vielleicht einer der Herren ein Amendement darauf stellen — ich will überhaupt keine —, aber wenn einer das will: darauf läßt sich handeln, ich gehöre zu dem kompromittierenden Teil der andern Seite. Es gibt Konzessionen für die wir die Diäten unter Umständen geben; ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen. Aber das müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist; und da können wir uns leicht verständigen. Wir werden nichts fordern, was in andern deutschen Staaten nicht längst existierte."

In derselben Verhandlung veranlaßt eine Auseinandersetzung mit dem Abg. Richter den Fürsten B. zu folgender Darlegung:

„Ich habe lange nach einer kürzeren Bezeichnung für die neue Partei gesucht. ‚Deutschfreisinnig' — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal ausspreche, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das Deutsche Reich und für unduldsam, für den Gegensatz von freisinnig. Also Sie können mir die implicite Unwahrheit, die darin liegt, nicht aufzwingen. Auf der andern Seite möchte ich Ihnen gern den Willen thun.

Jeder hat das Recht, sich einen Namen zu geben, und ich glaube, die Bezeichnung ‚demokratisch‘ hat nichts Verfängliches. Ich glaube, Sie sind stolz darauf, Demokraten zu sein — ich habe das in mehreren Blättern gelesen —, nur nicht ‚Sozial-‘. Sie sind Antisozialdemokraten, aber Demokraten. Und was nun ein Republikaner ist, das ist eigentlich eine rein wissenschaftliche Definition. Ich habe mir darüber im Laufe meines Lebens und meiner langjährigen Thätigkeit auch eine Nomenklatur und eine Ansicht gebildet. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen Republik und Monarchie? Doch durchaus nicht die Erblichkeit des Präsidenten. Die polnische Republik hatte einen König, er hieß König und war unter Umständen erblich. Die englische aristokratische Republik hat einen erblichen Präsidenten, der König oder Königin ist; aber in den Begriff einer Monarchie nach deutscher Definition paßt die ganze englische Verfassung nicht. Ich unterscheide zwischen Monarchie und Republik auf der Linie, wo der König durch das Parlament gezwungen werden kann ad faciendum, irgend etwas zu thun, was er aus freiem Antriebe nicht thut. Ich rechne eine Verfassung diesseits der Scheidelinie noch zu den monarchischen, wo, wie bei uns, die Zustimmung des Königs zu den Gesetzen erforderlich ist, wo der König das Veto hat und das Parlament ebenfalls. Das Parlament hat das Recht zu verhindern, daß Gesetze, die ihm nicht gefallen, die schädlich, oder die leichtfertig gemacht sind, zustandekommen. Aber die monarchische Einrichtung hört auf, diesen Namen zu führen, wenn der Monarch gezwungen werden kann durch die Majorität des Parlaments, sein Ministerium zu entlassen; wenn ihm Einrichtungen aufgezwungen werden können durch die Majorität des Parlaments, die er freiwillig nicht unterschreiben würde, denen gegenüber sein Veto also machtlos bleibt. In der preußischen Verfassung ist die Übereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags notwendig, um ein Gesetz zustandezubringen, d. h. um den Rechtszustand des Landes zu ändern. Das nenne ich eine

monarchische Verfassung. Da ist der König in der Exekutive, in der vollziehenden Gewalt vollständig frei. Er kann inbetreff der gesetzgebenden Gewalt nicht gezwungen werden, er kann nicht gezwungen werden, Gesetze zu unterschreiben, die er für schädlich hält. Wo er gezwungen werden kann von seiten einer abstimmenden Majorität, da ist die Verfassung republikanisch, mag der Präsident ernannt sein oder nicht. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob sie in eine wissenschaftliche Theorie paßt, ist mir gleich; sie paßt in meine staatsrechtliche Auffassung, und ich werde in meiner Auffassung über den König, die vollziehende Gewalt und erbliche Monarchie dieser die Freiheit zu wahren wissen, daß sie nicht wider Willen etwas zu thun gezwungen wird. In diesem Sinne lasse ich mir von der Majorität nicht imponieren und werde diese Auffassung vertreten, solange ich auf diesem Platze stehe."

Der Antrag auf Diätenbewilligung wurde trotz den Ausführungen des Fürsten B. angenommen.

1. Dezember. Schon im Jahre 1883 war dem Reichstage eine Vorlage gemacht worden, durch Subvention deutscher Rheder deutsche überseeische Postdampferlinien ins Leben zu rufen. Er wurde damals abgelehnt, Anfang 1884 aber von neuem eingebracht. Aber noch ehe die Budgetkommission, der die Vorlage zur Vorberatung überwiesen worden war, Bericht darüber erstatten konnte, erfolgte am 29. Juni der Schluß des Reichstags. Jetzt vertritt Fürst B. die Vorlage bei der ersten Beratung im Plenum.

„Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muß jede Regierung in ihrem Parlament, soweit sie von ihm abhängig ist, soweit sie eine konstitutionelle Regierung ist, eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität, die nicht durch Parteien zerrissen und beeinträchtigt ist, die nicht von der augenblicklichen Verstimmung einzelner Parteien abhängt, hinter sich haben. Ohne eine solche Reserve im Hintergrunde können wir keine Kolonialpolitik und keine überseeische Politik treiben. Die nationale Energie, wenn sie von Parteikämpfen neutralisiert wird, ist gerade in unserm Volke nicht stark genug, um der Regierung

den Mut zu machen, solche Wege zu betreten, wie wir sie bei Samoa zuerst versuchten. [27.—29. April 1880 war die Regierungsvorlage betr. die Unterstützung der Deutschen Seehandelsgesellschaft für die Handelsinteressen auf den Samoainseln vom Reichstage abgelehnt worden.] Ich bin durch die Niederlage der Regierung in der Samoavorlage lange Zeit abgehalten worden, etwas Ähnliches wieder vorzubringen. Vestigia terrent! Ich habe jetzt den Moment für gekommen und geeignet geglaubt, teils nach den Symptomen, teils auf Grund der Thatsachen, die sich mir aufdrängten und die den überseeischen Schutz nicht von sich weisen ließen. . . . Als der Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Magdeburg projektiert wurde, . . . da erklärte die damalige preußische Regierung, unter dem Einfluß des älteren Ministers von Bodelschwingh, sie hätte ganz genau den gesamten Verkehr, den Post und Fracht zwischen Berlin und Magdeburg und Berlin und Leipzig bisher lieferte, festgestellt und hätte sich überzeugt, daß das Quantum von Verkehr, wie er überhaupt zwischen Berlin und den genannten Städten bestände, nicht eine einzige Eisenbahn ernähren könne. . . . Und doch ist die Berechnung, die der Minister von Bodelschwingh damals anstellte, ganz gewiß ebenso korrekt und vielleicht umfänglicher und genauer gewesen als diejenige, die der Herr Abgeordnete Bamberger uns vorhin aufgestellt hat. Die Rentabilität des genannten Eisenbahnprojekts, die Geschichte und die Entwickelung unsers Eisenbahnwesens haben dem sehr patriotisch gesinnten und gewiß das Beste des preußischen Staates wollenden damaligen preußischen Minister Unrecht gegeben. So bin ich auch überzeugt, daß, wenn Sie die Vorlage bewilligen, die Geschichte den Voraussagungen des Herrn Abgeordneten Bamberger Unrecht geben werde."

3. Dezember. Nachdem das Zentrum erst im Juni den Antrag gestellt hatte, das Gesetz über die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern aufzuheben, und nachdem dieser Antrag vom Bundesrate abgelehnt worden war, brachte ihn der Abg. Windthorst kurz nach der Eröffnung des Reichstages von neuem ein. Fürst B. bezeichnet dies Verfahren als „eine Mißachtung der verbündeten

Regierungen" und legt in ausführlicher Rede die Stellung des Zentrums und seines Anhangs zur Reichsregierung und zu ihm selbst dar. In dieser Rede finden sich folgende Stellen:

„Ich hatte geglaubt, Sie suchten die Verständigung mit den verbündeten Regierungen, wenn ich auch bei verschiedenen Gelegenheiten dadurch irre geworden bin, daß in Momenten, wo ich glaubte, der Verständigung in Rom nahe zu sein, stets hier in Deutschland eine stürmische Bewegung, eine Pression in Gang kam, ein Streit entstand — und wenn er mit meiner Person auch nur über häusliche Beziehungen gesucht wurde —, der uns für den Augenblick die Verständigung unmöglich machte, die Hoffnung auf eine Verständigung mit Rom stets wieder täuschte. Es ist das eine eigentümliche Erscheinung, die mich irre gemacht hat in manchen Beziehungen, ob nicht hier in Deutschland irgend einflußreiche Kräfte thätig sein könnten, die das Bedürfnis haben, daß der Kampf fortgesetzt wird und daß die Verständigung mit Rom mißlänge. Ich weiß es nicht; aber jedenfalls hat dieser Sturmlauf für eine zur Verständigung und zum Entgegenkommen geneigte Reichsregierung kaum eine andere Erklärung." — „Ich bin sehr weit entfernt, vielleicht weiter als Sie glauben, von der Neigung, dem Zentrum entgegenzutreten. Die Partei hat vieles an sich, was mich im Vergleich mit den anderen im hohen Grade anzieht und besticht. Sie hat eine sehr strenge Disziplin; sie hat eine bestimmte Führung in einer bestimmten Person; sie hat monarchische Einrichtungen in sich; sie ist weder eine aristokratische noch eine demokratische Republik. Man kann mit ihr rechnen. Sie hat für mich nur die Gefahr: man kann sich nicht mit ihr einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben. Man wird auf die Dauer davon erfaßt, und es kommt immer wieder der Moment, wo es heißt: willst du jetzt fechten, oder willst du mit mir gehen? Das ist die Perspektive, die ich fürchte — es mag Mangel an Mut sein, aber ich kann mich davon auf Kosten des Reichs nicht vollständig losreißen. Wenn man nicht mit dem Papst, sondern mit einer dauernden inländischen Vertretung des Katholizismus

ein ‚bis hierher und nicht weiter‘ abschließen könnte — ja, davon ließe sich reden. Aber vorläufig sind wir von einer solchen Möglichkeit ziemlich weit entfernt. Ich sehe auch gar nicht die Möglichkeit einer praktischen Ausführung der Sache; aber es würde mir außerordentlich lieb sein, nicht für meine persönliche Bequemlichkeit, sondern im Interesse des Landes, wenn ich einen modus vivendi mit dem Zentrum wüßte, ohne mich und den Staat ihm mit Haut und Haar zu eigen zu geben. . . . Wir können nicht verlangen, daß der oberste Priester der römischen Kirche auf einen evangelischen Deutschen Kaiser mit demselben Wohlwollen blicken solle, wie auf den ‚Erstgebornen Sohn der Kirche‘ in Frankreich oder auf die um jeden Preis getreuen Polen. . . . Aber jedenfalls ist die preußische Regierung geneigt, den modus vivendi mit den preußischen Unterthanen am Rhein, in Westfalen und im Großherzogtum Posen in Rom zu suchen und in Rom darüber zu unterhandeln, wie es möglich ist, sich mit den katholischen Unterthanen des Königreichs hineinzufinden in einen Zustand, der die Billigung des Papstes hat. . . . Es ist auf diese Weise [mit Konzessionen von seiten des Staates] doch, wie die Herren zugeben werden, eine erhebliche Änderung und Besserung geschaffen: alle diese kleinen Erfolge für die seelsorgenden Priester, das Spenden von Sakramenten, dieses ganze Aufgeben der Gendarmerie mit ihrer schwerfälligen Rüstung gegen gewandte Herren im Zivil und des Verfolgens der geistlichen Funktionen, das findet gegenwärtig nicht mehr statt. Es sind Bistümer in erheblicher Anzahl besetzt, es sind Sperren aufgehoben worden, kurz, *wir haben doch in Konzessionen eine recht anständige Summe von Vorschüssen geleistet. Es fehlt aber noch jede Gegenleistung.* Und wie wir nun dahin gelangen, diese Gegenleistungen herbeizuführen, das ist eine Sache, die müssen Sie der Diplomatie schon überlassen, und die Verhandlungen derselben können nur durch Eingreifen von Sturmpetitionen und Anträgen gestört und beirrt werden.“ — „Die Verhandlungen über die Wahl des künftigen Kirchenfürsten von Posen und Gnesen sind ja noch

immer im Gange. Die preußische Regierung läßt sich dabei von dem Grundsatze leiten, daß sie nur einem solchen Prälaten ihr Placet geben kann, von dem sie ganz sicher ist, daß er keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darauf hinausgehen können, die polnisch sprechenden Landesteile Posen, Westpreußen und Oberschlesien jemals von Preußen loszureißen. Einem solchen Prälaten würde sie ihr Votum nicht geben können. Aber das ist auch die einzige Bedingung, die wir stellen. Wir wollen und können in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was wir Revolution nennen, der das, was die Polen Herstellung der Republik Polen nennen, mit wohlwollendem Auge ansieht. Wenn uns diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, wird Posen vakant bleiben, und so lange, wie die jetzige Regierung am Ruder ist, werden wir um kein Haar breit nachgeben." — „Die ganze Gefahr beruht allein in dem intelligenten Teil der polnischen Bevölkerung, in dem polnischen Adel, unterstützt von den national-polnischen Geistlichen. Und daß wir nicht die Hand dazu bieten, diese Unterstützung der höheren Stände durch das Prälatentum zu fördern; daß wir von den Mitteln, die wir haben, sie zu verhindern, sorgfältig Gebrauch machen, das sind wir der Ruhe und dem Frieden des Landes schuldig; davon werden Sie uns mit allen Deduktionen nicht abbringen."

15. Dezember. Im Reichshaushaltsetat ist zur Bewältigung der übergroßen Arbeitslast für die Anstellung eines dritten Direktors im Auswärtigen Amt der Betrag von 20 000 Mark gefordert worden. Die Budgetkommission hat den Betrag gestrichen. Jetzt wird im Plenum darüber beraten. Fürst B. sagt dazu:

„Der Herr Abgeordnete Löwe hat die sachlichen Anführungen der beiden Herren Redner, die der eine im Namen, der andre im Sinne der Regierung vor ihm gemacht haben, dadurch zu widerlegen gemeint, daß er sagte, die Sache wäre nicht so schlimm, und die Arbeit könnte recht gut geleistet werden, wenn man sich nur mehr Mühe geben wollte. Er hat mir auch einige sehr beachtenswerte Ratschläge über richtige Verteilung der Geschäfte an die Hand gegeben, und ich bin ja überzeugt, daß er dieses

wie alles andre sehr viel besser versteht als ich. Ich würde ihm gern meinen Platz cedieren und ihm überlassen, mit dem, was vorhanden ist, die Geschäfte zu treiben.“ — „Herr *von Bülow* war bekanntlich ein sehr arbeitsfähiger und arbeitslustiger Mann und ging mit dem ihm eigenen Eifer an die Geschäfte; er konnte dieselben aber doch auch nicht allein bestreiten, sondern war ... in kurzer Zeit schon genötigt, sich einen andern gleich tüchtigen Amanuensis in der Person des jetzigen Botschafters in Konstantinopel — damals Gesandten in Griechenland — Herrn *von Radowitz* zur Seite zu stellen, der ja jahrelang neben Herrn von Bülow, der Staatssekretär war, die Stelle eines Unterstaatssekretärs verwaltet hat, eine der besten Arbeitskräfte, ein vorzüglicher Redakteur. ... *Ungeachtet dieser Beihülfe ist Herr von Bülow der Last seiner Geschäfte erlegen.* Fragen Sie jeden Arzt, der ihn behandelt hat: er ist zu Schanden gearbeitet worden und schließlich in seinem amtlichen Sessel, sozusagen unter Feuer geblieben. Er war erheblich jünger als ich, ein arbeitskräftiger, rüstiger Mann, er hat die Sache auf die Dauer nicht durchführen können. Nach ihm habe ich die Gefälligkeit des jetzigen Botschafters in Paris, *Fürsten Hohenlohe*, in Anspruch genommen, um eine Zeitlang die Geschäfte zu versehen. Der Fürst hat sich mit der ihm eigenen Zuvorkommenheit und Hingebung für den Dienst dazu bereit finden lassen. Aber schon nach einem halben Jahre mußte er erklären, daß die damit verbundene Geschäftslast seine Kraft und Gesundheit übersteige, und hat demnächst abgelehnt. ... Dem Herrn Abgeordneten Löwe genügt die Zahl der Opfer, die ich aufzähle nicht; er will weitere abwarten. Wir sind aber nicht entschlossen, ihm dies Vergnügen zu machen. Und wenn keine Erleichterung stattfindet, so können eben die Geschäfte in dem bisherigen Maße und mit der bisherigen Wirksamkeit nicht besorgt werden.“ — „Ich bin bisher mit zweien der Art [Direktoren] ausgekommen, aber doch nur, indem ich selbst ein Übermaß von Arbeit übernommen habe, was ich auf die Dauer nicht mehr kann. ... Ich darf wohl ohne Überhebung sagen,

daß in den letzten 20 Jahren die Geschäfte des Landes zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung und des Landes geführt worden sind. Können Sie nun behaupten, daß das vor mir geschehen ist? . . . Ohne Überhebung sage ich: sie werden jetzt besser geführt, als sie vor dieser Zeit geführt worden sind. Sie werden aber wiederum schlechter geführt werden, wenn Sie der Geschäftsleitung die nötigen Arbeitskräfte in dieser Art versagen wollen und sich selbst mit Ihrem Urteil an deren Stelle setzen über das, was nötig ist und was nicht nötig ist. Wenn ich Ihnen nach nun bald 23jähriger Erfahrung sage und re bene gesta auf mein Wort und meinen Diensteid hier versichere: diese Geschäfte sind notwendig, und Sie sagen: nein, das ist nicht wahr — so bin ich entweder unglaubwürdig, oder unwissend und unfähig. Tertium non datur. Im ganzen Ausland, kann ich mit einer gewissen Befriedigung sagen, die mir in der Heimat leider versagt ist, werden die Richtigkeit, die Zweckmäßigkeit, mein Verständnis zur Sache und meine Gewissenhaftigkeit allgemein anerkannt — hier werden sie in Zweifel gezogen, so oft ich amtlich dafür eintrete." — „Der Herr Abgeordnete [Hänel] hat die Versicherung gegeben, dies sollte kein Mißtrauensvotum weder für meine Vergangenheit noch für meine Zukunft sein, sondern es wäre eine rein budgetmäßige Überzeugung, daß Sie diese 20 000 Mark dem Deutschen Reiche nicht aufbürden wollen. Meine Herren, ich habe auch gar nicht erwartet, daß der Herr Abgeordnete mir ein Mißtrauensvotum geben wollte. Es wäre das das Überflüssigste von der Welt. Daß er kein Vertrauen zu mir hat, ist weltbekannt, das weiß ich, das braucht er mir gar nicht zu versichern; ich könnte sagen, das ist auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vollkommen gegenseitig bei uns der Fall. Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Versicherung entgegenzunehmen, daß ich ein Mißtrauensvotum hierin nicht sehe, sondern daß ich bei ihm so viel Mißtrauen oder so viel Abneigung, mich überhaupt an dieser Stelle ferner zu sehen, voraussetze, wie es ja in dem Ausspruche gelegen hat: ‚Fort mit diesem Ministerium! fort mit diesem

Reichskanzler!' Sie schweigen jetzt bei den Wahlen darüber. Es hat der Ausspruch im Lande nicht den Anklang gefunden, den Sie erwartet haben. Aber die Grundlage Ihres ganzen Thun und Treibens, die Grundlage dieser kleinen — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, denken Sie ihn sich dazu! — dieser kleinen Abstriche, die Sie mir machen, ist doch nichts anderes, als daß Sie mir das Leben sauer machen wollen. Das steht Ihnen vollständig frei! Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Unterthan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen."

Die Forderung wurde vom Reichstag abgelehnt. Viele Entrüstungserklärungen und -adressen gingen dem Reichskanzler infolgedessen zu.

1885.

8. Januar. Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats wird die Kontrolle des Auswanderungswesens bemängelt. Fürst B. erwidert:

„Die Ziffer der Auswanderung ist ein ganz genauer Maßstab für das Steigen unsers Wohlstandes. Je besser es uns geht, desto höher ist die Ziffer der Auswanderung. Und daß die Ziffer der Auswanderung 1880/81 höher war, ist der Beweis, daß der Schutzzoll seine Wirkung auf unsre Industrie gethan hat, und daß es viel mehr Leute in dem Jahre gab, die das Geld für die Überfahrt und den Landankauf drüben besaßen. . . . Nur wohlhabende Leute wandern aus, nur die besseren Arbeiter, diejenigen, die so viel verdienen. . . . Es sind nicht die Elenden die auswandern; das ist ein vollständiger Irrtum und eine Umkehr der ganzen Sachverhältnisse, wie sie wirklich liegen."

Gegen die Behauptung des Abgeordneten Richter, die Tabakarbeiter aus Altona seien ausgewandert, weil Fürst B. die Tabaksindustrie ruiniert habe, erklärt Fürst B.:

„Diese Arbeiter müssen doch immer die Mittel gehabt haben, ihre Überfahrt zu bezahlen. Wenn sie diese gehabt haben, so widerspricht das ja gar nicht meiner Behauptung, daß nur Wohlhabende auswandern. . . . Das ist ein außerordentlich unglücklich gewähltes Beispiel von Herrn Richter, daß er dem Tabaksarbeiter unter amerikanischen Gesetzen Schutz suchen läßt, nachdem er Deutschland verlassen hat. Das schwebt vollständig in der Luft. Er hat gesagt, diese Leute wanderten aus, weil sie ruiniert wurden, weil ihre Zukunft verkümmert wurde. Wenn ich seinen Satz auf irgend einen Teil der Bevölkerung als richtig gelten lassen kann, so ist es für die Landwirte. Die sehen, wenn sie noch nicht ruiniert sind, doch vor Augen, daß sie bei der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes dem Ruine entgegengehen und daß sie am besten thun zu verkaufen was sie noch haben, um drüben ein neues Leben zu beginnen. . . . Er wendet sich dahin, wo die ‚Segnungen des Schutzzolls‘, wie Vorredner ironisch sagte, viel höher ausgebildet sind, nämlich nach Amerika, wo jede Arbeit geschützt wird. Er flüchtet sich dort gegen die Nachwirkungen des Freihandelssystems, die bei uns noch sind, er sucht unter den Schutz der amerikanischen Zölle zu flüchten: Amerika schützt die nationale Arbeit, ob zu hoch, oder zu gering, das lasse ich dahingestellt sein. Bei uns ist sie vielleicht noch zu niedrig geschützt — wir werden ja davon noch sprechen können. Vor allem aber kann er in Amerika einen lohnenden Ackerbau betreiben; ob er das bei uns noch kann, ist sehr zweifelhaft.“

In derselben Debatte wendet sich Fürst B. noch einmal gegen den Abg. Richter:

„Vorredner hat damit geschlossen, daß er die Regierung beschuldigte, bei ihren Steuervorlagen die Absicht zu haben, den Besitzlosen zu belasten zum Vorteile des Besitzenden. Es ist dies eine der großen Unwahrheiten, die im Interesse der Fraktionspolitik und der Bekämpfung der Regierung durch das Land gehen, und deren häufige Behauptung und Wiederholung mit dem emphatischen Ton der Überzeugung den Behauptenden von

jeder Beweislast dispensieren. Wenn man das in einer öffentlichen Versammlung recht fest mit der nötigen Stimme ausruft und das täglich mehrmals wiederholt, so semper aliquid haeret. Es ist aber gerade das Gegenteil wahr: die Bemühungen der Regierungen sind nicht darauf gerichtet, den Besitzlosen zu belasten, sondern darauf, den Besitzlosen samt dem Besitzenden vor dem Ruin zu schützen."

15. Januar. Beratung über Vorlagen zum Schutze der Arbeiter. Fürst B. wendet sich gegen den Antrag auf Einführung eines Normalarbeitstages.

„Ein Normalarbeitstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswert ... Die Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, wissen offenbar die Mittel, wie es zu machen sei; sonst würden Sie den Antrag doch nicht gestellt haben. Sie würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen thun, wenn Sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher aussprechen und die Weisheit, in deren Besitz Sie bisher sind und in deren Besitz Sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mitteilen wollten, damit wir uns danach richten könnten. Wir würden sehr dankbar sein ... Sie haben ja das Recht der Initiative der Gesetzgebung. So schlagen Sie uns doch ein Gesetz vor, wie das ungefähr zu machen sei. Mein Latein ist dabei zu Ende; ich gestehe aufrichtig, daß ich nicht weiß, wie diese Schwierigkeiten ... gelöst werden sollen ... Aber wenn Sie diese Aufgaben für Deutschland allein erfüllt haben, dann haben Sie noch das wenigste gethan, es sei denn, daß Sie Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnten und daß wir uns in Konsumtion und Produktion gegenseitig vollständig genügten, die Nation in allen ihren Ständen und Abteilungen. Das ist aber nicht der Fall ... Wir, die verbündeten Regierungen, wollen aber keine Versprechungen geben, die wir nicht glauben halten zu können. Je mehr wir von dem dringenden Wunsche beseelt sind, für die arbeitenden Klassen nicht bloß, sondern für alle Notleidende und den unteren Steuerklassen Angehörige durch den Staat zu thun, was irgend in den

Kräften und der Möglichkeit des Staates ist, um so weniger werden wir uns dazu hergeben, nach Popularität zu haschen dadurch, daß wir Dinge versprechen, die wir nicht für realisierbar halten."

10. Februar. Bei der zweiten Beratung des Reichstages über Abänderungen des Zolltarifs tritt Fürst B. für eine Erhöhung der Getreide- und Holzzölle ein und schließt:

„Alle diese Behauptungen in der Presse und in Reden, die davon ausgehen, als ob diese ganze Zollgesetzgebung in bezug auf Getreide und Holz das Mittel wäre, den Großgrundbesitz zu erleichtern auf Kosten des armen Mannes, sind einmal verlogene Entstellungen der Wahrheit, dann in zweiter Linie ungerechte Aufhetzungen der besitzlosen Klassen, in weit höherem Maße sozial gefährlich und unmoralisch wie alles andere, weil die Leute, die das lesen und denen das mit der Autorität der Gewohnheitsredner, deren Reden durch die Presse in besonderen kleinen Abdrücken verbreitet werden, beigebracht wird. Die können ja nicht mit der Sicherheit wie wir hier unterscheiden, daß das alles nur zur Schädigung der Regierung und aus Parteipolitik und aus Taktik so dargestellt wird, das aber von Grund aus erfunden und unwahr ist. — Ja, meine Herren, zischen Sie, es bleibt doch wahr! Sie bestätigen nur durch Ihr Zischen, daß Sie sich getroffen fühlen. Sehen Sie, das Geschöpf Gottes, von dem das Zischen herkommt, zischt ja nicht, wenn es sich nicht beunruhigt fühlt . . . Ich schließe für heute von neuem mit dem Protest gegen die Unwahrheit, als wenn durch diese Gesetzesvorlage irgend etwas anderes bezweckt würde, als Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Gesamtvermögens, des Armen so gut wie des Reichen."

16. Februar. Weitere Beratung über die Erhöhung der Getreidezölle. Der Abgeordnete Rickert betont den Unterschied zwischen Bauer und Großgrundbesitzer, der Abgeordnete Bamberger bestreitet eine besondere Notlage der Landwirtschaft. Fürst B. sagt:

„Was Sie kränkt und was Ihnen unbequem ist und was Sie veranlaßt, hauptsächlich den Großgrundbesitz aussondern zu

wollen aus der Menge, damit Sie eine geringe Kopfzahl sich gegenüber haben, die Sie bei allgemeinen Wahlen überstimmen können, was Sie bekümmert, das ist die Thatsache, daß Bauer und Großgrundbesitzer immer mehr und mehr erkennen, daß sie ein und derselbe Stand, der Stand der Grundbesitzer sind und dasselbe Gewerbe der Landwirtschaft betreiben." — „In allen Lebensbedürfnissen sind die Preise in den 50 Jahren, die ich zurückdenken kann, um das Dreifache gestiegen. Nehmen Sie nur die Gegenstände, die jeder von uns an seinem Körper trägt, vom Kopf bis zum Fuß, in der Kleidung, im Schuhzeug, in den Handschuhen: wir bezahlen das Dreifache. Nur die landwirtschaftlichen Produkte sind durchschnittlich auf demselben Preise, ja niedriger als sie vor 50, 30, 20 Jahren gewesen sind, bei der Landwirtschaft sind nur gestiegen die Produktionskosten und die Steuern — diese ganz erheblich. Wie sollte man da nicht sagen, daß der schweigende, von den Verbindungen mit Zeitungen und Behörden entfernter lebende Landwirt mit der Zeit ins Hintertreffen gekommen ist? Er ist geduldig, er hat geschwiegen, er ist vergessen worden. Artige Kinder fordern nichts, artige Kinder kriegen nichts. Also die Landwirtschaft ist vergleichungsweise allein notleidend, insofern widerspreche ich dem Herrn Vorredner. Nichts ist in dem Maße notleidend wie die Landwirtschaft, da nur ihre Lasten und nicht ihre Einnahmen nach Verhältnis des sinkenden Geldwertes gestiegen sind." — „Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß der Staat dem Landwirt blutwenig helfen könne, ist doch nur eine andre Form für die Erklärung: ich will nicht helfen. Es ist ja höflicher und wohlwollender, wenn man sagt: ich kann nicht. Das sagt jeder, der nicht geben will. Ich bin der Meinung, daß wir die Last, die unsre Landwirtschaft trägt, lieber auf das Ausland abwälzen sollen, als daß wir fortfahren, es im Inland durch Steuern aufzubringen. Daß das Ausland diesen Zoll trägt, darüber sind alle im Ausland vollständig einig; davon kommen die Reklamationen und die Proteste der Kornländer. Und ich bedaure unsre Freunde in Rußland, in

Ungarn und in Amerika, daß wir ihnen den Schaden zufügen müssen, daß wir ihr Korn besteuern mit einem Zoll, den sie werden tragen müssen, wenn sie nicht auf den Import verzichten wollen." — „Es ändert an dem objektiven Wert der Vorlage für das Reich und seine Interessen nicht das mindeste, wenn mir der Herr Abgeordnete nachweist, daß ich mit früheren Äußerungen in Widerspruch getreten bin. Es ist das aber hier nicht der Fall; ich werde das gleich darthun. Und wenn es der Fall wäre, was wäre damit gewonnen? Ich kann darauf antworten: es gibt eine Menge Leute, die haben ihr ganzes Leben hindurch nur einen einzigen Gedanken, und mit dem kommen sie nie in Widerspruch. Ich gehöre nicht zu denen. Ich lerne vom Leben, ich lerne solange ich lebe, ich lerne noch heute. Es ist möglich, daß ich das, was ich heute vertrete, in einem Jahre oder in einigen, wenn ich sie noch überlebe, als überwundenen Standpunkt ansehe und mich selbst wundere: wie habe ich früher diese Ansicht vertreten können? Wenn Sie, meine Herren, das nicht mit sich erlebt haben, wenn Sie sich nie fragen: wie habe ich vor 30, 20, 10 Jahren diese Ansicht eigentlich haben können? und nie mit dem überlegenen Lächeln dessen, der es jetzt besser weiß, zurücksehen auf ihre eigenen Thorheiten, dann kann ich nur empfehlen, fangen Sie, so spät es sein mag, fangen Sie mit diesem Selbststudium an; dann sind Sie in bezug auf das bekannte **γνῶθι σεαυτόν** doch noch weiter zurück, als es jemand sein sollte, der über die wichtigsten Interessen des Reiches mitreden will. Unfehlbar darf doch niemand sein."

13. März. Bei der erneuten Beratung der Dampfervorlage wendet sich der Abgeordnete Rintelen (Zentrum) nicht sowohl gegen die spezielle Vorlage als gegen die ganze Kolonialpolitik überhaupt und berührt dabei eine frühere Äußerung des Fürsten B. über den „Völkerfrühling". Berichtigend sagt dazu Fürst B.:

„Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich, ich kann wohl sagen Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürger-

kriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese — ich möchte sagen ‚chirurgische Operation‘ zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war. Sobald sie sich Bahn brach, war auch der Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als ein einig Volk von Brüdern den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebte mir als ‚Völkerfrühling‘ vor, daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als Völkerfrühling vor, nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet im Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenige Jahre nach den großen Siegen vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki‘ verstand. Der alte deutsche Erbfeind des Parteihaders, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsre Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unsers öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist; sondern der Parteigeist überwuchert uns. Und der Parteigeist, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigne Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unsrer Nation von 1866 und

1870 wieder in Verfall gerät, durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."

14. März. Bei der Fortsetzung der Beratungen über die Dampfersubvention knüpft der Abgeordnete Richter an diese Rede des Fürsten B. an und erfährt folgende Erwiderung:

„Ich war vollständig darauf gefaßt, daß der Abgeordnete den ‚Hödur' geschimpften Urwähler mir vorführen würde. Er hat sofort die seinigen ausgenommen. Ich kann ihm aber darauf erwidern, daß ich nur die fortschrittlichen Urwähler gemeint habe. Das sind gerade diejenigen, die vorzugsweise getäuscht sind von den Rednern und von der Presse über das, was sie thaten. ‚Hödur' wußte eben auch nicht, was er that, und die Wähler, die Sie gewählt haben, haben wahrhaftig in der Mehrheit auch nicht gewußt, was sie thaten." — „Für mich, meine Herren, ist es [die nationale Frage] eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf, die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das bißchen Atem zu setzen, das mir noch übrig bleibt, die Liebe zu meinem Vaterlande."

Im Anschluß an eine Bemerkung des Abgeordneten Windthorst, daß des Fürsten B. Erinnerung an 1866 die Einigkeit, wegen deren man im Reichstage wäre, leicht hätte stören können, betont B., daß die Erinnerung an die neuere Geschichte des eigenen Landes sehr lehrreich wäre, und erwähnt Poschingers Buch „Preußen am Bundestage". Dabei führt er aus:

„Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr $^1/_4$ Jahrhundert hinter uns. Das ist ja noch nicht so sehr lange; aber nichts desto weniger: wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Käſtrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit

seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte. Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben. Keiner sehnt sich zurück nach der Zeit. Wir blicken von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land und verstehen kaum, wie wir in unsrer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß, wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, sowie dieser Bundestag einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsre jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man doch auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre; daß man in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte; daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Poschingerleser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute als die damals lebten — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unsrer heranwachsenden Generation. In unsrer Jugend ist ein ganz andrer nationaler Schwung und eine großartigere nationale Auffassung als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel notwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird. Wir sind augenblicklich das Hindernis seiner nationalen Entwickelung, nicht ich allein, wie der Herr Abgeordnete Richter das annimmt, ich glaube sogar, der Herr Abgeordnete Richter in noch viel

höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen — das meinige nicht ausgenommen, auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde."

Von der Dampfersubventionsvorlage werden die Linien nach Asien und nach Australien angenommen.

16. März. In der Kolonialdebatte des Reichstages hat der Abg. Richter darauf hingewiesen, daß die deutsche Kolonialpolitik die Empfindlichkeit des uns „durch unsre Dynastie" verwandten englischen Volkes reizen müßte. Fürst B. antwortet:

„Diese historischen Erinnerungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abgeordneten Richter einflößt, nötigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastie und insbesondere unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Wagschale fallen wird."

In derselben Sitzung wendet er sich gegen die nationalen Bestrebungen der Polen, veranlaßt durch eine Rede des Abgeordneten von Jadzewski und sagt:

„Ich frage den Herrn Abgeordneten: ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraktion, die hier vertreten

ist? Er wird das nicht bestreiten, er sagt aber: wir wollen die Herstellung nicht durch den Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich. . . . Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landesteilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf weiteres unterstützten. Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg Ihre außerhalb unsrer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. . . . Der Vorteil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideale haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg. Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja dann kommt es nur darauf an, durch wen, d. h. ob unsre polnischen Provinzen einem andern Reiche einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat. Im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen — Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben, oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrektion des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden. Denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elements in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen. Denn die Hoffnung ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle; die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu zu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands!“

1. April. Deutschland feiert den siebenzigsten Geburtstag des Fürsten B. Dem Kaiser Wilhelm, der an der Spitze der königlichen Prinzen selbst gekommen ist, antwortet der Fürst auf seinen Glückwunsch:

„Ich habe nie ein größeres Glück gekannt, als Eurer Majestät und dem Lande zu dienen. Und so wird es auch für den Rest meines Lebens sein. Was ich geleistet habe, habe ich nur leisten können durch das Vertrauen, welches Eure Majestät mir stets geschenkt haben."

Auf Befehl des Kaisers erscheint unter der Führung des Generals von Pape die gesamte aktive Generalität Berlins zur Gratulation. In seiner Antwort an sie sagt Fürst B.:

„Nur die Armee hat es mir ermöglicht, die Politik des Kaisers durchzuführen. Rat und That müssen sich stets zur Seite stehen. Wenn ich auch der Armee nicht angehöre, so empfinde ich in meinem Herzen doch stets als preußischer Offizier. Vor zwanzig Jahren rief mir der zu früh heimgegangene General Roon auf dem Schlachtfelde von Königgrätz zu: ‚Diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen'. Fürwahr, was wäre aus uns beiden geworden, wenn die Schlacht verloren ward?"

Von der im ganzen Volke gesammelten Bismarckspende waren 1 150 000 Mark für den Ankauf des gesamten Gutes Schönhausen in seinem ursprünglichen Umfange verwandt worden, 1 229 143 Mark wurden dem Fürsten zur Verwendung für öffentliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Bei Überreichung der Urkunden an den Fürsten sagte der Sprecher der Deputation, der Herzog von Ratibor: „Dem Kanzler, der die verlorenen zwei Provinzen zum Reiche gebracht, jetzt das Gut Schönhausen in ungeteiltem Besitz vereinigt geben zu können, sei ein freudiges Ereignis". Fürst B. sagt in seinem Danke:

„Gerade aus den Händen des deutschen Volkes mein väterliches Gut zurückzuerhalten, hat für mich den allerhöchsten Wert."

Die Vertreter der Generalität, des Reichstages, der Universitäten Berlin, Erlangen und Tübingen (diese beiden hatten Ehrendoktordiplome überbracht) und der deutschen Korpsstudenten im Verein mit zahlreichen anderen Gästen vereinigt der Fürst zu

einem Frühschoppen im Kongreßsaale des Reichskanzlerspalais und bringt dabei folgenden Trinkspruch aus:

„Ich habe eine solche bewegende Feier noch nie erlebt und ich werde sie auch nie wieder erleben. Inmitten dieser glänzenden Versammlung aber finde ich den besten Ausdruck für meine Empfindungen, wenn ich Sie auffordere, einzustimmen in den Ruf: Hoch lebe und lange lebe Seine Majestät, unser allergnädigster König und Kaiser!“

4. Mai. Bei der Beratung der Börsensteuer im Reichstage erklärt Fürst B.:

„Ich sehe eine eigentlich wirtschaftliche Ausgleichung in dem Ergebnis dieses Gesetzes nicht; ich halte es aber finanziell für nicht außerordentlich, aber einigermaßen nützlich. Ich halte den Ertrag nicht für so groß, wie er geschätzt wird; aber ich halte es für das moralische Gerechtigkeitsgefühl unsrer Steuerzahler, für eine fiche de consolation, die weder sehr viel einbringen, noch denjenigen, den sie treffen will, dauernd belasten wird. Ich halte es für ein dringendes Erfordernis der Zeit, eine Steuer dieser Art einzuführen.“

5. Mai. Fortsetzung derselben Beratung:

„Wenn Vorredner behauptet hat, durch meine gestrigen Ausführungen hätte ich an Popularität nicht gewonnen, so ist das ja recht beruhigend für mich. Popularität hat für mich immer etwas Unbehagliches. Daß ich auf der Rechten dadurch verloren hätte, das glaube ich nicht. Daß ich auf der Linken nicht an Popularität gewonnen habe, ist mir außerordentlich erfreulich. Ich würde sehr nachdenklich werden, was ich wohl dem Lande Schädliches beabsichtigt oder unbeabsichtigt herbeigeführt haben könnte, wenn ich dort [nach links] an Popularität gewonnen hätte. Der Herr Vorredner kann wohl sicher sein, daß ich danach nicht strebe, wie ich denn überhaupt nach Popularität in meinem ganzen Leben nie einen Pfifferling gestrebt habe.“ — „Bei einer Regierungsvorlage ist doch für viele, die darüber urteilen, schon der Ursprung ein unerfreulicher, der

eine gewisse feindliche Stimmung dagegen rege macht, weil sie von der Regierung, oder weil sie gerade von dieser Regierung kommt. Es ist den unabhängigen, freiheitsliebenden Deutschen, namentlich demjenigen, der so die Erinnerungen der dreißiger und vierziger Jahre noch an sich hat, überhaupt beinahe ehrenrührig, mit der Regierung gleicher Meinung zu sein und etwas, was von der Regierung kommt, ohne weiteres als richtig und vernünftig anzunehmen. Die Unzufriedenheit mit der Regierung und deren Polizei und die Verdienstlichkeit des — ich will nicht sagen Schimpfens, aber des — scharfen Kritisierens der Regierung ist uns aus jenen Jahren noch zu naheliegend und überkommen; und wenn ich nicht selbst zur Regierung gehörte, dann würde ich, bin ich überzeugt, in dies nationale Laster auch verfallen."

Die Vorlage wurde nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

11. Mai. Graf Herbert B. wird zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte ernannt.

28. November. Der Abgeordnete Reichensperger hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, ob den Jesuiten und verwandten Orden die Missionsthätigkeit in den deutschen Schutzgebieten untersagt und ob die Thätigkeit der katholischen Missionen überhaupt dort verboten wäre. Den ersten Punkt der Interpellation bejaht Fürst B. und führt über die Glieder der Gesellschaft Jesu folgendes aus:

„Die Gefahr, die gerade die Thätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwickelung hatte, liegt ja nicht in dem Katholizismus der Jesuiten, sondern sie liegt in ihrer ganzen internationalen Organisation, in ihrem Lossagen und Loslösen von allen nationalen Banden und in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regung überall, wo sie denselben beikommen. Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalen Empfindungen und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß. Ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm. Es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten

und im Westen, sich von seiner Nationalität lossagt. . . Es ist dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit, die gerade der Jesuitenorden mehr als irgend ein anderer durch seine Jugenderziehung fördert, indem er die Jugend von den nationalen Banden, vom Nationalgefühl losreißt. Das ist eben die Hauptsache, die ich gegen den Orden habe. Sonst ist er geschickter, duldsamer und klüger als mancher andre. Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist."

Über denselben Gegenstand hält Fürst B. dem Abgeordneten Windthorst folgendes entgegen:

„Der Herr Vorredner hat gesagt, die Jesuiten wären die Klippe, an welcher die Sozialdemokratie scheitern würde. In keiner Weise, das glaube ich nicht. Die Jesuiten werden schließlich die Führer der Sozialdemokraten sein — und ich halte es nicht für bewiesen, daß nicht unter den heutigen Führern schon einige sein können, die ihre Weisungen ganz wo anders her als vom Papste empfangen, auch nicht von dem Zentrum der roten Internationale, sondern von dem von beiden unabhängig stehenden Elemente des Jesuitenzentrums. . . Mit dem absoluten Königtum werden die Jesuiten immer gehen, mit dem absoluten Parlamentarismus auch, mit der absoluten Demokratie auch. Sie werden immer so schwimmen, daß sie dabei obenauf bleiben und eine gewisse Macht, vielleicht eine reichliche, mit ihrem stets steigenden Vermögen behalten." — „Woran knüpft sich denn die ganze Debatte hier im Hause? An den Versuch französischer Jesuiten, unter dem Vorwand eines deutschen Namens in Deutschland gegen das Gesetz eine Jesuitenschule für Missionare zu gründen. Also wenn Sie dies nicht können, wenn Sie keine französischen Jesuiten haben, dann behaupten Sie, ist die katholische Kirche in Deutschland bankerott und kann keine Missionare mehr liefern. Das ist das Ergebnis, das Destillat von der Rede, die der Herr Vorredner soeben

gehalten hat. Die katholische Kirche verfügt in Deutschland über außerordentlich reiche Kräfte. Und wenn sie nur einen geringen Teil der Kräfte, die eine traurige Beschäftigung im Kulturkampf und in der Hetze haben, auf die Mission verwenden würde, so würden Sie Gottes reichen Segen damit verdienen und würden nicht das Vaterland verhetzen und in Zwietracht bringen. Schicken Sie doch die Mitarbeiter der ‚Germania' nach Kamerun, die sollen uns dort willkommen sein." — „Den Herrn Vorredner muß ich doch auf einen Lapsus noch aufmerksam machen, der ihm widerfahren ist. Er hat von der Regierung des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. gesprochen, hat dem gegenüber die jetzige Regierung gestellt, und weil er davor zurückschreckte, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers selbst zu tadeln und bei diesem Vergleich in die Inferiorität zu bringen, so hat er der Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Regierung des Fürsten Bismarck, so waren, glaube ich, seine Worte, substituiert. Ja, meine Herren, das ist doch eine schwere Beleidigung meines eigenen treuen Royalismus, meiner ehrlichen Anhänglichkeit. Meine Herren, ich habe nie etwas anderes verlangt, als der Diener meines Herrn zu sein. Ich bin der Diener des vorigen Königs gewesen, ich bin der Diener meines jetzigen Herrn, und es gibt keinen Dienst, den er nicht von mir verlangen könnte. Das bezeugt die Thatsache, daß ich trotz meines körperlichen Elends noch hier bin und ihm diene, solange meine Knochen zusammenhalten. Aber von einer Regierung des vorigen Königs und des Fürsten Bismarck zu sprechen — welche Beleidigung für Seine Majestät den Kaiser liegt darin! Welche Beleidigung für meine Ehrlichkeit, für meine Treue, mit der ich diesem Herrn diene als Vasall, als Beamter und als Diener in jeder Beziehung!"

1. Dezember. Der polnische Abgeordnete von Jazdzewski bringt eine von den Polen, vielen Zentrums- und freisinnigen Abgeordneten unterstützte Interpellation ein: ob die Reichsregierung Kenntnis von der Thatsache habe, daß in

den letzten Monaten aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates eine große Anzahl fremder Unterthanen ausgewiesen sei. Hiergegen erhebt eine Kaiserliche Botschaft, gegengezeichnet vom Fürsten B., sofort Protest: es gebe „keine Reichsregierung, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu thun, um Maßregeln zu hindern, welche von Uns in Unserm Königreiche Preußen bezüglich der Ausweisung ausländischer Unterthanen angeordnet worden sind“. Fürst B. verliest diese Kaiserliche Botschaft; der Abg. Windthorst bringt sie darauf bei der zweiten Beratung des Etats wieder zur Sprache und erhält u. a. folgende Antwort:

„Die Frage: ‚Weiß die Reichsregierung‘ — eine Behörde, die es gar nicht gibt — ‚weiß sie dies und das?‘ — ist doch eine Verhöhnung der Realitäten! Wie soll denn die Reichsregierung, sie mag gedacht werden, wie sie will, zu der der Reichskanzler gehört, nicht von dem wissen, was der Ministerpräsident in Preußen gethan hat? Also diese Art von Stilistik zeigt ja schon die Unaufrichtigkeit in der Tendenz dieser Interpellation. Sie haben eine Motivierung gebraucht und schwer gefunden. Deshalb haben Sie die Unmöglichkeit fingiert, daß Sie der Reichsregierung vielleicht eine große Neuigkeit mitteilten, indem Sie darauf aufmerksam machten: Sehen Sie mal, was die preußische Regierung für Unfug anrichtet; wissen Sie denn das? Und wenn Sie es wissen, hat der Bundesrat nicht längst den König von Preußen mit Exekution bedroht, falls er das nicht unterließe? So ungefähr. Das liegt darin. Meine Herren, ich möchte doch dringend empfehlen, daß wir uns gegenseitig ernsthaft nehmen. Wenigstens ich nehme den Reichstag ernsthaft. Aber ich bitte Sie, nehmen Sie den Bundesrat und die Regierungen auch ernsthafter, als es nach dieser Fassung der Interpellation ‚Weiß die Reichsregierung davon?‘ wirklich der Fall zu sein scheint . . . Der Polonismus und die polnische Propaganda ist der Grund der Ausweisungen gewesen. Zufällig sind die meisten Polen Katholiken. Aber ich bin überzeugt, daß Vorredner mit der Absicht, aus dieser Flasche wieder Öl auf die Lampe des Kulturkampfes zu gießen, bei unsrer öffentlichen

Meinung doch nicht durchkommen wird. Die Mehrzahl der Deutschen steht auf der Seite des Reichs, und nicht auf Seite der Polen."

17. Dezember. Schiedsspruch des Papstes zwischen Deutschland und Spanien über die Karolinenfrage. — 31. Dezember. Der Papst verleiht dem Fürsten B. den Christusorden in Brillanten.

1886.

14. Januar. Eröffnung des preußischen Landtages. — 28. Januar. Die im Reichstage am 1. Dezember 1885 abgebrochene Polenfrage kommt zur Besprechung in Anlehnung an den Antrag des Abgeordneten Achenbach, daß der Landtag seine Genugthuung über das Verhalten der Regierung und seine Bereitwilligkeit zu ihrer Unterstützung aussprechen solle. In seiner großen Rede sagt Fürst B. u. a.:

„Ich kann nicht dafür, daß ich damals [im Beginn der Thätigkeit als Minister] nicht verstanden worden bin. Ich habe mich namentlich in den bekannt gewordenen Äußerungen, die durch die Worte ‚Blut und Eisen' gekennzeichnet waren, recht deutlich darüber ausgesprochen, deutlicher fast vielleicht, als es gut war damals. Es handelte sich um militärische Fragen, und ich hatte gesagt: legt eine möglichst starke militärische Kraft, mit andern Worten möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die Ihr wünscht. Mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch ‚Blut und Eisen'. Das ist die Sache. Ich wäre vielleicht verstanden worden, wenn ich nicht zu viel Rivalen auf diesem Gebiete, Deutschland herzustellen, damals gehabt hätte. In dieser Lage also befand ich mich mit einer bewußten Absicht, die ich noch nicht aussprechen durfte, weil, wenn ich es gethan hätte, mir eine Unterstützung weder bei Rußland noch Frankreich, weder bei Österreich noch auch bei England anders als bei dem letzten mit Worten und bei den andern auch nicht einmal mit Worten zu teil geworden wäre. Die Saat, die ich sorgfältig kultivierte,

wäre im Keime erstickt worden durch einen kombinierten Druck des gesamten Europa, das unsern Ehrgeiz zur Ruhe verwiesen hätte; denn aus Liebe zu uns hätte keiner etwas für die deutsche Sache gethan, auch nicht einmal aus Interesse."

„Seit 1866 haben wir vom Auslande her eine Unterstützung der polnischen Bestrebungen bei uns nicht weiter zu erleben gehabt, vielleicht deshalb, weil wir stärker geworden waren als wir damals waren; vielleicht deshalb, weil Frankreich, das das Hauptinteresse an der Wiederherstellung Polens hatte — weil eine polnische Armee immer ein französisches Korps an der Weichsel sein würde —, weil Frankreich einstweilen in der Politik andre Gedanken hat als die polnische Frage. Das Ziel seiner Gedanken liegt viel näher: es denkt mehr an Deutschland, es denkt direkt an uns, während es früher indirekt dachte. Es sind keine französischen Bestrebungen, wie sie unter Kaiser Napoleon, wie sie unter Louis Philipp ziemlich harmlos stattfanden, zu Gunsten Polens weiter im Auslande bemerkbar gewesen. Auch ist die europäische Politik durch die Ereignisse von 1866 und 1870 hinreichend beschäftigt gewesen, um auf Polen nicht einzugehen. Trotzdem ist aber der Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen, die auf dieselbe Scholle angewiesen sind, unvermindert, man kann sagen mit verstärkten Kräften fortgeführt. Die Zeit der Ruhe ist auf polnischer Seite keine Zeit der Versöhnung und des Einlebens gewesen; und das Eigentümliche ist, daß in diesem Kampf nicht etwa, wie man im Auslande vielfach glaubt und wie unsre Optimisten meinen, die deutsche Bevölkerung die Siegerin ist und der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt. Die polnische Bevölkerung macht ganz zweifellose Fortschritte, und man fragt sich, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von seiten der Regierung hat, möglich ist. Ja, meine Herren, vielleicht lehrt das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von seiten der Opposition haben, stärker ist wie dasjenige, was die Regierung nach der heutigen Verfassung leisten kann. Aber die Thatsache, daß die Polen von sich sagen

können: vexilla regis prodeunt, unsre Fahnen rücken vor — die ist ja ganz unzweifelhaft.

„Wenn man über die Gründe dafür nachdenkt, so fällt mir vorzugsweise die damalige katholische Abtheilung [im Kultusministerium] ein, die ihrerseits schließlich bis zu ihrer Aufhebung nach meiner unmittelbaren Erfahrung, die ich als Ministerpräsident zu machen Gelegenheit hatte, rein den Charakter eines polonisierenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung hatte ... Eine zweite Erklärung für den Fortschritt der Polen liegt in der Leichtigkeit, die sie für die Agitation durch die Einführung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze über Presse und Vereine gewonnen haben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller der Gesetze, die im deutschen Reiche und in Preußen gegeben waren. Sie erkennen sie ihrerseits nicht an, sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung und zwar auf 24stündige Kündigung an. Wenn sie heute Gelegenheit hätten gegen uns vorzugehen und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen 24stündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. Ja, meine Herren, ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist, daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen, aber das Ehrenwort verlange ich ... Dann hat ihnen die Reichsverfassung eine starke Anlehnung an verschiedene Parteien gegeben, die ihrerseits ebenfalls bereit sind, die Regierung unter allen Umständen zu bekämpfen ... Wenn die 2 Millionen Polen ganz allein ständen, würde ich sie nicht fürchten, zumal unter der Million Oberschlesier doch die Feindseligkeit gegen den preußischen Staat nicht so entwickelt ist, wie die Leiter der Agitation es wünschen. Aber in der Anlehnung an andre Staaten, an andre Parteien, die auch den Staat negieren und die ihn auch bekämpfen, da bilden sie eine erkleckliche Macht, eine Majorität, von der ich für die weitere Entwickelung

des Deutschen Reiches wenig Heil in der Zukunft erblicken kann. Ein anderes Motiv, welches den Polen zugute gekommen ist, habe ich schon vorhin gekennzeichnet, das ist die schwache Entwickelung des nationalen Gefühls Deutschlands und eine gewisse Ausländerei, die uns noch immer eigentümlich ist . . . Denken Sie ein jeder an seine Erlebnisse — ein Deutscher, der in Paris gewesen ist, ist der nicht in seinen Umgebungen ein höheres Wesen? ich meine gegenüber allen denjenigen, die nicht in Paris gewesen sind; er hat wenigstens die Unteroffiziertressen. Das ist eine Kleinmütigkeit, die ich im höchsten Grade bedaure."

„Unser Eindruck ist nach alledem, in Erwägung all der Erlebnisse, die ich mich bemüht habe zu rekapitulieren, derjenige gewesen, daß das Bestreben, die polnische Bevölkerung, wenigstens deren Führer, den polnischen Adel, für die preußischen Staatsideen wohlwollend zu gewinnen, ein Mißgriff gewesen ist, ein Irrtum, dem wir auf die Initiative des Hochseligen Königs 45 Jahre gefolgt sind, von dem uns loszusagen aber wir für unsre Pflicht gegen unser Land und Deutschland halten. Und deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst bessern zum Vorteil der deutschen . . . Es kann ja auch sein, daß unsere inneren Verwickelungen den verbündeten Regierungen die Notwendigkeit auferlegen, ihrerseits, und Preußen an ihrer Spitze, danach zu sehen, ne quid detrimenti res publica capiat, die Kraft einer jeden einzelnen unter ihnen und den Bund, in dem sie miteinander stehen, nach Möglichkeit zu stärken und sich, soweit sie es gesetz- und verfassungsmäßig können, von der Obstruktionspolitik der Reichstagsmajorität unabhängig zu stellen. Ich gehöre nicht zu den Advokaten, nicht zu den Advokaten einer solchen Politik, und sie läuft meinen Bestrebungen aus den letzten Jahrzehnten im Grunde zuwider. Aber ehe ich die Sache des Vaterlandes ins Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Seiner Majestät dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Rat-

schläge geben und für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten. Ich wenigstens werde bereit sein zu leiden was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewissermaßen ähnlich wie das in unsern westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Teil der Fall ist, das Erbe einer großen Zeit und die Errungenschaften unsrer tapfern Kriegsheere durch innere Friktionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegenzutreten."

30. Januar. Der Antrag Achenbach wird vom Abgeordnetenhause mit 244 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen.

4. März. Der Reichskanzler legt dem Reichstag den Gesetzentwurf über Einführung des Branntweinmonopols vor. — 26. März. Nachdem die Vorlage einer Kommission, die ihn ablehnte, überwiesen worden war, findet die zweite Lesung im Plenum statt. In seiner Rede für die Vorlage entwickelt Fürst B. u. a. folgendes:

„Der Trunk ist recht eigentlich — ich spreche immer nur von den Provinzen, die ich kenne — in den Städten zu Hause, wird dort ausgebildet, wird mit Bier großgezogen und endigt mit Branntwein. Er wird auch da mit viel mehr Nachsicht behandelt. Ich habe einmal einen Offiziersburschen sagen gehört: Ja, wenn es den Herren mal passiert, dann heißt es: ‚sie sind heiter gewesen', und trifft es unsereinen, dann heißt es: ‚das Schwein ist besoffen'. So ungefähr ist die Beurteilung zwischen Stadt und Land. Wenn hier in Berlin zur Zeit des Bockbiers eine Niederlage auf den Straßen stattfindet, so daß der größte Teil der Bevölkerung, den man auf den Straßen sieht, den Tag als betrunken zu betrachten ist, dann heißt es: sie sind sehr heiter gewesen, sie haben dem Gambrinus glorios geopfert;

das wird mit Wohlwollen beurteilt. Wenn aber der ländliche Arbeiter sich betrinkt, das ist wieder ganz etwas andres, er wird mit Verachtung dafür bestraft."

„Man hat mir so oft den Vorwurf gemacht, daß ich nichts thäte, um das Reich so zu befestigen, daß, wenn ich in meinem Amt einen Nachfolger haben muß, es auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen könnte. Meine Herren, der Vorwurf ist sehr ungerecht: ich arbeite Tag und Nacht daran, und es ist die einzige Sorge, die ich auf dieser Welt noch habe. Aber auf dem Wege, auf dem die Herren, die mir das vorwerfen, es zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministerien, mit Schwächung der Regierung durch Spaltung, mit Beseitigung der Verantwortlichkeit durch Einführung der Kollegialität, mit stärkerer Herrschaft der Parlamentsmajorität — meine Herren, damit würden wir das Reich nicht festigen. Eine Festigung des Reiches suche ich in einem starken Kriegsheer, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen, aber auch der Reichsangehörigen in den verschiedenen organischen Gebilden. Ich betrachte als Reichsangehörige den preußischen Staat, den bayrischen Staat, ich betrachte als Reichsangehörige die Bundesregierungen. Und ihrer aller Zufriedenheit herbeizuführen ist meines Erachtens eine der Vorbedingungen für die Festigkeit des Reiches, wenn schwere Krisen eintreten sollten.

„Man hat bei der ersten Lesung als einen besonderen Vorwurf der Monopolvorlage vorgeworfen, daß sie den Staat stärke. Man hat dabei wohl keine Neigung gehabt auszusprechen, daß der Staat, um den es sich hier handelt, das Deutsche Reich ist. Man hat vielleicht nicht den Mut gehabt, sich zu fürchten vor einer Stärkung des Deutschen Reichs. Aber den Staat stärken — meine Herren, was heißt denn das? Ich fürchte, es werden noch die Jüngeren von Ihnen Zeiten erleben, wo sie sich nach einem starken Staat umsehen und sich vergebens dann danach umsehen. Ich arbeite allerdings an der Stärkung des Staates,

weil er die Kraft nicht hat, und weil auch ich im Reich die Festigkeit nicht finde, die ich vor 15 Jahren in ihm zu finden und heutzutage zu finden hoffte. Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und der Einheit des Reichs der Reichstag sein. Ich hatte damals zu den Dynastien nicht das Vertrauen nach meinem ganzen Vorleben wie heute — aber auf den Reichstag hatte ich mein ganzes Vertrauen gesetzt ... Es fragt sich nun: hat der Reichstag diesem Vertrauen, mit dem die Regierungen ihm vor 15 und vor 20 Jahren die wichtigsten Einnahmequellen ihrer Staaten überantwortet haben, entsprochen? Ich will darüber kein Urteil fällen. Aus dem, was ich vorhin sagte, ergibt es sich von selbst. Ich bin wenigstens überzeugt, daß diejenigen, die unter der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände leiden: diejenigen, die ausgepfändet werden; die Gemeinden, die unerträgliche Lasten tragen müssen; die Beamten, die verkommen, der Meinung sein werden, daß das Verhalten des Reichstags dem Vertrauen, in welchem ihm die Schlüssel der Hauptrevenüen anvertraut sind, nicht entsprochen hat... Wir stoßen immer auf dieselbe intransigente ablehnende Negation, die unter allen Umständen andrer Meinung als die Regierung ist. Da kann man mir doch nicht vorwerfen, daß ich immer wieder mit, ich möchte sagen, derselben Bettelei im Namen des Königs von Preußen komme. Der Herr ist sonst nicht gewohnt zu betteln. Es gibt andre Situationen, in denen mir von fortschrittlicher Seite vorgeworfen wird, daß ich den König von Preußen nach Kanossa führe. Ja, meine Herren, ein demütigenderes Kanossa, als das, dem ich hier an dieser Stelle schon in der Steuerfrage im Reichstage ausgesetzt bin, gibt es für meinen Herrn, den König von Preußen nicht: sein erster Minister muß seit 16 Jahren hier bettelnd an der Thür stehen und wird mit Steinen statt Brot und mit höhnischen Phrasen abgewiesen!"

Das Branntweinmonopol wurde vom Reichstage mit 181 Stimmen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

12. April. Im Herrenhause Beratung eines Entwurfes zur weiteren Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze. Fürst B. sagt:

„Ich bin an der Entstehung dieser Gesetze nicht als Ressortminister beteiligt, auch nicht einmal als Ministerpräsident, wohl aber als Mitglied des Staatsministeriums ... Indessen will ich daraus nicht das Recht herleiten, mich von der Verantwortlichkeit loszusagen. Ich will meine Verantwortlichkeit nur dahin definieren, daß ich für die Richtung und für die Tendenz der Maigesetze die Verantwortlichkeit vollständig mittrage, noch heute aufrecht halte und dafür einstehe, daß es nützlich und zweckmäßig war, Gesetze in dieser Richtung zu geben ... Aber einer Auslegung dieser ganzen Gesetzgebung, die heute in den öffentlichen Blättern sich breit macht, muß ich doch mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Da wird es so dargestellt, als ob die Maigesetze nicht eine bedauerliche Notwendigkeit gewesen wären — wenn ich sage ‚Maigesetze', so weiß ich sehr wohl, daß nicht alle im Mai entstanden sind, aber es ist einmal die übliche Bezeichnung —, sondern daß man in ihnen eine Art von Palladium des preußischen Staates zu verehren hätte, an das unter keinen Umständen gerührt werden dürfe, wenn man nicht die Ehre des Staates verletzen wolle ... Die Maigesetze waren, wie schon erwähnt, Kampfesgesetze, womit ja selbstverständlich gesagt ist, daß durch sie nicht eine dauernde Institution habe geschaffen werden sollen, die mit verfassungsartigem Ansehen den preußischen Staat beherrschte; sie waren eben Kampfesmittel, um zum Frieden zu gelangen." — „Wenn man mit auswärtigen Feinden kämpft, so sagt man: Schade um jeden Schlag, der vorbeifällt! Bei inneren Streitigkeiten muß man sich bei jedem Schaden, den man dem Gegner thut, immer auch die Frage vorlegen, ob er im Verhältnis zu dem andern Schaden steht, den man abwehren wollte, mit anderen Worten, zu dem Nutzen, den die Gegenpartei davon erwartet. In allen inneren Kämpfen soll wenigstens ein leitender Minister das Ganze, die Folgen für das Ganze niemals aus dem Auge verlieren, und ich habe das auch in schwereren inneren Kämpfen, die diesen vorhergingen,

meines Wissens niemals gethan. Nie bin ich Parteimann gewesen; ich bin immer der Mann des Staates und des Königs geblieben." — „Ich halte den Papst deutschfreundlicher als das Zentrum. Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedliebender Herr. Ob man das von allen Mitgliedern der Reichstagsmajorität sagen kann, lasse ich dahingestellt sein. Der Papst ist außerdem nicht Welfe, er ist nicht Pole und ist auch nicht deutschfreisinnig; er hat auch keine Anlehnung mit der Sozialdemokratie. Kurz, alle die Einflüsse, die im Parlament die Situation fälschen, finden in Rom nicht statt. Der Papst ist ein Katholik und nichts als Katholik."

Das Herrenhaus nimmt die Vorlage an.

4. Mai. Erste Beratung desselben Gesetzes im Abgeordnetenhause. Dabei sagt Fürst B. über die Art des herbeizuführenden Friedens folgendes:

„Täuschen wir uns über die Natur dieses Friedens nicht. Das ist ja kein Frieden wie zwischen zwei fremden Staaten, die miteinander Krieg geführt haben und nachher bei dem Friedensschluß nur die Grenze so und so feststellen; die liegt dann auf 1½ Meter ganz genau fest; man weiß, wo sie liegt. Die gegenseitigen Verpflichtungen, Zahlungen, Räumungen, alles dergleichen läßt sich ganz genau ausdrücken. Anders liegt die Sache, wenn man im Innern eines Landes und namentlich bei uns in Deutschland zwischen Staat und Kirche zu einem Friedensschluß gelangen will. Da können uns die gesetzlichen Formen, zu denen wir kommen, an sich blutwenig helfen; sie liefern nur das Gefäß, in welches die Stimmung und das Maß von Vertrauen, das herrscht, der gute Wille derjenigen, an denen die Ausführung liegt, nachher die Füllung liefern. Und diese Gefäße, die wir mit kirchenpolitischen Gesetzen und deren Änderung schaffen, ja die können gefüllt werden mit der Milch der frommen Denkungsart, wenn auf beiden Seiten Wohlwollen, Wunsch nach Frieden und Vertrauen vorhanden ist. Sie können aber auch mit gärend Drachengift sich füllen, sie mögen beschaffen sein wie sie wollen, wenn böser Wille vorhanden

ist. Der Friede, den wir erstreben, läßt sich in bestimmte Paragraphen nicht fassen ... Es kann deshalb auch nicht die Tendenz dieser Vorlage sein, um mit Sicherheit in ähnlicher Weise, wie der Frankfurter Friede oder der Hubertusburger Friede einen festen, klaren Friedensschluß zu schaffen, der sich a priori als solcher ganz bestimmt verwerten und übersehen läßt. Täuschen wir uns darüber nicht, meine Herren, es bleibt jeder Friedensschluß ein modus vivendi, d. h. ein Versuch, miteinander in Frieden zu leben."

10. Mai. Der Gesetzentwurf wurde auch im Abgeordnetenhause mit großer Mehrheit angenommen. — 25. November. Nach Ablauf des Septennats wird ein neuer Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des Heeres für die Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1894 vorgelegt. — 18. Dezember. Vertagung des Reichstages.

1887.

11. Januar. Zweite Beratung des Reichstages über die Militärvorlage. Nach dem Grafen Moltke tritt Fürst B. in längerer Rede für die Notwendigkeit der Vorlage ein und entwickelt u. a. folgendes:

„Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben." — „Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré (des Revanchekrieges) zu leben, was jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen, ebensowenig wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlamente versichert wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein. Das sind Worte, damit

kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone. Und wenn wir den Feind im Lande haben und lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus." — „Bis jetzt sind es nur mutige Zivilisten, die meinen, keiner Verstärkung zu bedürfen. Diejenigen Generäle und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unseren Souveränen, die persönlich Fühlung mit dem französischen Kriege gehabt haben, die sind durchaus andrer Meinung. Wenn so furchtlose Leute der Meinung sind: wir brauchen, um den nächsten Krieg mit Frankreich sicher zu bestehen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, die und die Verstärkung — dann finde ich es einen traurigen Mut, dem gegenüber zu sagen: Sie irren sich, wir brauchen sie nicht, wir sind stark genug. Ich sage: einen traurigen Mut, weil dieses mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der sagt: wir schlagen die Franzosen auch so und so. Meine Herren, da irren sie sich, die parlamentarischen Strategen! Sie unterschätzen die Macht von Frankreich. Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir. Frankreich hat ein kriegerisches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Sie unterschätzen die Franzosen in der allerirrtümlichsten Weise, und es wäre eine Überhebung zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht." — „Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstags nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammensetzt wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixierung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstags abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemein-

samen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, garnicht zustande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf! Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heeres von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also mit andern Worten, aus dem kaiserlichen Heere, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht Se. Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird nicht gelingen!"

12. Januar. Fortsetzung derselben Beratung. Auf eine Rede des Abgeordneten Windthorst, in der dieser eine scharfe Kritik an der gesamten Politik des Reichskanzlers versucht hatte, erwidert Fürst B. ausführlich und sagt u. a.:

„Der Herr Abgeordnete hat ferner auch mit einem gewissen Pathos, das mir bewies, daß er Wert darauf legte, gesagt, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern, und hat dadurch einen gewissen sozialistischen Ton angeschlagen, den wir neuerdings in den Zeitungen, besonders in der ‚Germania' gefunden haben. In der ‚Germania' geht es ja bis zum Hetzen zum Klassenhaß. Ich hatte den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete, als er das sagte, sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrte und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte, daß er die Arbeiterfrage nur einschieben wollte, weil die Arbeiter eine ganze Menge Stimmen haben. Er sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich sehe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern, als mit andern Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so gibt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre. Die

meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es gibt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand gibt, mich bittet hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte. Ich kenne deshalb auch die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne: für die Sicherheit des Reichs einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit, jeden Tag und alle ohne Ausnahme. Sie beurteilen unsre Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finesserien über den Gewinn von parlamentarischem Übergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter, beherrscht zu werden als von der Regierung des Königs. Das sind alles Irrtümer und das haftet bei den Leuten auch nicht; das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurteilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind. Das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben — eigentliche A r b e i t e r sind sie nicht mehr."

Dann berührt Fürst B. die Kriegshetzereien eines großen Teiles der deutschen Presse gegen Rußland aus Anlaß der bulgarischen Angelegenheiten, citiert eine ganze Reihe solcher Zeitungsäußerungen und fragt darauf:

„Sind dies Kriegshetzereien oder nicht? Darf man daraus schließen, daß die Staatsmänner, die hinter diesen Blättern stehen, den Wunsch gehegt haben, uns mit Rußland in einen Krieg zu führen? Dann wäre es ein sehr eigentümliches Zusammentreffen, auf welches ich schon aufmerksam gemacht habe: daß dieselben Parteien, die so bereitwillig sind, uns in einen Krieg zu stürzen, hier die Mittel, den Krieg zu führen, uns hartnäckig versagen

oder doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen; woran sich doch immer die Neigung knüpft, die Krisis, die jedesmal mit diesen Verhandlungen verbunden ist, nicht zu lange aufzuschieben. Sieben Jahre der inneren Ruhe, des inneren Friedens — das kann keine eifrige Parteipolitik ertragen; solche Gemütsbewegungen und Kämpfe, bei denen der Rechtsboden der deutschen Verfassung funditus erschüttert wird, brauchen Sie öfter zu Ihrer — ob Gallenbewegung, ich weiß es nicht. Aber wir wünschen Ruhe und Frieden im Innern wie nach außen und wünschen nicht, daß alle drei Jahre, sondern daß höchstens alle sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Armee, d. h. das Deutsche Reich und die Verfassung — denn ohne Armee sind beide, wie Herr Windthorst anerkennt, nicht denkbar — fortbestehen sollen und mit welchem Grade von Sicherheit. Wir wollen, daß diese Frage nur alle sieben Jahre erörtert wird. Wer konfliktslüsterner ist als wir, dem werden wir nicht zustimmen und werden ihn in seiner Kampfbegierde allein lassen und ihm sagen: wenn Sie Händel brauchen, so suchen Sie sich dieselben wo anders auf; bei uns sind sie nicht zu finden."

14. Januar. Mit 186 gegen 154 Stimmen nimmt der Reichstag den Antrag an, die Friedenspräsenzstärke nur bis zum 31. März 1890, also nur auf 3 Jahre, zu bewilligen. Sofort erfolgt die Auflösung; am 21. Februar finden die Neuwahlen statt, und schon am 3. März wird der neue Reichstag eröffnet.

24. Januar. Im preußischen Abgeordnetenhause kommen bei der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen die Vorgänge, die zur Auflösung des Reichstags geführt haben, zur Sprache. Fürst B. sagt dabei:

„Schon das ist ein hinreichender Unterschied zwischen Triennat und Septennat: nämlich die Sicherstellung und friedliche Entwickelung der Verfassung, oder die Gefährdung derselben alle drei Jahre. Wir sind so verfassungstreu, daß wir dieselbe nicht gefährden wollen in einem Augenblicke, wo äußere Gefahren uns umlauern. Die Herren erinnern mich an den Regensburger Reichstag zu der Zeit, als die Türken Wien belagerten und die Franzosen Straßburg wegnahmen, wo man sich über den

Vorrang zweier kurfürstlichen Potentaten zankte und darüber die Interessen des Reiches außer acht ließ. Ebenso kleinlich erscheint mir das jetzige Streben der Reichstagsmajorität, dem Kaiser in diesem Momente nach Art eines Wucherers etwas abzudrücken."

Die Vorwürfe des Abgeordneten Richter, Fürst B. sei ein Vater, der seine eigenen Kinder verzehre [Kirchengesetze], weist dieser mit folgender Vorhaltung ab:

„Jeder Fortschritt der preußischen Monarchie ist von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das erbittertste bekämpft worden. Das feindliche Verhalten der Fortschrittspartei zeigte sich vor 23 Jahren, wo die Herren für die Polen Partei nahmen. Es kam dann der dänische Feldzug, den uns die Fortschrittspartei mit allen Mitteln erschwert hat; und beim Krieg mit Österreich hat uns die Fortschrittspartei nicht beigestanden, sondern uns bis zum letzten Augenblick die Lösung der deutschen Frage erschwert. Sie hat gegen den Norddeutschen Bund gestimmt, und im Jahre 1869, wo nach der Schlacht von Sadowa der Krieg mit Frankreich unvermeidlich war, hat die Fortschrittspartei einen Abrüstungsantrag gestellt. Mitten im Kriege gab sich eine Sympathie der deutschen Fortschrittspartei mit Frankreich zu erkennen; ich will nur an den Namen Jacoby erinnern. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen ist die Fortschrittspartei uns bis zuletzt feindlich entgegengetreten. Kurz alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden. Trotzdem aber ist es zustandegekommen, und deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, trotzdem die Fortschrittspartei unsre Gegnerin ist, auch die Militärvorlage zustandekommen wird."

21. März. Annahme der Militärvorlage im neugewählten Reichstag. — 22. März. Feier des 90. Geburtstages des Kaisers. — 23. März. Im Herrenhause Beratung des am 22. Februar eingebrachten Gesetzentwurfes zur weiteren Milderung der Maigesetze. Fürst B. sagt dazu:

„Wie lange der Frieden oder der Ansatz zum Frieden, die Annäherung an den Frieden, die wir heute mit der römischen

Kurie erstreben, wie lange sie dauert und währt, wenn sie gelingt, das kann ja niemand voraus berechnen. Wir thun aber unsre Schuldigkeit in der Gegenwart rebus sic stantibus, und das, was wir Günstiges und Zufriedenstellendes für das Land erlangen können, das nehmen wir an. Ob es dauert, das steht bei Gott. Also für die Dauer übernehme ich keine Verantwortlichkeit." — „Ich habe nun den Versuch, zum Frieden zu gelangen, schwieriger gefunden, als ich mir vorstellen konnte. . . . Die Verbitterung war auf beiden Seiten sehr lebhaft vorhanden und sehr erklärlich durch die Hitze und Dauer des Gefechts, das geführt war, durch die Vergiftung der eigentlichen ursprünglichen Streitgegenstände, durch das Hineinziehen sehr vieler anderer, hauptsächlich aber dadurch, daß die Zentrumspartei aufhörte, eine rein konfessionelle zu sein und es nützlicher fand, eine antistaatliche Partei zu sein, den Staat überhaupt zu bekämpfen unter Zuhilfenahme aller Elemente, die dazu bereit waren. . . . Auf diese Weise entstand eine regierungsfeindliche Majorität, von der die Regierung mit allen Waffen, die jeder einzelnen, der sie bildenden Parteien zu Gebote standen, bekämpft wurde, und infolge dessen eine sehr wesentliche Verbitterung." — „Ich muß in bezug auf das Verhalten der deutschen Geistlichen in diesem Kampf noch erwähnen, daß wir, als wir das Vatikanum kommen sahen und es bekämpften, uns sagten: der Schade, den wir dadurch erleiden, besteht darin, daß unsre deutschen Bischöfe unselbständiger werden; und von diesen erwarten wir doch da, wo das Interesse des preußischen Staates in Frage kommt, vorzugsweise eine Vertretung derselben gegen päpstliche Übergriffe. Wir hatten damals ein Vertrauen zu unserm deutschen Episkopat, welches sich leider nicht in allen Fällen bewährt hat. Wir sind jetzt in der umgekehrten Lage, daß wir die Hilfe des Papstes in Rom gegen Einwirkungen unseres deutschen Episkopats brauchen. Der Landsmann läßt den Landsmann im Stich. Es ist ja eine alte historische und betrübende Wahrheit, daß es eine größere Kampfesfreude für den kampfesmutigen Deutschen überhaupt nicht gibt, als den Streit mit dem eigenen Landsmann. Mit der römi-

schen Kurie zweifle ich nicht an der Versöhnung. Aber wenn der unbeschäftigte deutsche Landsmann, wozu ich ... nun ich will nicht aufzählen, wen ich dazu rechne, wenn der einen ihm teuer gewordenen Streit und Zorn aufgeben muß und die Hand zur Versöhnung bieten, dann wird ihm die Freude am Leben verdorben. Der Streit mit dem Landsmann ist ja ein nationaler Sport, wie bei uns so auch bei andern Völkern der Welt. Ein Bürgerkrieg ist immer das Fürchterlichste, was man haben kann, in allen Ländern, aber bei uns Deutschen noch fürchterlicher, weil er von uns mit mehr Liebe durchgefochten wird wie jeder andre Krieg. Deshalb weiß ich auch nicht, ob wir durch den Frieden mit Rom zum Frieden mit dem Zentrum kommen."

7. April. Das Herrenhaus nimmt die Vorlage im wesentlichen an. — 21. April. Beratung derselben Vorlage im Abgeordnetenhause. Dabei sagt Fürst B. u. a.:

„In unserem Kampfe ist glücklicherweise kein Blut vergossen, keine Städte sind zerstört worden, es hat nur Redeschlachten gegeben. Es ist viel Atem verbraucht und viel Tinte vergossen worden. Aber wir haben auf keine verheerten Gefilde und verlorene Provinzen zu blicken. Und ich sage den Herren, die namentlich dem Papste gegenüber sich auf das Pferd setzen: wir haben so lange gekämpft und uns geopfert und waren in Gefahr — denen sage ich: was haben Sie denn für Gefahren gehabt, was haben Sie für Opfer gebracht? Sie haben große Reden gehalten und starke Reden gehalten. [Zuruf: 2 Jahre Gefängnis!] . . . Also 2 Jahre gesessen! Das kommt ja auch vor . . . Das ist doch nicht ein so großes Opfer, daß Sie deshalb verlangen können, daß der Friede der ganzen Nation deshalb gestört bleibt und daß ein hoher Herr, der vor allen Dingen Friedensfürst ist, nun deshalb, weil einer seiner Anhänger 2 Jahre gesessen hat — was jedem passieren kann —, den Kampf fortsetzt. Das zu verlangen ist eine Übertreibung, die mit den Opfern, die Sie durch Fortsetzung des Kampfes Ihren Landsleuten auferlegen, in gar keinem Verhältnis steht."

25. April nimmt das Abgeordnetenhaus die Vorlage in der Form an, die sie nach den Beschlüssen des Herrenhauses erhalten hat. — 15.—18. September. Graf Kalnoky in Friedrichsruh. — 23. September. Fürst B. feiert sein 25jähriges Ministerjubiläum. — 2.—3. Oktober. Ministerpräsident Crispi in Friedrichsruh. — 18. Oktober. Fürst B. konferiert unter vier Augen in Berlin mit Kaiser Alexander III. von Rußland über die orleanistischen Fälschungen, die die deutsche Politik bei Rußland verdächtigen sollten (Veröffentlichung im Reichsanzeiger den 31. Dezbr.).

1888.

6. Februar. Im Reichstage erste Beratung des Gesetzentwurfes vom 31. Januar über eine Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres. Aus der gewaltigen Rede des Fürsten B. seien folgende Stellen hervorgehoben:

„Die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten kann, ist ja die orientalische, und an dieser sind wir nicht gerade in der ersten Linie interessirt. Wir haben da keine Verpflichtung und sind in der Lage abzuwarten, daß die am nächsten beteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen und, wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Aber wir sind weder zu dem einen noch zu dem andern in erster Linie in der orientalischen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen zu wirken und die Dinge zu leiten sucht, begibt sich außerhalb des Gebietes, das Gott ihr angewiesen hat. Sie treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik. Wir werden das nicht thun und wir werden, wenn eine orientalische Krisis eintritt, die Stellung abwarten, welche die näher interessierten Mächte einnehmen."

„Wir müssen, unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition, mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutscher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung, daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen können und mit Ruhe entgegen-

sehen können. Wir müssen, kurz und gut, in diesen Zeiten so stark sein, wie wir irgend können; und wir haben die Möglichkeit, stärker zu sein als irgend eine Nation von gleicher Kopfstärke in der Welt. . . . Es wäre ein Vergehen, wenn wir sie nicht benutzten. . . . Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen, als andere Mächte zu gleichem Zwecke, wegen unsrer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. . . . Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsre Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unsern beiden Flanken fühlen lassen. Sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden; sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unsrer innersten Natur widerstrebt. Sonst streben wir lieber auseinander."

„Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre; ja, ich kann fast sagen der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen. Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja den ich nicht durchgesetzt

hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist. Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art von Preßcampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde!"

„Ich hoffe, es wird unsre Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden, . . . wenn das eintritt, so können wir an jeder unsrer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensive haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer Million, im Hinterland behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat mir gesagt: das wird nur die Folge haben, daß die andern auch noch höher steigen. Das können sie nicht. Die Ziffer haben sie längst erreicht. Wir haben die Ziffer im Jahre 1867 heruntergesetzt, weil wir glaubten, jetzt haben wir den Norddeutschen Bund, wir können es uns jetzt leichter machen, da können wir die Leute über 32 Jahre freilassen. In der Folge haben unsre Nachbarn eine längere Dienstzeit adoptiert, viele eine 20jährige Dienstzeit. In der Ziffer sind sie eben so hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. Die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche. Aber unsre Leute, unsre 700000 sind kriegsgedient, rompus au métier, ausgediente Soldaten, und

die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. Das ist, was man uns nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem andern Lande vorkommt."

„Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unsrer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist. Es muß ein Volkskrieg sein. Es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volksstimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsre zur vollen Geltung kommen soll. Es wird aber sehr schwer sein, den Provinzen, den Bundesstaaten und ihren Bevölkerungen das klar zu machen: der Krieg ist unvermeidlich, er muß sein. Man wird fragen: Ja, seid Ihr denn dessen so sicher? wer weiß? Kurz, wenn wir schließlich zum Angriff kommen, so wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen, als die materiellen Gewichte, auf der Seite unsrer Gegner sein, die wir angegriffen haben. Das ‚heilige Rußland' wird entrüstet sein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen starren. Ganz dasselbe wird überall geschehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der

Elan und das Feuer dahinter sein, wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. Diese Überlegenheit dürfen wir uns nicht entgehen lassen, selbst wenn wir, was viele Militärs, nicht die unsrigen, annehmen, jetzt unsern künftigen Gegnern überlegen sind. Die Unsrigen glauben das alle. Natürlich, jeder Soldat glaubt das. Er würde beinahe aufhören ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an einen Sieg darin glaubte. Wenn unsre Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange ist, die uns friedfertig stimmt, dann irren sie sich ganz gewaltig."

„Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! **Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!** Und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen Nation ist; und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Diese Rede des Fürsten B. umfaßte 10 997 Worte und wurde an demselben Tage in 1218 Telegrammen von zusammen 194 296 Worten von Berlin aus nach 326 Orten des In- und Auslandes befördert durch 225 Beamte an 222 Apparaten! Die Vorlage wurde ohne Einzelberatung fast einstimmig angenommen und schon am 20. Februar vom Kaiser sanktioniert.

3. März. Erkrankung des Kaisers. — 8. März. 2 Uhr mittags letzte Besprechung des Fürsten B. mit dem Kaiser Wilhelm. — 9. März. 8½ Uhr vormittags Tod des Kaisers Wilhelm. Mittags nach 12 Uhr. Fürst B. macht dem Reichstage

die amtliche Mitteilung vom Heimgange des Kaisers mit folgenden Worten:

„Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mitteilung von dem zu machen, was Sie bereits thatsächlich wissen werden: daß Seine Majestät der Kaiser Wilhelm heute vormittag um 1/2 9 Uhr zu Seinen Vätern entschlafen ist. Infolge dieses Ereignisses ist die preußische Krone und damit nach Art. 11 der Reichsverfassung die deutsche Kaiserwürde auf Seine Majestät Friedrich III., König von Preußen, übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphischen Nachrichten darf ich annehmen, daß Seine Majestät der regierende Kaiser und König morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit hier in Berlin eintreffen wird.

„Ich hatte von dem Hochseligen Herrn in seinen letzten Lebenstagen in Bethätigung der Arbeitskraft, die ihn nur mit dem Leben verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche vor mir liegt und welche mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach Abmachung seiner Geschäfte, das heißt also etwa heute oder morgen zu schließen. Ich hatte die Bitte an Seine Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchstaben des Namens noch zu unterzeichnen. Seine Majestät aber haben mir darauf erwidert, daß Sie glaubten, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolgedessen liegt dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift Seiner Majestät vor mir.

„Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen der Mitglieder des Reichstages ebenso wie denen der verbündeten Regierungen entsprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinandergeht, sondern zusammenbleibt bis nach Eintreffen Seiner Majestät des Kaisers; und ich mache deshalb von dieser Allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Dokument zu den Akten gebe und den Herrn Präsidenten bitte, die Entschlüsse, welche den Stimmungen und den Überzeugungen des Reichstages entsprechen, in dieser Richtung herbeizuführen.

„Es steht mir nicht zu, meine Herren, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten Deutschen Kaisers aus unsrer Mitte. Es ist dafür auch kein Bedürfnis; denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben in dem Herzen eines jeden Deutschen. Es hat deshalb keinen Zweck, sie auszusprechen. Aber das eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen —, daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Thatsachen waren, welche ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzt regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur ganz Deutschland, sondern alle Weltteile, kann man sagen, ich habe noch heute ein Telegramm aus Newyork in dieser Beziehung erhalten — mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird.

„Die zweite Thatsache, in der Seine Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwickelung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, dem er als deutscher Fürst angehört hatte, daß der Kaiser auf die Entwickelung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen

des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Seine Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe, es war gestern, hat er darauf Bezug genommen, wie ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat.

„Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder Einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zu Grunde liegt.

„Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserm dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unsrer Nation sein, welches der aus unsrer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unsers Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe!“

11. März. Begrüßung Kaiser Friedrichs in Leipzig durch den Fürsten B. an der Spitze des Gesamtministeriums. — 16. März. Beisetzung des Kaisers Wilhelm. — 19. März. Fürst B. verliest im preußischen Landtage und im Reichstage die Botschaft Kaiser Friedrichs über den Antritt der Regierung. — 25. März. Fürst B. feiert sein 50 jähriges militärisches Dienstjubiläum. — 1. April. Fürst B. feiert den 73. Geburtstag. Beim Diner sagt Kronprinz Wilhelm in seinem Trinkspruch: „Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsre jetzige Lage an, wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regiments-

kommandeur ist gefallen, der Nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Euer Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserm geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten." — 4.—10. April. Kanzlerkrisis wegen des Fürsten B. ablehnender Haltung gegen eine Verlobung der Prinzessin Viktoria von Preußen mit Fürst Alexander von Bulgarien. — 22. April. Graf Herbert v. B. wird zum Minister ernannt. — 25. April. Fürst B. zur Audienz bei der Königin Viktoria von England in Charlottenburg. — 15. Juni. 11 Uhr 12 Min. vormittags Tod des Kaisers Friedrich. — 18. Juni. Beisetzung in Potsdam. — 25.—26. Juni. Außerordentliche Session des Reichstages. — 31. Juli. Der Kaiser auf der Rückkehr von St. Petersburg, Stockholm und Kopenhagen über Nacht beim Fürsten B. in Friedrichsruh. — 21.—23. August. Ministerpräsident Crispi in Friedrichsruh. — 18.—20. September. Graf Kalnoky in Friedrichsruh. — 29.—30. Oktober. Der Kaiser über Nacht in Friedrichsruh. — 10. November. Fürst B. von der theologischen Fakultät Gießen zum Ehrendoktor der Theologie ernannt.

1889.

15. Januar. Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats, Etat des Auswärtigen Amtes, im Reichstage kommt es zu Auseinandersetzungen des Fürsten B. mit dem Abgeordneten Bamberger über Kolonialfragen. Fürst B. sagt u. a.:

„Der Herr Vorredner ... hat an meine Duldsamkeit als Gießener Doktor der Theologie appelliert und hat gesagt, ich behauptete, je älter ich würde, desto besser verstände ich die abweichenden Meinungen. Ja, ich verstehe auch die des Herrn Abgeordneten und die Gründe, aus denen er und seine Freunde so sprechen, ich verstehe sie vollkommen und durchschaue sie bis auf den Grund der Seele, daran fehlt es nicht. Soll ich nun gegen Sie duldsam sein, wenn ich finde, daß Sie die Interessen des Landes, zu dessen Vertretung ich an erster Stelle berufen bin, hier schädigen? das können Sie nicht verlangen; sonst würde ich als Doktor der Theologie

mit meiner Ehre und mit meinem Gewissen zu kurz kommen."

26. Januar. Im Reichstage wird beraten über die Bewilligung von 2 Millionen Mark zur Unterdrückung des Sklavenhandels und über die Einsetzung eines Reichskommissars, der gleichzeitig die dem Reichskanzler zustehende Aufsicht über die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft ausüben soll. Fürst B. sagt:

„Ich möchte in Bezug auf meine Stellung zu der Gesamtfrage, die wir verhandeln, noch die Bemerkung machen, daß ich nicht Enthusiast für koloniale Unternehmungen von Hause aus gewesen bin und daß es eine Ungerechtigkeit ist, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger mich und sogar die Regierung identifiziert hat mit dem Verhalten der Gesellschaft. Wenn das Reich und die Gesellschaft dieselbe Person wäre, ja, dann wäre ja gar kein Zweifel, daß das Reich verpflichtet wäre, alle Avancen, die die Gesellschaft erlitten hat, auf sich zu nehmen und durchzuführen. Das ist in dem Maße nicht der Fall." — „Es ist nur die Frage, ob hier nationale Bedürfnisse, nationale Schädigungen, nationale Forderungen an uns bestehen; und darüber verlange ich allerdings das Zeugnis der berechtigten Körperschaft im Deutschen Reiche, das Zeugnis des Reichstags. Finden Sie, daß dieselben nicht existieren — gut, dann habe ich mich geirrt, dann ziehe ich mich zurück und trete zurück. Ich bin weit entfernt, meine persönliche Ansicht, meine Neigung, unter Umständen an den Degen zu greifen, als eine Aufforderung für das Reich und die Gesamtheit zu betrachten. Ich ordne mich der Mehrheit der Nation und deren berechtigten Vertretern absolut unter in diesen Fragen, solange ich nicht die Angst und das Gefühl habe, daß sie auf einem abschüssigen Wege ihrem Schaden entgegeneilt. Dann würde mein Widerstand nur mit meinem Leben endigen. Hier aber liegen Fragen derart nicht vor. Hat der Reichstag das Gefühl, daß die Interessen des Deutschen Reiches, seine Ehre — ich mag kaum so hoch greifen wie dieser Ausdruck trägt —, seine Flagge, will ich sagen, hierbei uninteressiert sind, und dispensiert er mich

von der weiteren Verfolgung, so ist das ja für mich eine außerordentliche Erleichterung meiner Geschäfte, unter deren Last ich beinahe erliege.“ — „Ich bin ganz bestürzt gewesen über den Gedanken, den viele Leute gehabt haben, als müßte das nun gleich wie ein Gründungspapier eine ungeheure Dividende abwerfen. Ich habe mir gedacht: das ist eine Beschlagnahme, wie bei der Mutung eines Bergwerksbesitzes oder dem Ankauf eines später zu bebauenden Grundstücks; und wenn man nicht mit Ruhe den Erfolg abwarten kann, so hätte man es überhaupt nicht thun sollen. Daß man gegen diejenigen, welche solche Anlagen machen, nun den Vorwurf erhebt, daß sie nicht sofort am nächsten Donnerstag eine große Rente geben — nun, dazu gehört die leidenschaftliche Feindschaft, die auf Parteikämpfen beruht. Das kann ich nicht mehr als eine staatliche Erwägung behandeln und ansehen.“

27. Februar. Graf Wilhelm von B. wird zum Regierungspräsidenten in Hannover ernannt.

21. März. Im Nachtragsetat wird eine Summe gefordert für die Teilung der Admiralität in ein Oberkommando und ein Marineamt (für die Verwaltung, analog dem Kriegsministerium). Gegenüber dem Einwand, daß die Sache, wenn sie eilig wäre, früher hätte vorgebracht werden müssen, macht Fürst B. geltend:

„Nun möchte ich den Herrn Abgeordneten bitten, doch zu erwägen, daß wir im vorigen Jahre hintereinander zwei Thronwechsel, zwei Souveräne gehabt haben, die für die Landarmee ein hohes Interesse, für die Marine vielleicht nicht ganz dasselbe Interesse hatten, wie der jetzt regierende Herr; daß der letztere doch, als er zur Regierung kam, eine gewisse Zeit gebraucht hat, um seine Ansichten über die weitere Entwickelung der Marine zum Ausreifen zu bringen. Es wird von dem Herrn, namentlich da er in der Lage war, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zunächst sich mit den Aufgaben, Reisen und Besuchen zu beschäftigen, welche diesen Zweck hatten, nicht verlangt werden können, daß er mit der Schnelligkeit eines um Johanni rechzeitig verwarnten und vermahnten Rates eines Ministeriums sich schlüssig mache über das, was vorgelegt werden soll.“

Dem Abgeordneten Richter erwidert Fürst B.:

„Der Herr Abgeordnete Richter hat mit einer gewissen Übertreibung gesagt: wenn die Ansichten Sr. Majestät des Kaisers hier maßgebend sein sollten, dann brauchten wir keinen Reichstag. Das ist so eine parlamentarische Rede, die sich auf der Seite extremer Parteien sehr leicht einfindet. Ich könnte darauf gerade so gut erwidern: wenn der Reichstag allein entscheiden sollte, dann brauchten wir gar keinen Kaiser. Es ist doch aber wünschenswert, daß die Ansichten des Kaisers, des Höchstkommandierenden über unsre Kriegsmacht zu Lande und zur See, Beachtung bei uns finden. Ich habe sie nur citiert als Erklärung für die Auffälligkeit der Verspätung dieser Vorlage ... Ich kann ja keine Vorlage bei Ihnen einbringen, ohne Mitwirkung des Kaisers; ich brauche seine Ermächtigung, seine Unterschrift. Also der Herr Abgeordnete Richter unterschätzt die Autorität des Kaisers im Reich doch ganz erheblich, wenn er das Erwähnen, das Rücksichtnehmen auf Wünsche, auf Stimmungen des Kaisers, auf das stärkere Interesse dieses Kaisers für die Marine als das seiner beiden Vorgänger tadelt. Das Interesse wechselt ja, und wir können uns freuen, einen Herrn zu haben, der der Marine ein lebhafteres Interesse zuwendet als seine Vorgänger, die jung waren in der Zeit, wo wir überhaupt noch keine Marine hatten. Nehmen wir das dankbar an.“

29. März. Im Reichstage zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter. Fürst B. tritt zunächst dem Gerüchte entgegen, als legte er auf das Zustandekommen dieses Gesetzes nicht den geringsten Wert:

„So viel Verdienst habe ich doch auch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblicke der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik vindizieren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen.

Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Äußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Herrn Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschluß zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen! Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen! Es ist das in der That eine fast beleidigende Zumutung, die mir damit gestellt wird."

29. April. Eröffnung der Samoakonferenz in Berlin durch Graf Herbert von B.

18. Mai. Dritte Beratung der Alters- und Invaliditätsversicherung. In seinem Rundblick über die Gegner der Vorlage sagt Fürst B.:

„Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn eins der Mitglieder der freisinnigen Partei gesagt hat, daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, ging aus deren Auftreten hier dagegen hervor, so möchte ich doch darauf erwidern, daß dieser Redner . . . zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen; die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz andern Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer — es wird die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit nicht versöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unserm

eigenen Gewissen ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen, eine Beruhigung unsers Gewissens für den Fall, daß wir fechten müssen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, sondern der Führer — ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik; und alles was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone schädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen. Also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geschieht, hinderlich sein. Das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie."

„Auch von konservativer Seite wird gegen das Gesetz eine Opposition teils im ganzen, teils angebrachtermaßen geübt, die ich mit der Aufgabe der konservativen Partei nicht verträglich finde. Ich möchte jedem Konservativen, der hier gegen das Gesetz auftritt, mit dem Spruch des Dichters antworten: ‚Es thut mir lang' schon weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh'. . . . Ich nenne die Reichspartei eine konservative Partei [ein Zuruf hatte sie unterschieden von den Konservativen, d. h. von der Partei der Deutschkonservativen im Reichstage]. Ich hatte bisher nie einen Unterschied gemacht und ich muß betonen: ich bedaure, wenn dieser Unterschied accentuiert wird. Es gibt auch in der engern konservativen Partei immer noch Abstufungen, welche miteinander nicht vollständig einverstanden sind. Und selbst wenn man sie noch enger faßt, so wird man nach der Eigentümlichkeit der Deutschen in der Selbständigkeit ihrer persönlichen Meinung finden, daß unter sechs Konservativen noch immer zwei andrer Meinung sind als die andern vier und ihre Meinung nicht fallen lassen. Das ist gerade ein Zeichen

von dem urgermanischen Charakter der Konservativen. Die ganze deutsche Zerrissenheit ist entstanden aus diesem Überschuß von Selbständigkeit. Liberal zu sein — ja, da schwimmt man eben mit dem Strom, und das geschieht. Der Franzose ist ja viel regierbarer als der Germane. Unser ganzer Liberalismus neigt etwas nach der Seite hin. Im Liberalismus ist eine Diktatur ja ganz natürlich. Wer nicht mitgeht, wird über Bord geworfen, oder wird in der Fraktion mit der Peitsche der Rede so lange gezüchtigt, bis er sich fügt. Eine solche Tyrannei gibt es nicht in der konservativen Partei, zu der ich nicht nur die Reichspartei rechne, sondern auch zwei andre Fraktionen, große Fraktionen in diesem Hause — die nenne ich konservativ. Bei ihnen ist die Selbständigkeit eben germanisch und deshalb schwieriger zu regieren, aber doch auch auf die Dauer der Vernunft zugänglich."

Der Reichstag nimmt das Gesetz am 24. Mai an.

22. Mai. Fürst B. hat Audienz bei dem König Humbert von Italien und eine Konferenz mit Crispi. — 13. August. Kaiser Franz Josef von Österreich besucht den Fürsten B. im Reichskanzlerpalais. — 15. August. Fürst B. konferiert mit dem Grafen Kalnoky und hat längere Audienz bei dem Kaiser von Österreich. — 17. Oktober bis 10. November. Reise des deutschen Kaisers nach Monza, Athen und Konstantinopel. Häufige telegraphische Begrüßungen des Fürsten B. von unterwegs. — 30. Dezember. Der Kaiser schreibt dem Fürsten B. zum Jahreswechsel und schließt seinen Brief mit den Worten: „Ich weiß sehr wohl, welch reicher Anteil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden und schaffensfreudigen Thatkraft gebührt, und bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten."

1890.

7. Januar. Tod der Kaiserin Augusta. — 31. Januar. Fürst B. wird auf seinen eigenen Wunsch von dem Amte eines Ministers für Handel und Gewerbe entbunden. — 4. Februar. Erlaß des Kaisers an den Fürsten B. über Unterhandlungen mit Frankreich, Belgien, England und der Schweiz über Arbeiterschutz. — 14. März. Fürst B. empfängt den Abgeordneten Windthorst. — 15. März. Zusammentritt der Internationalen Arbeiterschutz-

konferenz in Berlin. — 17. März. Letzte Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Fürsten B. — 18. März. Fürst B. schickt an den Kaiser das Gesuch um Entlassung aus allen seinen Ämtern. — 20. März. Der Kaiser genehmigt das Abschiedsgesuch des Fürsten B.; er ernennt ihn gleichzeitig zum Herzog von Lauenburg und zum Generaloberst der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls. — 29. März. Fürst B. verläßt unter unbeschreiblichen Huldigungen der Berliner die Hauptstadt und zieht sich zurück nach Friedrichsruh.

31. März. Fackelzug der Hamburger. — 1. April. Deputation von Göttinger Studenten; Fackelzug preußischer Eisenbahnbeamter. — 16. April. Adresse des Zentralverbandes deutscher Industrieller. — 5. Juni. Adresse des Bürgervereins in Charlottenburg. — 12. Juni. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Stuttgart. — 14. Juni. Adresse der Mittelparteien in Düsseldorf. In seiner Ansprache an diese Abordnung sagt Fürst B.:

„Ich bin Privatmann und habe keinen sehnlicheren Wunsch, als allseitig als solcher betrachtet und behandelt zu werden. Man soll mich doch jetzt in Ruhe lassen. Daß ich auch als Privatmann noch besonderes Interesse an der Politik nehme, ist erklärlich, da ich mich doch 40 Jahre lang ausschließlich mit derselben beschäftigt und ihr alle meine sonstigen Neigungen und mannigfache Beziehungen zum Opfer gebracht habe. Nichts liegt mir aber ferner, als auf den Gang der Politik erneut einen Einfluß erstreben zu wollen. Alles, was die Zeitungen nach dieser Richtung schreiben, ist unrichtig. Möchten dieselben doch endlich aufhören, mich in solcher Weise zu verdächtigen. Aber gerade diejenigen, deren Wünsche durch meinen Rücktritt vom Amte Erfüllung gefunden, suchen mir auch die Rechte eines Privatmannes zu schmälern. Ich lasse mir aber das jedem Privatmanne zustehende Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen. Auch kann ich mich hierin nicht durch die Ratschläge mir früher wohlgesinnter Blätter beirren lassen. Ich glaube nicht, daß ich nach dem 20. März weniger in der Lage bin ein richtiges Urteil zu fällen und richtig zu handeln als vorher; und ich fühle mich durchaus imstande, die volle Verantwortung für mein Auftreten zu übernehmen."

23. Juni. Dankadresse von Berliner Bürgern mit etwa 30 000 Unterschriften. In seiner Antwort sagt Fürst B.:

„Die Gründe für mein Scheiden von Berlin liegen nicht in mir, auch nicht da, wo man sie heute so vielfach sucht. Sie liegen lediglich in der Zersetzung der Ansichten meiner Kollegen in der Regierung. Nur die Einigkeit einer Regierung macht dieselbe stark. Ich war mit den Kollegen nicht mehr eins, und der notwendige einige Geist war nicht mehr vorhanden. Damals hatte ich die große Verantwortung allein und konnte darum nicht mehr bleiben. Jetzt habe ich die Verantwortlichkeit nicht mehr, und darum rede ich frei heraus. Ich befinde mich etwa in der Lage des Fürsten Metternich, welchem ich mich sonst nicht vergleichen möchte und dem ich nicht nachahmen will. Aber er sagte, daß er von der Bühne in das Parterre hinabgestiegen sei. Und in dieser Lage befinde ich mich jetzt auch. Es gibt Menschen, viele Menschen, welche mir das nicht gönnen wollen. Aber jeder, der ein Parterrebillet gelöst hat, hat doch das Recht der Kritik. Er muß dasselbe nur mit Anstand gebrauchen und nicht mit der schrillenden Pfeife. Und es bleibt eine Pflicht für mich, meine Meinung zu sagen für die vielen, welche dieselbe hören wollen im Inlande und im Auslande, und nicht zu schweigen. Ein altes Sprichwort sagt: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand. Und dieses Sprichwort möchte man nun heute umdrehen und sagen: Wem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand. Aber ich kann den Herren sagen, daß ich noch genau der Alte bin, gerade wie vor drei Monaten, und noch denselben Verstand beanspruche wie vor drei Monaten. Und ich füge mich nicht, und wenn ich auch ganz allein bleibe. Für einen Mann, wie ich bin, ist es eine Pflicht, selbst an höchster Stellung seine Meinung frei heraus zu sagen. Und an dieser Stelle tritt eine solche Pflicht erst recht ein. Ein guter Minister soll nicht auf das Stirnrunzeln des Monarchen schauen, welchem er dient, sondern er soll ihm frei seine Meinung sagen. Er hat ja dann bei gegenteiliger Ent-

scheidung das Recht der Wahl, ob er sich fügen, oder gehen will. Und wenn ich auch nicht mehr im Amte bin, so habe ich doch das Recht eines jeden Staatsbürgers behalten, frei seine Meinung herauszusagen. Ich kann mich nicht wie ein stummer Hund verhalten. Und ich habe nichts anderes gethan, als die Friedenspolitik meines Nachfolgers im Amte, welche ich allezeit angebahnt und im Auge behalten, zu unterstützen. Was ich rede und thue, thue ich im Interesse der Dynastie und des Friedens. . . . Ich vermag es ja nicht, vierzig Jahre meines Lebens einfach auszustreichen. Hätte ich es nicht anders gekannt, so hätte ich mich ruhig um meinen Hafer und meine Kartoffeln bekümmert. Aber heute von mir zu verlangen, daß ich mit einemmale ein ruhiger Landmann werde, das geht nicht an. Ich muß eben so verbraucht werden wie ich bin."

8. Juli. Abordnung der Newyorker Independentschützen. — 4. August. Reise nach Kissingen. — 16. August. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Duisburg. — 23. August. Deputation des Deutschen Vereins in Heilbronn. Zu ihr sagt Fürst B.:

„Wenn ich vom Steuer habe zurücktreten müssen, so wird dadurch die Hoffnung nie erschüttert, daß das deutsche Nationalschiff denselben Kurs wie früher einhalten werde, und daß die Einigkeit, in der wir uns befinden, erhalten bleibe. . . . Das auf den Schlachtfeldern vergossene Blut ist ein fester Kitt, der sich so leicht nicht zerbrechen läßt. Und die Erinnerung an die große Zeit, die in diesen Tagen, zwanzig Jahre zurückliegend, an uns wieder vorbeizieht, wird ein festes Fundament für die wiedergewonnene Einigkeit bleiben, abgesehen davon, daß, ich will ganz hausbacken sprechen, die Vorteile dieser Einheit, nachdem wir sie zwanzig Jahre lang erprobt haben, doch so unbestreitbar sind, daß sie der Nation, der ich sie habe erkämpfen helfen, und der Generation, die unter den Eindrücken des neuen Gebäudes aufwächst, fest im Herzen haften. Und was immer für politische Einzelkämpfe, welche das Gefühl der Zusammengehörigkeit und

des nationalen Glückes zu stören suchen, in Deutschland stattfinden, so muß ich sagen, daß der Gedanke, wieder nach Jahrhunderten der Zerrissenheit ein großes und mächtiges Volk in Deutschland zu bilden, in uns allen so tiefe Wurzeln schlägt, daß er unerschütterlich bleibt. Und darauf, meine Herren, möchte ich Ihrer aller Zusage und das Versprechen nehmen, wenn je innere Wirren, die Gott uns ferne halten möge, wieder kommen sollten, denken Sie an das württembergische Blut, das vor Paris geflossen, und denken Sie an die Früchte, die es getragen. Dann wird Ihr Herz an dem alten kölnischen Sprüchwort festhalten: ‚Zum Reich halt fest, Bauer, schmeckt's süß oder sauer'!"

5. September. Rückreise nach Friedrichsruh. — 19. Dezember. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Dortmund. — 21. Dezember. Adresse der Stadt Straßburg i. E. Zu den Überbringern sagt Fürst B.:

„Durch die Überreichung einer Adresse aus Straßburg mit so anerkennenden Worten ist mir eine Genugthuung, eine Freude bereitet worden, welche mir unvergeßlich bis an mein Lebensende sein wird. Niemals werden die heute aus Straßburg zu mir gesprochenen Worte aus meinem Gedächtnis entschwinden, und noch auf dem Sterbebette sollen sie mir ein Trost und eine stille Freude bleiben . . ."

1891.

6. Januar. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Bernburg. — 17. Januar. Abordnung aus Aachen. — 8. Februar. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Augsburg. — 1. April. Huldigungsadresse der Pfalz. Fackelzug der Hamburger. — 14. April. Besuch des Vorstandes des Kieler konservativen Vereins. In seiner Ansprache an ihn sagt Fürst B.:

„Man fragt oft: Was heißt konservativ? Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend. Aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt was die jeweilige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares; die Grundlagen des Konservativismus aber sind beständig. Es ist also nicht nötig

oder auch nur nützlich, daß die konservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei, konservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen. Ich habe als Minister die Konservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der ‚Reichsglocke'. Es gibt ein altes, gutes politisches Sprüchwort: Quieta non movere, d. h. was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen gibt es Leute, die einseitig das Bedürfnis haben, die Menschheit mit ihren Elaboraten glücklich zu machen. Eine Regierung, welche unnötige Neuerungen vertritt, wirkt antikonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung der Beteiligten."

15. April. Abordnung des Vereins deutscher Industrieller. — 2. Mai. Abordnung nationalliberaler Vertrauensmänner des 19. hannoverschen Reichstagswahlkreises (Geestemünde). Fürst B. nimmt die Wahl für den Reichstag an. Er erklärt aber:

„Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören. Wenn ich im gewissen Sinne auch Parteimann bin, so bin ich es für das alte Kartell, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich so weit verständigen, wie es ihnen möglich ist, und die Dornen ihrer Programme nicht gegeneinander kehren. Dies war es stets, was ich in meiner letzten Zeit als Minister erstrebt habe. Ich bin mit den Nationalliberalen ja weit gegangen und von ihnen oft gestützt worden. Es ist mir eine der widerlichsten Lügen, daß ich das Wort gesprochen haben soll, ich wollte die Nationalliberalen ‚an die Wand drücken, bis sie quietschten'. Der letztere Ausdruck ist so ekelhaft geschmacklos, daß ich ihn an sich schon nie gebraucht haben würde. Weshalb ich mit den Nationalliberalen auseinanderkam, das lag hauptsächlich daran, daß ihre Führer mit einigen meiner Kollegen im Ministerium ohne mich und gegen mich enge Fühlung ge-

wonnen hatten. Ich befand mich dabei in der Defensive, nicht im Angriffe."

2. Juni. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Bischofswerda. — 21. Juni. Besuch des Ziegler- und Kalkbrennervereins. — 12. Juli. Besuch der Schüler des Seminars in Weimar. — 27. Juli. Abordnung des Vereins zur Unterstützung bedürftiger Landsleute in St. Petersburg. — Anfang August. Reise nach Kissingen. — 10. August. Überreichung des Ehrenhumpens, den die deutsche Studentenschaft dem Fürsten im 20. Gedenkjahr der Errichtung des Deutschen Reichs gestiftet hat. — 14. November. Huldigungen auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin bei der Durchreise von Varzin nach Friedrichsruh. — 12. Dezember. Überreichung des Ehrenbürgerbriefes von Siegen. — 19. Dezember. Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Wandsbeck. — 30. Dezember. Fürst B. auf dem Kreistage in Ratzeburg.

1892.

18. Januar. Besuch des akademisch-dramatischen Vereins aus Leipzig. — 24. Januar. Huldigung des Schwarzenbecker Kriegervereins. — 15. März. Abordnung des Militärvereins „Kampfgenossen" in Leipzig. — 1. April. Abordnung aus Bochum. Fackelzug. — 21. Mai. Besuch der Dresdener Liedertafel. — 26. Mai. Besuch des Deutschen Radfahrerbundes. — 18. Juni. Abreise von Friedrichsruh nach Wien zur Vermählung des Grafen Herbert v. B. Begrüßung auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Empfang in Dresden und Fackelzug. — 19.—23. Juni in Wien. — 24. Juni. Ankunft in München. Auf die Begrüßung der städtischen Deputation antwortet Fürst B.:

„Meine Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar für die hohe Ehre Ihres Besuches. Als ich diese Reise antrat, that ich es mit dem hoffnungsfrohen Herzen eines Vaters, der für seinen Erstgebornen eine Lebensgefährtin findet, die allem entspricht, was ein Vater seinem Sohne wünschen kann. Aber ich habe nicht erwarten können, daß meine Befriedigung durch eine so glänzende Aufnahme überall und durch politische Erfahrungen — anders kann ich es auch als Privatmann nicht bezeichnen — erhöht werden sollte, wie ich sie, besonders in Dresden und hier, gemacht habe. Die wohlwollenden Begrüßungen, welche mir zu

teil geworden sind, sind eine Genugthuung für mich, besonders weil niemand, der sich mir nähert, Grund hat, von mir irgend etwas zu erwarten oder zu fürchten, während in Amt und Würden ein gewisser Abzug geboten ist. Ich bin tief gerührt davon und in hohem Maße erfreut. Es ist mir, möchte ich sagen, als wenn ich die Absolution von meinen politischen Sünden erhielte, die ich ja begangen habe wie jeder andre, der so lange wie ich am Ruder geblieben ist. Es ist das ein Zeugnis, daß die besseren Eindrücke meiner Amtsführung die überwiegenden geblieben sind, und ich habe das Gefühl eines Primaners, der mit einem guten Abiturientenzeugnis abgeht."

26. Juni. Abreise von München über Augsburg und Würzburg nach Kissingen. — 10. Juli. Empfang einer Deputation aus Jena und Annahme der Einladung dorthin. Empfang von 700 Damen und Herren aus Württemberg. In seiner Ansprache an diese Abordnung sagt Fürst B.:

„Etwas nun flößt mir Vertrauen ein auf die Dauer dessen, was geschaffen ist: das ist der Anteil, den die deutschen Frauen an dieser Bewegung haben. Eine Bewegung, die durchgeschlagen bis in die Häuslichkeit, die muß eine tiefe und wahre sein. Zwischen den beiden Geschlechtern repräsentiert die Frau das Herz und der Mann den Verstand, womit nicht bestritten sein soll, daß nicht auch der Mann Herz haben kann. Aber in der nationalen Politik ist das Herz immer stärker als der Verstand. Die deutsche Frau hält ihre Begeisterung fest und überträgt sie auf ihre Kinder und läßt sich nicht so leicht durch spitzfindige Raisonnements irre machen, wie wir das an uns haben. Deshalb danke ich den Damen und Ihnen allen und bin sicher, daß Sie mich nie fallen lassen. Das Herz ist eben stärker."

24. Juni. Abordnungen aus Baden, Hessen, Rheinpfalz, Frankfurt und Thüringen. — 30. Juli. Abreise von Kissingen nach Jena. Bei der Begrüßung auf dem Bahnhofe in Jena sagt Fürst B.:

„Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen. Warum ich diesen Boden einen klassischen nenne, geht aus Ihren Reden hervor. Die Universität Jena ist klein, aber berühmt, berühmter und auch im Auslande bekannter als manche andere Universität. Der Ruhm Jenas und Thüringens beruht auf ihren deutschen Herzen. Thüringen selbst im Herzen Deutschlands hat stets ein warmes nationales Empfinden bewiesen trotz seiner verschiedenen Territorien. Auch diese Spaltung ist eine echt deutsche Eigentümlichkeit, aber sie hat die Thüringer nie dem Gefühl für das große Allgemeine entfremdet. Thüringens Lande sind umrankt von Gesängen und Sagen aus ursprünglicher Zeit; vor und nach Luther können sie auf ein reiches dichterisches Leben zurückblicken. Ohne Poesie und Romantik, zentralisiert, würde der Deutsche zum Franzosen herabsinken. Es ist erfreulich, daß die Bildungsstätten in Deutschland nicht wie in manchen zentralisierten Ländern in einer Stadt vereinigt sind. So verbreiten sie überall Aufklärung im Volke und sind Pflegerinnen urdeutscher Eigenschaften in seiner Mitte."

Der Deputation der Universität, in deren Namen abends der Prorektor Prof. Dr. Brockhaus gesprochen hat, erwidert Fürst B. indem er einen Rückblick wirft auf das Werden der deutschen Einheit:

„Wir haben nachher erlebt, daß die unzeitigen Anfänge von der Leitung, die hoch über uns schwebt, immer rechtzeitig zurückgeschlagen worden sind, die nur zu unvollkommenen Gebilden hätten führen können, bis der Moment kam, wo wir unsre Streitigkeiten in einem bedauerlichen Bruderkrieg, wenn ich den von 1866 erwähnen darf, erledigen mußten. Es ging aber nicht anders. Auch der französische Krieg war notwendig. Ohne Frankreich geschlagen zu haben, konnten wir nie ein Deutsches Reich mitten in Europa errichten und zu der Macht, die es heute besitzt, erheben. Frankreich würde vielleicht später Bundesgenossen gefunden haben, um uns daran zu hindern. Auch der französische Krieg war ein notwendiger Abschluß. Diese ganze Entwickelung müssen Sie nicht meiner vorausberech-

nenden Geschicklichkeit zuschreiben. Es wäre eine Überhebung von mir, zu sagen, daß ich diesen ganzen Verlauf der Geschichte vorausgesehen und vorbereitet hätte. Man kann die Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen. Man kann die Politik eines großen Staates, an dessen Spitze man steht, seiner historischen Bestimmung entsprechend leiten, das ist das ganze Verdienst, was ich für mich in Anspruch genommen habe. Es gehört allerdings noch mehr dazu: Vorurteilslosigkeit, Bescheidenheit, Verzicht auf gewisse Lieblingsideen und auf eigene Überhebung, und zwar dies in höherem Grade als eine überlegene Intelligenz, die alles voraussieht und beherrscht.

„Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen, und das Abwarten des rechten Momentes ist in beiden Situationen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe. Ich habe oft lange auf dem Anstand gestanden und habe mich von Insekten umschwärmen und zerstechen lassen müssen, ehe ich zum Schuß kam. Ich möchte von mir nur den Verdacht abwehren, daß ich unbescheiden gewesen bin, daß ich Verdienste in Anspruch nehme, die mir nicht beiwohnen. *Das Verdienst, das ich beanspruche, ist: ich habe nie einen Moment gehabt, in dem ich nicht ehrlich und in strenger Selbstprüfung darüber nachgedacht, was ich zu thun habe, um meinem Vaterland, und ich muß auch sagen, um meinem verstorbenen Herrn, König Wilhelm I., richtig und nützlich zu dienen.* Das ist nicht in jedem Augenblick dasselbe gewesen, es haben Schwankungen und Windungen in der Politik stattgefunden. Aber Politik ist eben an sich keine logische und keine exakte Wissenschaft, sondern es ist die Fähigkeit, in jedem Moment der Situation das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßigste zu wählen. Es ist mir das nicht immer gelungen, aber überwiegend doch in den meisten Fällen. Man hat von mir gesagt, *ich hätte außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik.* Das ist richtig. Aber ich kann dem Deutschen Reiche nur wünschen, daß es Kanzler

und Minister haben möge, die immer Glück haben. Es hat das eben nicht jeder. Meine Vorgänger im Amte, im Dienste des preußischen Staates, haben es nicht so gehabt. Ich glaube nicht, daß irgend einer von ihnen, wenn er nach Jena gekommen wäre, den Empfang gehabt hätte, wie er mir heute zu teil geworden ist. Ich will wünschen, daß ihn mein Nachfolger hat, daß Sie ihm in derselben freudigen spontanen Begeisterung dermaleinst entgegenjauchzen mögen, wie ich es heute, nachdem ich nichts mehr in der Politik zu thun habe, erlebt habe. Es ist das für mich ein erhebendes und freudiges Gefühl gewesen; und ich wüßte nicht, was man mir in diesem Leben mehr anthun könnte, was irgendwie ins Gewicht fiele neben dem Wohlwollen und der freudigen Liebe meiner Mitbürger, wie sie mir heute entgegengetreten ist."

31. Juli. Bei dem Marktfest hält Fürst B. auf die Begrüßungsrede des Bürgermeisters von Jena und auf den Huldigungssalamander der Studentenschaft eine längere Ansprache. Der Schluß lautet:

„Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums, und dem hänge ich treu an, und wenn man mir in jedem Falle, wo ich nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik glaube, daß die Ratgeber meines Monarchen besser andere Wege einschlagen würden, den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so möchte ich doch einmal auf unsre bestehende Verfassung aufmerksam machen, nach welcher die Verantwortlichkeit für alle Regierungsmaßregeln nicht bei dem Monarchen, sondern bei dem Reichskanzler und den Ministern ruht. Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen eine altgermanische, aber — eine uns in Fleisch und Blut liegende, lange ehe wir Verfassung hatten, gewesen ist. Ich will Sie nur an ein Beispiel aus den Werken des großen Geistes, dessen Manen hier auf dieser Stätte uns umschweben, erinnern. Goethe stellt uns in seinem Götz von Berlichingen einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Verehrung und Anhänglichkeit

hat, daß er einen kaiserlichen Rat mit den Worten bedrohte: ‚Trügest du nicht das Ebenbild des Kaisers, das ich in dem gesudeltsten Konterfei verehre!‘ Dieser Ritter trug kein Bedenken, als ihn der Hauptmann zur Übergabe auffordern ließ, diesem eine scharfe Kritik aus dem Fenster entgegenzurufen. Es zeigt das klar, daß Götz von Berlichingen und Goethe beide Sachen nicht zusammengeworfen und identifiziert haben. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie, des Königs und Kaisers sein, ohne von der Weisheit der Maßregeln seiner Kommissare, wie es im Götz heißt, überzeugt zu sein. Ich bin letzteres nicht und werde diese meine Überzeugung auch nicht zurückhalten.“

Weiterreise über Berlin nach Varzin. — 3. November. Fürst B. im Kreistage in Naugard. — 3. Dezember. Fahrt über Berlin nach Friedrichsruh.

1893.

1. April. Huldigung der Schleswig-Holsteiner. Fürst B. sagt zu ihnen:

„Auf dem Frankfurter Bundestage hatte ich Gelegenheit, in den Akten die schleswig-holsteinische Frage kennen zu lernen als einen ‚Wurm, der nicht lebt und nicht stirbt‘. Man wollte wohl Ergebnisse, aber man war nicht gewillt für sie einzutreten. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht gelöst werden konnte ohne Schwertstreich. Und bei der Ordnung meiner Papiere fand ich eine darauf bezügliche plattdeutsche Niederschrift; die lautet: ‚Dat walt' Gott und kolt Isen‘ [das walte Gott und kaltes Eisen]. An eine andere Lösung habe ich nie geglaubt. Sie herbeizuführen konnte mir zwar als Bundesdelegierter in Frankfurt nicht gelingen. Preußen war auch nicht gekräftigt genug; es stand allein da und war nicht stark genug, um ohne Bundesgenossen kämpfen zu können. Als ich darauf Minister wurde, mußte ich alle diplomatische Kunst anwenden, um die Sache nicht zu verderben, um sie lebendig zu erhalten und ein Ergebnis herbeizuführen. Die Einverleibung in Preußen war dann ja gewissermaßen eine

Annexion; aber Sie müssen mir diese Handlung nicht als eine Vergewaltigung, sondern als eine Handlung aus Liebe zum Reiche, zu Land und Leuten anrechnen. Es war ein Raub, der dem glich, wie die Römer die Sabinerinnen raubten. Damals freilich fand die Einverleibung in manchen Kreisen noch wenig Anklang; aber mit der Zeit brach sich doch die Ansicht Bahn: ‚Dat Land und Lüde möt wi hebben' [das Land und die Leute müssen wir haben]. Und schließlich erfüllte sich auch die Hoffnung auf die Einsicht bei jedem, daß Schleswig-Holstein zu Preußen gehöre ‚up ewig ungedeelt'. Und so wird es jetzt und in aller Zukunft bleiben, ist es doch ein so natürliches Verhältnis. Wie stets unter natürlichen Verhältnissen auch in politischer Beziehung alles zu erreichen ist, so ist es auch hier; wer aber Unnatürliches zwingen will, der leidet Schiffbruch. In dem Liede, das Sie bei Ihrem Anmarsch sangen, heißt es ‚Schleswig-Holstein stammverwandt'. Aber nicht nur zwischen Schleswig und Holstein soll Stammverwandtschaft herrschen, sondern allgemein im Deutschen Reich soll sie sein, von den Alpen bis zum Meer, nicht partikularistisch, sondern unter allen, die mit uns Schulter an Schulter stehen, mit uns kämpfen wollen, wenn wir vom Auslande her bedroht und bekämpft werden. Um diesen Begriff der Stammverwandtschaft einheitlich zum Ausdruck zu bringen, weiß ich keine andere Form, als indem wir ein Hoch anstimmen, auf das Oberhaupt des Reiches, Seine Majestät den Kaiser, den Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen dem Inlande und Auslande gegenüber."

11. April. Zum Geburtstag der Frau Fürstin B. Fackelzug der Hamburger. — 8. Mai. Empfang der Gewerbegesellschaft aus Lübeck. — 11. Mai. Empfang der lübecker Turnerschaft. — 16. Mai. Besuch des Fürsten durch die Bergedorfer Volksschule. Dabei hielt der Fürst eine Ansprache an die Kinder:

„Kinder, ich danke euern Lehrern und euch für eure freundliche nachbarliche Begrüßung, die ihr mir heute darbringt, und ich wünsche euch allen, daß, wenn Gott euch ein langes Leben beschert wie mir, ihr am Abend desselben mit gleichem Danke

zu Gott zurückblicken mögt auf das, was ihr erlebt habt. Ihr seid Söhne und Töchter, die meisten von euch so Gott will werden einmal Vater und Mutter sein. Ich wünsche euch, was Gott mir gegeben hat, daß ich nicht in meinem Hause schweren Kummer und Verlust gehabt, kein Kind verloren, in glücklicher Ehe gelebt habe. Will's Gott anders, müßt ihr still halten und es tragen. Ich selbst kann hier nur sagen, daß, wer von euch alt wird wie ich, sich im Jahre 1950 möge erinnern können, daß ich Gott dankbar sei für alles, was ich erlebt habe, auch für Sorge und Arbeit. Ihr habt ja selbst aus der Bibel gelernt: ‚Wenn das Leben köstlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.' Arbeitet tapfer, das bringt euch glücklich über alles hinweg. Die Arbeit ist das, wozu Gott uns angewiesen hat. Möge sie euch allen, Mädchen und Knaben, in euerm späten Alter gesegnet sein und mögt ihr 1950 oder 1970 mit Befriedigung zurückblicken auf den heutigen Tag! Ich danke euch noch einmal!"

25. Mai. Huldigung der Oldenburger. — 5. Juni. Abordnung des Wandsbecker Kriegerklubs „Kombattant". — 10. Juni. Empfang der Landwirte des Fürstentums Lübeck. — 18. Juni. Huldigung der Mecklenburger. — 8. Juli. Huldigung von Bewohnern Lippes. In der Ansprache an diese sagt Fürst B. u. a.:

„Alles, was ich Ihnen eben vortrage, ist, wenn Sie wollen, ein Klagelied darüber, daß der nationale Gedanke in den Landtagen und Einzelregierungen nicht derart gezündet hat, wie ich vor 20 oder 25 Jahren gehofft habe. Und ich bin leider körperlich nicht mehr kräftig genug, um im Reichstage aufzutreten. Ich könnte dort wohl einmal eine Rede halten; aber die Gesamtheit der Leistungen, die für mich mit einem Mandat verknüpft sein würden, bin ich nicht mehr imstande, körperlich durchzuführen. Deshalb entschuldigen Sie mich, wenn ich bei diesem politischen Anlaß, der Ihre Begrüßung doch ist, diese meine Klagelieder Ihnen vortrage. Aber ich hoffe, es wird mit der Zeit anders werden, und es werden die Bureaukraten, welche Hermann im Teutoburger Walde erschlug, die ‚Prokuratoren',

wie sie damals genannt wurden, nicht wieder die Alleinherrscher werden. Zur Zeit besteht noch die Gefahr, daß sie in unblutiger, aber erstickender Weise die Herrschaft wieder über uns gewinnen werden, und daß die Errungenschaften des Schwertes, ich will nicht sagen durch die Feder der Diplomaten, aber doch durch Bureauwesen, Beamtenherrschaft und das träge Zuschauen in Erwartung, daß andre das Nötige schon thun werden, zu Grunde gehen. ‚Die Regierung wird es schon machen‘. Wer ist denn ‚die Regierung‘? Ja, wenn die Fürsten es selbst besorgen könnten, sie sind alle wohlwollende Herren; aber sie sind notwendigerweise angewiesen auf ihre Beamten, ihre Minister, Vortragenden und Geheimen Räte. Meine Befürchtung für die Zukunft ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der Boa constrictor der Bureaukratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht hat. Hier können nur Bundesrat und Reichstag helfen. Auch ersterer hat das Recht, sich geltend zu machen. Wenn die staatsmännische Einsicht der Bureaukratie nicht ausreicht, so ist gerade den Bundesratsmitgliedern und dem Parlament Gelegenheit gegeben, ihr zu Hilfe zu kommen, so daß die Intelligenzen im Bundesrat und Reichstag zusammenwirken.“

9. Juli. Empfang der Handelskammer- und Gewerbekammer-sekretäre. — 13. Juli. Empfang des Landwirtschaftlichen Vereins für Harburg und Umgegend. Ihnen sagt Fürst B.:

„Es ist gewiß richtig, das alte Wort: ‚Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt‘. Es ist aber zu bedenken, daß die Industrie z. B. eine gute Abnehmerin unsrer landwirtschaftlichen Produkte ist. Auch der Kaufmannsstand steht sich schlechter, wenn die Landwirtschaft nicht gedeiht. Die gesamte vaterländische Produktion muß unter allen Umständen gesichert werden. Regen und rühren Sie sich deshalb und nehmen Sie das nicht unbesehen hin, was die Schriftgelehrten und Pharisäer unter den Gesetzgebern Ihnen bieten. Vielfach glaubt man, nur die Regierung sei dazu da, für uns zu sorgen. Die ganze Entwickelung des politischen Lebens hat aber dazu

geführt, daß wir heute der Regierung helfen müssen, uns zu regieren. Dazu ist es aber notwendig, fest seinen Willen auszusprechen und geltend zu machen und sich in keinen Handel einzulassen aus Fraktions- oder persönlichem Interesse."

21. Juli. Huldigung der Braunschweiger. In seiner Ansprache an sie berührt Fürst B. die Polenfrage:

„Einen äußerlich erkennbaren Fortschritt hat das Interesse für unser deutsches Gesamtwesen nur an einer Stelle gemacht, wo wir es früher nicht suchen durften: das ist bei unsern Landsleuten polnischer Zunge. Die sind heute ministeriell geworden, was seit einem Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Was sie damit erstreben, weiß ich nicht, aber ein altes Sprichwort lautet: timeo dona ferentes [vollständig: ich fürchte die Danaer, zumal wenn sie Geschenke bringen]. Ich glaube nicht, daß sie auf die Dauer ministeriell sein werden, wenigstens nicht diejenigen, welche die Träger der polnischen Bewegung sind, der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit. Das ist mir nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung doch mehr als zweifelhaft. Deshalb frage ich mich, wie beim Tode Talleyrands jemand fragte: ‚Was hat wohl der alte Fuchs damit beabsichtigt, daß er jetzt starb?' So stehe ich der polnischen Bewegung und dem ‚deutschen Patriotismus' der polnischen Edelleute gegenüber."

30. Juli. Abreise von Friedrichsruh über Hannover, Göttingen, Eisenach und Meiningen nach Kissingen. — 11. August. Begrüßung durch den bayrischen Volksschullehrerverein. — 18. August. Begrüßung seitens des Gesangvereins Orpheus aus Barmen. Seinen Dank an diesen schließt Fürst B. mit den Worten:

„Wir Deutsche sind wie ein Ehepaar: wenn alles ruhig und still ist, zankt man sich wohl ein wenig. Wenn aber ein Nachbar sich einmischt, fällt Mann und Frau vereint über ihn her. So war es bei uns Deutschen im Kampf mit Frankreich: er machte uns einig!"

20. August. Huldigung der Thüringer. Zu ihnen sagt Fürst

B. bei Erörterung der Segnungen, die auch von den Kleinstaaten ausgegangen sind:

„Für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht freundlichen Fürstenresidenzen verschwänden aus Ihrem Berglande und deren Macht sich konzentrierte in einem Kaiserlichen Oberpräsidium, das in Erfurt residierte. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien; und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen. Sie sind mit den Rechten und Bürgschaften, die ihnen geblieben, zufrieden, mehr, als ich erwartet hätte. Das ist ein positiver Wert. Die Dynastien, die wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen."

27. August. Huldigung der Frankfurter.

Ende August. Fürst B. erkrankt in Kissingen schwer an der Lungenentzündung. — 19. September. Kaiser Wilhelm bietet von Göns in Ungarn aus dem Fürsten B. zu seiner Erholung telegraphisch eins seiner in Mitteldeutschland gelegenen Schlösser als Winteraufenthalt an. — 7. Oktober. Rückkehr des Fürsten B. nach Friedrichsruh.

1894.

26. Januar. Fürst B. bei Kaiser Wilhelm II. in Berlin. — 19. Februar. Kaiser Wilhelm bei Fürst B. in Friedrichsruh.

29. März. Empfang einer Abordnung aus Düsseldorf. — 30. März. Empfang einer Abordnung von Frauen und Jungfrauen aus Baden, Hessen und der Pfalz, die eine mit mehr als 100 000 weiblichen Unterschriften bedeckte Adresse überreichen. Zu ihnen sagt Fürst B.:

„Gerade diese Kundgebung der Damen, wie ich sie heute erlebe, ist mir ... besonders wertvoll. Ich habe früher wohl geäußert, wenn mich eine Deputation meiner Mitbürger begrüßte, es sei mir zu Mute, als hätte ich einen hohen Orden bekommen. Der Orden, welchen Sie mir bringen, meine Damen, ist ein Orden mit Eichenlaub und Brillanten, möchte ich sagen, zugleich aber auch eine Bürgschaft für unsre politische Zukunft. Was bei uns in die Häuslichkeit der Frau durchgedrungen ist, das sitzt fest, viel fester als das aus Parteikämpfen im öffentlichen

Leben hervorgehende und mit der Kampfstellung wechselnde Urteil der Männer. Es ist, möchte ich sagen, der Reinertrag des ganzen politischen Geschäfts, was sich im häuslichen Leben niederschlägt. Es überträgt sich auf die Kinder, ist dauerhafter, und auch im Fall der Gefährdung hält es fester. Hat der deutsche Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gewonnen, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben. Ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsre politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unsrer Festungen. Die Überzeugung, welche einmal in die Familie durchgedrungen ist, hält die Weiblichkeit strammer fest als Wehr und Waffen. Und wenn wir je das Unglück hätten, einen ungünstigen Krieg zu führen, Schlachten zu verlieren oder ungeschickt regiert zu werden — die Thatsache, daß der Glaube zu unserer politischen Einheit bis in die Frauengemächer gedrungen ist, wird uns immer wieder zusammenbringen; und im Fall der Entscheidung wird es sich herausstellen, daß in der elementaren Herzensbewegung, gestatten Sie mir den scherzhaften Ausdruck, des ‚ewig Weiblichen‘ eine stärkere Macht steckt, als in den zersetzenden Säuren, die unsre Männerparteien auseinanderbringen. Mein Vertrauen in die Zukunft beruht auf der Stellung, welche die deutsche Frau genommen hat.“

31. März. Fackelzug von Hamburger Bürgern. — 20. April. Besuch nationalliberaler Reichstagsabgeordneten, deren Sprecher Professor Dr. Hasse in Leipzig ist. In der Erwiderung auf seine Rede berührt Fürst B. die Trennung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten und sagt:

„Das Gewicht der Reichsvertretung, wie sie der Reichskanzler führen soll, kann sich nur abschwächen, wenn die Autorität von zehn preußischen Staatsministern mit vielleicht fünfhundert geschulten Beamten und Ministerialräten hinter ihm fortfällt und der Kanzler einhertritt auf der eigenen Spur als freier Sohn der eigenen Natur, auf

Wegen, die niemand kontrolliert als er selbst. Er kann nach seiner Vergangenheit die Erfahrung nicht besitzen, welche die Erfahrung der zehn Minister mit ihrer Gefolgschaft von Räten aufwiegt. Diese sind der Ballast in unserm Reichsschiffe, und wenn die wegfielen, so wäre es ein Gewinn, wenn der Ausfall der preußischen Unterlage durch ein bayrisches oder sächsisches Ministerium hinter ihm ersetzt würde. Daran ist ja kein Gedanke. Sein Schiff fährt isoliert, ohne an einen staatlichen Kurs gebunden zu sein."

26. April. Empfang einer Abordnung von Frauen und Jungfrauen des Bergischen Landes. — 3. Mai. Begrüßung der Holsteinischen Kriegervereine. — 1. Juli. Besuch einiger Hundert Journalisten und Schriftsteller gelegentlich des Journalistentages in Hamburg. — 12. Juli. Fürst B. fährt nach Schönhausen. — 16. Juli. Fürst B. auf der Durchreise von Schönhausen nach Varzin auf dem Stettiner Bahnhofe in Berlin. — 16. September. Huldigung von Vertretern der Provinz Posen. In seiner Ansprache geht Fürst B. ausführlich auf die Polenfrage ein und sagt u. a.:

„Das Verhältnis der Kopfzahl des deutschen Fundaments unseres Gebäudes zu dem, ich will nicht sagen losen, aber weniger bereitwilligen polnischen ist seitdem für das deutsche Element ein wesentlich günstigeres geworden. Wir stehen in nationaler Beziehung 48 Millionen deutsche Germanen 2 Millionen Polen gegenüber, und daß in einem solchen Verbande die Wünsche der 2 Millionen für die übrigen 48 Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsabstimmungen gestellt sind. Die Kräfte, welche für die Zusammenhaltung aller Landesteile eintreten, sind parlamentarisch sowohl wie militärisch stark genug, um sie zu verbürgen. Aber auch der Entschluß, diese Kräfte rechtzeitig anzuwenden, kann von keiner Seite bezweifelt werden. Niemand hat einen Zweifel, wenn von höchster Stelle erklärt wird: ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unsere Armee vernichtet werden (wie dies in anderen Worten gesagt worden ist), dasselbe findet

aber auch für die Ostgrenze statt und zwar in verstärktem Maße. Wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß, aber beides niemals. Wir werden uns nach dem Kaiserwort schlagen bis auf den letzten Mann, ehe wir das Elsaß aufgeben, diese Deckung für unsere süddeutschen Landesteile. Aber München und Stuttgart sind durch eine feindliche Position in Straßburg und im Elsaß nicht mehr gefährdet, als Berlin gefährdet sein würde durch eine feindliche Position in der Nähe der Oder, und deshalb ist wohl anzunehmen, daß, wenn es je zur Entscheidung kommt, wir entschlossen bleiben werden, den letzten Mann und die letzte Münze aus der Tasche zu opfern für die Verteidigung der deutschen Ostgrenze, wie sie seit 80 Jahren besteht. Und diese Bereitwilligkeit wird hinreichen, um die Zugehörigkeit Ihrer Provinz nach irdischen Begriffen als vollständig verbürgt anzusehen." — „Wir singen: ‚Fest steht und treu die Wacht am Rhein', aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso." — „Wir sehen, daß auch mit Polen zu leben ist, wenn wir an Ostpreußen denken, wo die polnischen Masuren, die Littauer und die Deutschen friedlich zusammen arbeiten, ohne daß bisher, weil jede Aufhetzung gefehlt hat, eine nationale Verstimmung zu verspüren gewesen ist. Nun kann man zwar sagen, daß dort der katholische Geistliche mit seinen Sonderinteressen fehlt. Aber betrachten Sie Ihre Nachbarn in Oberschlesien; haben dort die beiden verschiedenen Nationalitäten nicht Jahrhunderte lang in Frieden gelebt, obwohl auch dort der konfessionelle Unterschied vorhanden ist? Was ist es nun, was in Schlesien fehlt, und was hat uns Jahrhunderte lang möglich gemacht, dort in konfessioneller Eintracht zu leben? Ja, es thut mir leid, es sagen zu müssen: es ist der polnische Adel!"

23. September. Huldigung von Vertretern der Provinz Westpreußen. Auch hier geht Fürst B. wieder auf die Polenfrage ein und zwar unter Beziehung auf die tags zuvor vom Kaiser in Thorn gesprochenen Worte. Er schließt seine Rede mit folgenden Worten:

„Ob Seine Majestät der König in dem herzerhebenden

Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkertum mitgemeint hat, das lasse ich unentschieden, aber für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den Umsturz des Bestehenden. Wir können unserseits den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht vertragen. Wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben. Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß Seine Majestät der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln. In diesem Sinne bitte ich Sie mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn!"

27. November. Heimgang der Fürstin von Bismarck in Varzin. — 6. Dezember. Dank des Fürsten B.:

„Aus Anlaß des Todes meiner Frau ist mir und den Meinigen aus Deutschland und dem Auslande eine so große Zahl von Kundgebungen warmen Beileides zugegangen, daß zu meinem Bedauern die mir verfügbaren Kräfte nicht ausreichen, den teilnehmenden Absendern einzeln zu sagen, wie sehr sie meinem Herzen wohlgethan haben. Ich bitte alle, welche unserer in diesen Tagen der Trauer freundlich gedacht, meinen und meiner Kinder herzlichen Dank entgegenzunehmen."



Leipzig,
Walter Wigand's Buchdruckerei.



DD
218.3
P4



Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

